

Diplomstudiengang Sozialarbeit

Gemeindesozialarbeit

Implementierung professioneller Sozialarbeit in das
Dienstleistungsangebot des Gemeindeamtes der Stadt Mödling
als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge

Cornelia Rausch

Diplomarbeit
eingereicht zur Erlangung des Grades
Magistra (FH) für sozialwissenschaftliche Berufe
an der Fachhochschule St. Pölten
im Oktober 2010

Erstbegutachter:
Prof.(FH) Dr. Tom Schmid

Zweitbegutachter:
Mag (FH) DSA Martin Zauner

Abstract

Cornelia Rausch

Gemeindesozialarbeit

Implementierung professioneller Sozialarbeit in das Dienstleistungsangebot des Gemeindeamtes der Stadt Mödling als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge

Diplomarbeit, eingereicht an der Fachhochschule St. Pölten im Oktober 2010.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist, zu klären, ob ein Bedarf an professioneller Sozialarbeit als kommunales Dienstleistungsangebot des Gemeindeamtes der Stadt Mödling besteht und welche Legitimation dafür herzustellen ist. Ausgangspunkt hierfür ist die Beschäftigung mit der „Schieflage“ des Mödlinger Hilfesystems, das infolge des Spezialisierungsdrangs und mangelnder Flexibilität zunehmend die Bedürfnisse der Menschen aus den Augen verliert. Darüber hinaus sorgen Schwellenangst sowie die Angst der Betroffenen vor Stigmatisierung und Informationsdefizit über vorhandene Angebote dafür, dass Personen mit Bedarf an Unterstützung durch unser soziales Netz rutschen. Vor diesem Hintergrund gilt es gleichzeitig DIE sozialpolitische Herausforderung unserer Zeit zu bewältigen, die auch in Mödling angenommen werden muss: Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, deren Gelingen nicht nur von politischen Maßnahmen auf höchster Ebene, sondern besonders auf Unterstützung auf kommunaler Ebene – in den Lebenswelten Betroffener – abhängig ist. Die besondere Verantwortung der Kommune, die meines Erachtens weit über die klassische Daseinsvorsorge hinaus geht, stellt damit einen Aspekt meiner Bemühungen dar, Legitimation für dieses Handlungsfeld herzustellen. Meine Forschung – basierend auf acht ExpertInneninterviews, Beobachtung und quantitativem Datenmaterial – ergab u.a., dass besonders die hohen Mietkosten in Mödling ein Problem darstellen und sich daraus resultierend soziale Brennpunkte entwickelt haben.

Basierend auf einer Problemanalyse wurde von mir ausgearbeitet, wie Gemeindesozialarbeit gestaltet sein muss, um aktuellen und künftigen Herausforderungen zu begegnen. Die Orientierung an den Bedürfnissen der Mödlinger BürgerInnen - womit an die Tradition von Ilse Arlt angeknüpft wird - deren persönliche Ressourcen und jene des Sozialraums, sowie Nachhaltigkeit der Unterstützungsmaßnahmen durch Befähigung und präventive Maßnahmen, haben

dabei Priorität. Der Vernetzung mit lokalen Ämtern, Einrichtungen und der Zivilgesellschaft, wird in dem Zusammenhang eine große Bedeutung beigemessen. In Anlehnung an Pierre Bordieus Theorie über die Kapitalarten werden die Ursachen von Armut und sozialen Problemlagen beleuchtet und erklärt. Sie stellen die Grundlage dar, um Empfehlungen für mögliche Problemlösungen abzugeben. Neben Vorschlägen zur lokalen Armutsbekämpfung, wird gezeigt, wie Gemeindesozialarbeit umgesetzt werden kann.

Abstract

Municipal social work

Implementation of professional social work into the range of services offered by the municipal office of Mödling as a part of public services.

This thesis wants to clarify, whether there is need and legitimation for professional social work as a municipal range of services offered by the municipal office of Mödling.

Point of origin was the view of the precarious situation of Mödlings social-services which lose sight of the client's needs in consequence of specialisation and lack of flexibility. Furthermore lots of social services aren't low-threshold, people are frightened of stigmatisation and often don't have information about the help municipalities offer. These are some of the reasons why people fall through the cracks.

Against the background of this unfavourable development Austria has to accept the most important sociopolitical challenge: The fight against poverty and social exclusion, which Mödling has to join. Winning the fight doesn't only depend on political action at federal level but especially depends on the support at municipal Level - in the living environment of concerned persons. The responsibility of communities is more than classical services for the public - that's one aspect of my efforts to establish legitimation.

One of the results of my research - based upon interviews with eight experts, observation and data - is that above all, the high rents in

Mödling are a big problem for citizens. The result of this fact is that "social hot-spots" can be generated.

In connection with the analysis of the local problems, I worked out the details of municipal social work which is able to cope with challenges - currently and also in the future. Focussing on the needs of the citizens - to tie in with the tradition of Ilse Arit - their skills and the resources of vicinity as well as effectiveness of the support and preventive measures. In this context I attach importance to the network with local offices, institutions, unions and citizens. Following the theory of Pierre Bordieu I analysed and explained the reasons of poverty and social problems. These are the basic forms and recommendations. Along with suggestions for the local fight against poverty I want to explain how to implement municipal social work.

Danksagung

Diese Arbeit bietet mir nicht nur die Möglichkeit, meine Ideen und Vorstellungen zu Politik und Sozialarbeit – meinen beiden großen Leidenschaften – zu dokumentieren, sondern eröffnet mir auch die Gelegenheit, den Menschen zu danken, die zur Entstehung dieser Arbeit beigetragen haben.

Allen voran danke ich jenen Personen, die mir Einblick in ihre Arbeit gegeben und mich mit Informationen versorgt und unterstützt haben: Stellvertretend für die vielen hilfsbereiten MitarbeiterInnen der Stadtgemeinde Mödling bedanke ich mich bei der Gemeindegeschwister Helga Stahl – dem guten Geist des Sozialreferates – die mich zum Thema dieser Arbeit inspiriert hat. Ich danke allen InterviewpartnerInnen für die bereitwillige Zusammenarbeit: Dem „heiteren Bezirksgericht“, das mir Einblicke in seine Tätigkeit gewährt aber auch für viele lustige Stunden gesorgt hat. Michael Handschur, der nicht nur ein Auge auf die Liegenschaften der Gemeinde, sondern auch auf dessen BewohnerInnen hat, Katharina Sulzer, deren Engagement am Sozialamt mich ungemein beeindruckt hat, Brigitta Brunnhofer vom AMS sowie Petra Grünböck-Stoiber, die das Handlungsfeld der Gemeindegesozialarbeit bereits erobern konnte. Ein „Danke“ der Mödlinger Feuerwehr, besonders Mathias Seyfert, der auch als Fotograf und Lektor zum Einsatz kam.

Ein großes Bedürfnis ist es mir, mich auch bei meinem Diplomarbeitbetreuer Dr. Tom Schmid auf diesem Wege zu bedanken. Er stand mir, wann immer ich Anleitung bedurfte, mit Rat und Tat zur Seite, hat mich durch die Tiefen – die wissenschaftliches Arbeiten mit sich bringen kann – begleitet, mich motiviert, angetrieben, gab mir hilfreiche Anregungen und wertvolle Denkanstöße.

Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, weiteren Menschen „Danke“ zu sagen, die mich bis hierhin geführt und begleitet haben: Allen voran danke ich meinen Eltern für ihre Unterstützung und ihr jahrzehntelanges Engagement in politischer wie gesellschaftlicher Hinsicht, denn das war es, was mich geprägt und dort hingeführt hat, wo ich heute stehe. Meiner Familie und meinen Freunden danke ich für ihr Verständnis – die Jahre des Studiums waren eine Zeit der Entbehrung. Nicht nur für mich sondern auch für sie, weil ich so lange Zeit in das Studium vertieft war.

Christina und Rita möchte ich für die gemeinsame Zeit des Studiums, ihre Freundschaft, ihre Unterstützung, ihren unerschütterlichen Glauben an mich und ihrer damit verbundenen Hartnäckigkeit bezüglich dieser Arbeit danken. Wer weiß, ob ich ohne sie jemals fertig geworden wäre.

Abschließend seien noch Abgeordneter zum Nationalrat Hannes Weninger, Bezirksgeschäftsführer Heinz Scheele und Vizebürgermeister Andreas Holzmann – ein kleiner Auszug meiner „SPÖ-Familie“ – genannt. Sie gaben mir eine Anstellung, die es mir einerseits ermöglichte, das Studium zu finanzieren und andererseits flexibel genug war, um Studium und Beruf unter einen Hut zu bringen und die die letzten Wochen vor Fertigstellung dieser Arbeit sehr nachsichtig mit mir waren.

Allen ein herzliches und tief empfundenes Dankeschön!

Widmung

Ich habe im Verlauf dieser Diplomarbeit – im Zuge der Interviews, Gespräche mit Betroffenen und der Recherche – viel gelernt: Neues, Spannendes aber auch Erschütterndes. Letzteres lässt mich demütig werden und für das Leben dankbar sein, das man selbst führen darf. Diese Arbeit zu verfassen, war ein Ticket in die Realität unzähliger Menschen in diesem Land, denen es nicht einmal im Ansatz so gut geht wie jenen, die diese Zeilen lesen werden.

Diesen Menschen – all jenen, für die Chancengleichheit ein überstrapazierter Terminus ist, jenen die Monat für Monat abseits des öffentlichen Interesses ums Überleben kämpfen, die in Armutsstatistiken als Zahlen in Erscheinung treten, Zahlen hinter denen Schicksale stecken – sei diese Arbeit gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1 Das Erbe Ilse Arlts	2
1.2 Relevanz kommunaler Sozialarbeit.....	2
I FORSCHUNGSDESIGN	4
2. Fragestellungen, Hypothesen und methodisches Vorgehen	4
2.1 Forschungsfragen	4
2.2 Hypothesen	4
2.3 Objektive und subjektive Datenerhebung.....	5
2.4 Teilnehmende Beobachtung	5
2.5 Literaturrecherche	5
2.6 Leitfadengestütztes ExpertInneninterview.....	5
2.7 Mapping	6
2.8 SWOT-Analyse	6
2.9 Zugang zum Forschungsfeld und Auswahl der InterviewpartnerInnen	6
2.10 Auswertungsverfahren	7
2.10.1 Auswertung der teilnehmenden Beobachtung.....	7
2.10.2 Auswertung der Interviews und des Mappings	7
II NOTWENDIGE KLÄRUNGEN	8
3. Armut und soziale Ausgrenzung	8
3.1. Begriffsbestimmungen	8
3.1.1 Armutsgefährdung:	8
3.1.2 Finanzielle Deprivation:	9
3.1.3 Manifeste Armut:	9
3.2 Gefährdungsrisiken.....	9
4. Bordieus Habitus­theorie und sein Verständnis von Kapital	11
4.1 Habitus.....	11
4.2 Sozialer Raum	11
4.3 Die drei Kapitalarten nach Bordieu	12
4.3.1 Ökonomisches Kapital.....	12
4.3.2 Kulturelles Kapital.....	12
4.3.3 Soziales Kapital.....	13
5. Daseinsvorsorge der Kommune	14
5.1 Daseinsvorsorge Begriffsbestimmung.....	14
5.2 Die Verantwortung der Kommunen.....	14
5.3 Das Potenzial der Kommunen	16
5.4 „Social in all policies“.....	16
6. Sozialarbeit	17
6.1 Definition.....	17
6.2 Sozialarbeit und ihr sozialpolitisches Mandat.....	17
6.3 Grundlagen der Gemeindesozialarbeit.....	18
6.3.1 Bedürfnisorientierung	18
6.3.2 Ressourcenorientierung	19

6.3.3 Anforderungen an den Gemeindesozialarbeiter/die Gemeindesozialarbeiterin	19
6.3.4 Rechtsstellung und Rahmenbedingungen für Gemeindesozialarbeit	21
III. DIE STADT MÖDLING – EINE ANALYSE	22
7. Die Situation in Mödling – Daten und Fakten	22
7.1 Lage	22
7.2 Bevölkerungsstruktur	22
7.3 Bildung und soziale Schichtung	23
7.3.1 Bildungsniveau der Bevölkerung	23
7.3.2 Anteil der Arbeitslosen	24
7.4 Wirtschaftsfaktoren der Stadt	25
7.5 (Partei)Politische Ausrichtung des Sozialraums	26
7.5.1 Mandatsverteilung nach der Gemeinderatswahl 2010	26
7.5.2 Arbeitsübereinkommen der ÖVP Mödling und den Grünen Mödlings	26
7.6 Soziales und Gesundheit	27
7.6.1 Initiativen, Einrichtungen und Hilfsangebote in Mödling	27
7.6.2 Gemeindeamt Mödling – Sozialreferat	28
7.7 Wohnen in Mödling	33
7.7.1 Wohnformen	33
7.7.2 Stadtteile und Grundstückspreise	33
8. Die Situation in Mödling – Eine Problemanalyse	36
8.1 Schwächen und Defizite des kommunalen Hilfeangebots	36
8.1.1 Fehlende Anpassung und mangelnde Flexibilität der ErbringerInnen	37
8.1.2 Mangel an Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit	37
8.1.3 Versäulung	38
8.1.4 Reproduktionserfordernis von Problemen	39
8.2 Armut in Mödling – Kapital im Ungleichgewicht	41
8.2.1 „Soziale Brennpunkte“ der Stadt Mödling	41
8.2.2 Armut hat viele Gesichter – Vordergründige, sichtbare Armut in Mödling	46
8.2.3 Armut hat viele Gesichter – Versteckte Armut in Mödling	51
8.3 Weitere Ursachen für Armutslagen	56
8.3.1 Mangelnde Gleichstellung	56
8.3.2 Arbeitslosigkeit, „working-poor“, prekäre Beschäftigungsverhältnisse	56
8.3.3 Haushaltszusammensetzung	57
8.3.4 ChancenUNgleichheit	57
9. Diskussion der Fragestellungen und Hypothesen	60
9.1 Bedarfsklärung	60
9.2 Armut in Mödling	61
9.3 Legitimationsgründe für Gemeindesozialarbeit	62
9.4 Gestaltung des Handlungsfeldes Gemeindesozialarbeit	63
9.4.1 Begleitung und Betreuung	64
9.4.2 Anlauf- und zentrale Informationsstelle	64
9.4.3 Förderung sozialer Kommunalpolitik	65
9.5 Vor- und Nachteile	65
9.5.1 Stärken	65
9.5.2 Schwächen	67
9.5.3 Chancen	68
9.5.4 Risiken	70

IV. EMPFEHLUNGEN	72
10. Implementierung professioneller Sozialarbeit in das Dienstleistungsangebot des Gemeindeamtes der Stadt Mödling als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge	72
10.1 Umsetzung	72
10.1.1 Anerkennung	72
10.1.2 Möglichkeiten der Anstellung.....	72
10.1.3 Politische Legitimation.....	73
11. Beobachtung der sozialen Entwicklung der Stadt.....	74
12. Social in all policies.....	75
13. Bekämpfung von Armut und sozialen Problemlagen in Mödling.....	75
13.1 Unterstützung zur Bewältigung der Lebenssituation	75
13.2 Wohnen in Mödling	76
13.2.1 Förderungen der Unabhängigkeit weiblicher BürgerInnen hinsichtlich des Grundbedürfnisses „Wohnen“	76
13.2.2 Betreute Unterkünfte	76
13.2.3 Kapitalausgleich	76
13.3 Einrichtung eines gemeinde-internen Frühwarnsystems.....	77
14. Best Practise.....	78
14.1 Gemeindesozialarbeit in Gumpoldskirchen.....	78
14.2 Soziale Kommunalpolitik in Wr. Neustadt	78
15. Literaturverzeichnis.....	80
15.1 Bücher und Fachzeitschriften.....	80
15.2 Internetquellen	82
16. Abbildungsverzeichnis	87
17. Tabellenverzeichnis.....	89
18. Anhang	90
18.1 Methodik	90
18.1.1 Teilnehmende Beobachtung.....	90
18.1.2 Literaturrecherche	90
18.1.3 Auswertung der teilnehmenden Beobachtung.....	91
18.1.4 Auswertung der Interviews und des Mappings	91
18.2 Interviewleitfaden für die ExpertInneninterviews	91
18.3 Matrix 1	94
18.4 Matrix 2	96
18.5 Analyse der Mödlinger Bevölkerung.....	98
18.5.1 Bevölkerungsstruktur Mödling	98
18.5.2 Alter der Bevölkerung in 5-Jahresgruppen	102
18.5.3 Bevölkerungsstand Mödling nach Staatsbürgerschaft – Überblick.....	103
18.5.4 Bevölkerungsstand Mödling nach Staatsbürgerschaft - Detail	104
18.6 Kernformulierung „Soziales Leitbild Mödling“	108
18.7 SWOT-Analyse	110
Eidesstattliche Erklärung.....	112

1. Einleitung

„Sozialarbeit war und ist immer ein Seismograf sozialer Schief lagen,...“ (Malyssek 2005:120). Wenn die Dörfer nicht mehr Ansiedlungen von freien Bauern sind, wenn das dörfliche Gemeinschaftsleben manche BewohnerInnen nicht mehr umfasst, wenn die Städte heterogener werden, geteilt in immer mehr Communities, wenn der Zugang zu passender Hilfe durch die Spezialisierung der Sozialeinrichtungen erschwert wird, ohne die Kosten insgesamt zu senken, dann sind wir aufgerufen, nicht einfach so weiterzumachen wie bisher (vgl. Pantucek 2007:o.A.).

Dadurch dürfte es heute – so Pantucek (2007:o.A.) – unumgänglich werden, das Soziale neu zu überdenken.

Die vorliegende Arbeit versteht sich demnach als Plädoyer in Richtung eines kritischen Umgangs mit den Widrigkeiten und Zumutungen des vorherrschenden kommunalen Hilfesystems in Mödling, das sich – den Regeln der Marktwirtschaft unterwerfend und dem Spezialisierungsdrang nachkommend – immer weniger nach den Bedürfnissen der Hilfesuchenden zu richten scheint.

Im Verlauf meiner Forschung – der Analyse der sozialen Problemlagen in Mödling – zeigte sich, dass „Bedürfnisse“ von Menschen, unbefriedigt bleiben und ein Mangel an Fähigkeiten und Ressourcen Betroffener besteht, sich in dieser Welt zurecht zu finden, der jedoch über das Fehlen ökonomischer Ressourcen weit hinausgeht. So begann ich mich mit AkteurInnen der wissenschaftlichen Forschung wie Arlt und Bordieu zu beschäftigen und stellte fest, dass sie Überlegungen, die ich im Zuge meiner Forschung anstellte, schon lange vor mir angestellt, erweitert und ausgearbeitet haben, mir hierdurch Antworten auf Fragen geben konnten und richtungsweisend waren, um entsprechende Empfehlungen abgeben zu können.

Von unseren geistigen, intellektuellen, spirituellen Vorfahren sind uns Hinterlassenschaften geblieben, die es uns ermöglichen, aus einem reichen Fundus zu wählen. Zwar können wir uns die Welt, in der wir leben, nicht aussuchen, sehr wohl aber, an welche Traditionen wir anknüpfen wollen. (vgl. Pantucek 2010:9).

Obwohl bald 100 Jahre vergangen sind, seit sie in Wien Österreichs erste Ausbildungseinrichtung für Soziale Arbeit gegründet hat, hat Ilse Arlt einiges zu bieten (vgl. Pantucek 2010:8f.): Haltung und Denken dieser Frau sind meines Erachtens nach nicht veraltet, sondern geben Orientierung, wie mit den Herausforderungen unserer Zeit umzugehen ist. So habe ich mich dazu entschlossen, an Ilse Arlts Tradition anzuknüpfen.

1.1 Das Erbe Ilse Arlts

Der Dreh- und Angelpunkt ihrer Bemühungen bestand in der Erforschung des Phänomens Armut – ein Phänomen, das sich nicht hinreichend aus äußerer Beobachtung entstammenden Beschreibungen des Lebensstils „armer Menschen“ erforschen lässt, weil damit die zahlreichen „internen“ und „externen“ Ursachen, welche Einfluss auf die Prozesse des Verarmens, des in Armut gedrängt Werdens, des in Armut gehalten Werdens und des sich mit Mangelverhältnissen Arrangierens, nicht erfasst werden. Erst wenn Forschung über diese monokausalen und von schichtspezifischen Interaktionsmustern beeinflussten Beschreibungen hinausgeht, könne man aussagekräftige Schlussfolgerungen für armutsverringende, sozialpolitische Entscheidungen oder nachhaltig wirksame und ökonomisch effiziente sozialarbeiterische Interventionen gezogen werden (vgl. Maiss 2009:61).

Arlt stellte die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund und begnügte sich nicht damit, Armut und Not als Faktum hinzunehmen. Für sie war der Kulturzustand eines Landes nicht an seinen Höchstleistungen ablesbar, sondern aus der tiefsten geduldeten Entbehrung, die sie als Grenznot definierte. Sie sah den Armutsbegriff in Verbindung mit der – nach wie vor vorherrschenden – Chancenungleichheit für Kinder aus der sozialen Unterschicht (vgl. Steinhauser 2009:42), eine Übereinstimmung mit den Erkenntnissen Bordieus, dessen Theorien an anderer Stelle vorgestellt werden.

1.2 Relevanz kommunaler Sozialarbeit

Pantuceks Satz „Das Soziale neu überdenken“ beschreibt sehr gut, worum es in der vorliegenden Arbeit gehen soll.

Das was IST, nicht als gegeben hinzunehmen und sich resigniert damit abzufinden, sondern das was sein SOLL, vor dem Hintergrund (sozial)politischer, sozialarbeiterischer wie gesellschaftlicher Herausforderungen entsprechend zu gestalten, andere Wege zu gehen und neue Handlungsfelder für die Sozialarbeit zu eröffnen.

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gilt meines Erachtens als DIE sozialpolitische Herausforderung unserer Zeit. Deutlich wird dies im Kapitel „Armut und soziale Ausgrenzung“, in dem gezeigt wird, dass Armut multidimensional und in ihrer Ursächlichkeit multifaktoriell ist. Um sie nachhaltig zu bekämpfen, braucht es einen ganzheitlichen Ansatz und man muss sich mit Fragen der Integration, der Arbeitsmarktpolitik, der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern, der Bildungs-

und Wohnungspolitik – um hier nur einige Beispiele zu nennen – beschäftigen (vgl. Schenk 2009:9). Problematisch ist im Hinblick auf Hilfeerbringung, dass eine Spezialisierung der Hilfen festzustellen ist. Die Einschränkung der Zuständigkeit von Einrichtungen auf je eine Notform, ist den KlientInnen unangemessen und wird ihren Problemen nicht gerecht (vgl. Pantucek 2009b:57). Es soll demnach das Hilfe-Angebot der Stadt Mödling beleuchtet und anhand von Beispielen die Problematiken verdeutlicht werden, vor dessen Hintergrund die Bekämpfung von Armut ein noch schwierigeres Unterfangen darzustellen droht, als es ohnehin schon ist. Die Analyse von Defiziten ist insofern von Bedeutung, weil sie gleichzeitig Aufschluss über einen möglichen Ausweg geben können.

Der Kommune kommt in diesem Zusammenhang meines Erachtens deswegen eine große Bedeutung zu, weil sie als kleinste staatliche Verwaltungseinheit mit den BürgerInnen im engsten Kontakt steht und den Sozialraum darstellt, in welcher soziale Problemlagen verortet sind. Herausgearbeitet soll werden, dass kommunale Aufgaben über die „Daseinsvorsorge“, wie man sie vor vielen Jahrzehnten verstand, hinausgehen. Daher ist auch die Mödlinger Kommunalpolitik aufgefordert, sich an der Gestaltung passender Rahmenbedingungen zur Bewältigung der Herausforderungen des Lebens und zur Bekämpfung von Armut zu beteiligen.

Es gilt, Pantuceks (2007:o.A.) Hinweis, dass bei der Ausgestaltung von Hilfe zu einem gesellschaftlichen Funktionssystem, zum Sozialwesen und zum Gesundheitswesen auch Dilemmata hinzukommen, Folge zu leisten. Als eines dieser Dilemmata nennt er die Frage, ob den Menschen nicht mit einer Neugestaltung der Gesellschaft oder ihres Steuerungssystems, der Politik, mehr und nachhaltiger geholfen wäre, als mit persönlicher Freundlichkeit und Beratung. Hierdurch wird die Wichtigkeit deutlich, dass sich Sozialarbeit auch ihres politischen Mandats (wieder) bewusst werden muss, indem man Probleme, Schwächen und Defizite aufzeigt und in Zusammenarbeit mit der Politik an Lösungen und Veränderungen der Rahmenbedingungen arbeitet.

Ziel ist es zu zeigen, dass die Implementierung professioneller Sozialarbeit in den Betrieb von Gemeindeämtern eine Chance ist, aktuellen und künftigen Herausforderungen gerecht zu werden.

I FORSCHUNGSDESIGN

2. Fragestellungen, Hypothesen und methodisches Vorgehen

2.1 Forschungsfragen

Als Mödlingerin, Sozialarbeiterin und Gemeinderätin möchte ich herausfinden, ob und wenn ja, welche Legitimation für Gemeindesozialarbeit besteht.

Hierfür stellt sich zunächst die Frage, ob ein Bedarf an professionellen sozialarbeiterischen Leistungen am Gemeindeamt Mödling besteht und wenn ja, warum und wie dieser aussieht.

Gibt es darüber hinaus weitere Gründe, die angeführt werden können, um das Handlungsfeld der Gemeindesozialarbeit zu legitimieren und wenn ja, welche?

Mödling ist eine Stadt, in der eine Vielzahl reicher Menschen leben, daher ist weiters von Interesse, in wie weit Armut in Mödling ein Thema ist, wie und wo sie in der Stadt zum Vorschein kommt, wer betroffen ist und was die Ursachen für Armutslagen sind.

Wie muss – basierend auf vorhandenen oder auch möglichen Bedürfnissen – professionelle Sozialarbeit in diesem Kontext gestaltet werden?

Ergeben sich aus der Implementierung von Sozialarbeit im Gemeindekontext Vor- und Nachteile und wenn ja, welche und für wen?

2.2 Hypothesen

Eine Hypothese ist eine empirisch gehaltvolle Aussage, die gewisse Ereigniszusammenhänge und -folgen behauptet. Sie gilt stets nur vorläufig und muss so beschaffen sein, dass sie überprüfbar ist (vgl. Kern 1982:281 zit.n. Lamnek 2005:722).

Nachfolgende Hypothesen wurden von mir vorab formuliert und im Zuge meiner Forschung abgearbeitet, um sie infolge meiner Erkenntnisse zu bestätigen oder zu verwerfen.

- Der Bedarf an Gemeindesozialarbeit ist gegeben und legitimierbar
- Bestehende lokale Hilfeangebote können die Bedürfnisse der Mödlinger Bevölkerung nicht abdecken
- Armut spielt in der Stadt Mödling eine Rolle

2.3 Objektive und subjektive Datenerhebung

Für diese Forschungsarbeit habe ich empirisch - und zwar sowohl quantitativ als auch qualitativ - gearbeitet. Aufgrund der Forschungsfragen lag der Schwerpunkt jedoch bei den qualitativen Forschungsmethoden.

Befragung, Beobachtung, Quellenstudium, Auswertung statistischer Daten sowie Daten des Meldeamts der Stadt Mödling wurden als methodische Zugänge herangezogen und damit objektive Tatbestände, subjektive Einstellungen und gegenwärtige Situationen auf lokaler Ebene festgehalten und verglichen (vgl. Schmid 2006:435).

Darüber hinaus muss erwähnt werden, dass ich als gut integrierte Bürgerin der Stadt Mödling, in der ich seit 1985 lebe, sowie aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit bei der SPÖ und infolge der Ausübung meines Mandats als Gemeinderätin mit zahlreichen informellen Gesprächen, Anfragen und Beschwerden konfrontiert bin. Diese Informationen und Kenntnisse fließen ebenfalls in die Arbeit ein.

Nachfolgend werden die von mir eingesetzten Forschungsmethoden in aller Kürze beschrieben. Informationen darüber hinaus, sind im Anhang zu finden.

2.4 Teilnehmende Beobachtung

Als Forscherin nahm ich am beruflichen Alltagsleben der MitarbeiterInnen des Sozialreferates – in erster Linie aber dem Berufsalltag der Gemeindegewerkschafterin – teil und kombinierte Beobachtung mit Befragung, wobei die Kombination der beiden Methoden die Gültigkeit der ermittelten Daten und Befunde absichern sollte (vgl. Lamnek 2005:548f.).

2.5 Literaturrecherche

Vor, während und verstärkt nach der Beobachtung fand eine Auseinandersetzung mit entsprechender Fachliteratur zu den Themen Armut, der Funktion, Verantwortung und Rolle der Kommunen, Sozialraumorientierung – um nur einige zu nennen – statt.

2.6 Leitfadengestütztes ExpertInneninterview

ExpertInnen sind Personen, die über besondere Wissensbestände hinsichtlich des jeweiligen Forschungsinteresses, langjährige Erfahrung in ihrem Bereich sowie einen übergeordneten Zugang zu fachspezifischen Informationen verfügen (vgl. Kühl Strodtholz 2002:35ff. zit. n. Bobens 2006:319). Für die vorliegende Arbeit wurden jeweils ein/e VertreterIn von AMS und Sozialamt, der BH sowie der Leiter der

Hausverwaltung, die für die Mödlinger Gemeindewohnungen zuständig ist, befragt. Zudem wurden zwei von vier im Bereich Mödling tätige Gerichtsvollzieher interviewt. Hinzu kam ein Interview mit drei Feuerwehrmännern. Den Abschluss bildete ein Gespräch mit der Gemeindesozialarbeiterin von Gumpoldskirchen.

Der Interviewleitfaden (siehe Anhang) hatte einerseits den Zweck als Gedächtnisstütze und Orientierungshilfe zu dienen (Kühl / Strodtholz 2002:43 zit. n. Bobens 2006:322), andererseits sollte er eine gewisse Vergleichbarkeit mit den Antworten verschiedener ExpertInnen ermöglichen. (Diekmann 1995:446 zit. n. Bobens 2006:322).

2.7 Mapping

Den ExpertInnen wurde im Zuge der Interviews ein Mödlinger Stadtplan vorgelegt, mit der Aufforderung Gebiete zu markieren, in welchen sie besonders viele ihrer KlientInnen bzw. soziale Brennpunkte orten. Hierbei wurde versucht, Armut bzw. soziale Problemlagen kartographisch zu erfassen.

2.8 SWOT-Analyse



Die SWOT-Analyse dient dazu, Stärken (Strengths S), Schwächen (Weakness W), Chancen (Opportunities O) und Gefahren/Risiken (Threats T) (vgl. Sander/Bauer 2006:16 zit.n. Frost-Ebinger 2010:26) von Kommunalsozialarbeit abzubilden.

Abbildung 1: SWOT-Analyse

2.9 Zugang zum Forschungsfeld und Auswahl der InterviewpartnerInnen

Als Tochter einer Gemeindebediensteten und als Lokalpolitikerin kenne ich die Verantwortungs- und EntscheidungsträgerInnen des Gemeindeamtes sowie die MitarbeiterInnen des Sozialreferates. Der Abteilungsleiter räumte mir die Möglichkeit ein, zwei Praktika (ein zweiwöchiges Kurzzeitpraktikum im Mai 2007 und ein achtwöchiges Forschungspraktikum von Dezember 2008 bis Februar 2009) in seiner Abteilung zu machen. Um das – bis zu dem Zeitpunkt mir unbekannte – Feld zu

beobachten, arbeitete ich insgesamt zehn Wochen im Regelbetrieb des Sozialreferates der Stadtgemeinde Mödling.

Basierend auf meiner Wahrnehmung, dass ein überwiegender Teil des Klientels der Gemeindeschwester BezieherInnen von Sozialhilfe und oftmals ohne Beschäftigung sind, war es naheliegend, VertreterInnen der hierfür zuständigen Ämter – BH und AMS¹ – zu interviewen. Außerdem zeigte sich die Thematik Armut allgegenwärtig - vordergründig d.h. visuell für jeden erkennbar anhand der baulichen Zustände der Unterkünfte, versteckt durch die Einrichtung der Wohnungen, die Lebensstile Betroffener, für deren Wahrnehmung es notwendig ist in die Lebenswelten vorzudringen. Hierfür boten sich Hausverwaltung aber auch die Feuerwehr an.

Da Verschuldung und Delogierung ein Indikator für soziale Problemlagen im Allgemeinen und Armut im Speziellen – vor allem im verdeckten Bereich – sein kann (vgl. Statistik Austria 2008:2), interviewte ich zwei Gerichtsvollzieher.

Bei einem der letzten Interviews fiel im Zuge des Gesprächs auch der Name der Gemeinde Gumpoldskirchen, wo eine Sozialarbeiterin auf dem Gemeindeamt vermutet wurde. Nach Recherche und anschließender Kontaktaufnahme mit DSAⁱⁿ Petra Grünböck-Stoiber stellte sich heraus, dass sie die Gemeinde als sozialarbeiterisches Handlungsfeld als – soweit mir bekannt – erste und bisher einzige in Österreich, erobert hat. Sie bildete den Abschluss der Interviewreihe.

2.10 Auswertungsverfahren

2.10.1 Auswertung der teilnehmenden Beobachtung

Die Beobachtungen und Ergebnisse der Befragungen wurden in Form von Gedächtnisprotokollen festgehalten und analysiert (siehe Anhang).

2.10.2 Auswertung der Interviews und des Mappings

Die Fragen samt zugehöriger Antworten aller Interviewten wurden in eine Matrix (siehe Anhang) übertragen und einander gegenüber gestellt. Die sozialen Brennpunkte, wurden in einen Mödlinger Stadtplan eingetragen und ebenfalls einem Vergleich unterzogen.

¹. Gemäß NÖ SHG § 64(2) konnten Anträge zur Sozialhilfe bei der zuständigen Gemeinde und der Bezirksverwaltungsbehörde eingereicht werden. Seit 01.01.2009 können - gemäß NÖ MSG § 15(3) - Anträge zur bedarfsorientierten Mindestsicherung – welche die Sozialhilfe ersetzt - darüber hinaus auch bei der regionalen Geschäftsstelle des Arbeitsmarktservices eingebracht werden.

II NOTWENDIGE KLÄRUNGEN

3. Armut und soziale Ausgrenzung

3.1. Begriffsbestimmungen

Insgesamt kann der Begriff Armut für eine Vielzahl an benachteiligten Lebenslagen verwendet werden. Mangel an finanziellen Mitteln und Aktivierungsressourcen – damit gemeint sind nicht monetäre Leistungen wie Gesundheit, Bildung oder die Teilnahme am Erwerbsleben – einerseits sowie deprivierte Lebensführung andererseits, werden als Anzeichen einer Armutslage betrachtet, also als eine Lebenssituation, in der unterstützende Interventionen angebracht sind (vgl. BMASK 2009a:239).

3.1.1 Armutsgefährdung:

Als armutsgefährdet gelten – laut Statistik Austria (2008:1) – Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen. In Österreich betrifft dies 12,4% der Bevölkerung, das sind 1.018.000 Personen.

Die Armutsgefährdungsschwelle entspricht 60% des Medians des äquivalisierten Jahreseinkommens (=bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) und wird von der Statistik Austria nach EU-Kriterien jährlich neu berechnet. 2008 betrug sie laut EU-SILC² 951 Euro pro Monat für einen Einpersonenhaushalt (12-mal im Jahr) (vgl. Statistik Austria 2008:1).

BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) stehen im Jahr 2010 744 Euro pro Monat (12 mal im Jahr) zur Verfügung (vgl. BMASK 2010). Die BMS liegt damit mehr als 200 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle, die vom EU SILC festgelegt wird.

Tatsächliche Lebenslagen und Kostenstrukturen der Haushalte werden über das Einkommen nicht berücksichtigt. Deshalb kann in Zusammenhang mit niedrigem Einkommen auch nur von Armutsgefährdung gesprochen werden, tatsächliche Armut ist über das Einkommen jedoch nicht messbar. (vgl. BMASK 2009b:83).

² "EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) ist eine Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten in Europa und bildet eine wichtige Grundlage für die europäische Sozialstatistik und die nationale Armutsberichterstattung. (...) Zentrale Themen sind Einkommen, Beschäftigung und Wohnen sowie subjektive Fragen zu Gesundheit und finanzieller Lage." (Statistik Austria 2008:1).

3.1.2 Finanzielle Deprivation:

Das Konzept der finanziellen Deprivation ist eine wichtige Ergänzung zum Konzept der Armutsgefährdung, weil dadurch sichtbar wird, ob und wie gut Menschen mit ihrem Einkommen auskommen können. Finanzielle Deprivation kann auch Personen betreffen, deren Einkommen zwar über der Armutsgefährdungsschwelle liegt, die jedoch mit hohen Lebenshaltungskosten – in Mödling auf die hohen Mieten zurück zu führen – oder Schulden kämpfen. (vgl. BMASK 2009b:85).

Je mehr der nachfolgenden Güter und Verhaltensweisen – deren Leistbarkeit in Österreich als Mindestlebensstandard festgelegt wurden – nicht leistbar sind, desto eher ist von einer deprivierten Lebensführung auszugehen (vgl. BMASK 2009b:85):

- „Die Wohnung angemessen warm zu halten
- Regelmäßige Zahlungen (Miete, Betriebskosten) rechtzeitig zu begleichen
- Notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche in Anspruch zu nehmen
- Unerwartete Ausgaben (z.B. für Reparaturen) zu finanzieren
- Neue Kleidung zu kaufen
- Jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch, Geflügel oder vegetarische Speisen zu essen
- Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen.“ (BMASK 2009a:23).

„Als finanziell depriviert gilt, wer sich auf Grund geringer finanzieller Mittel mindestens zwei der genannten Merkmale nicht leisten kann.“ (BMASK 2009b:85).

Aus der Kombination von Armutsgefährdung und finanzieller Deprivation ergeben

		Depriviert	
		Nein	Ja
Armutsgefährdung durch niedriges Einkommen	Nein	Nicht-Arm 73,7%	Mangelnde Teilhabe 13,9%
	Ja	Einkommensarmut 6,4%	Manifeste Armut 6,0%

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU SILC 2008



 Armutsgefährdung 12,4%

sich – wie in Abbildung 2 zu sehen ist – vier unterschiedliche Armutslagen (vgl. BMSK 2009b:249).

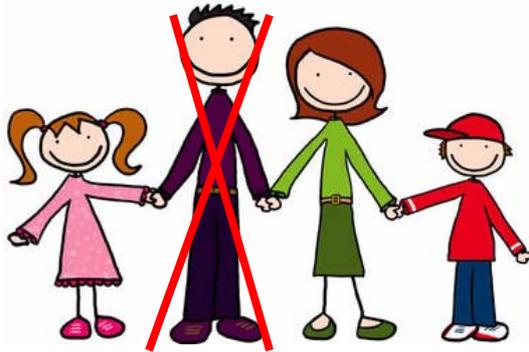
Tabelle 1: Armutslagen

3.1.3 Manifeste Armut:

Gemäß Statistik Austria (2008:2) ist rund die Hälfte der armutsgefährdeten Menschen gleichzeitig mit finanzieller Deprivation konfrontiert. Betroffene werden als „manifest arm“ bezeichnet.

3.2 Gefährdungsrisiken

Gefährdungsrisiken sind nicht gleichmäßig über die Bevölkerung verteilt. Frauen sind häufiger gefährdet als Männer. (vgl. BMASK 2009a:240). Für Frauen gilt, dass sie



Bildquelle: <http://kurier.at/nachrichten/2027878.php>

nur aufgrund ihres Geschlechtes in den bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnissen von Armut stärker bedroht sind als Männer (vgl. AMS 2009:6). Besonders betroffen sind Alleinerzieherinnen, erwerbslose Frauen, Frauen, die trotz Erwerbsarbeit ein Einkommen an oder unter der Armutsgefährdungsschwelle beziehen, Frauen mit Behinderungen, allein lebende Pensionistinnen und Migrantinnen. Zu den klassischen Armutsfällen zählen niedriger Bildungsstatus, atypische und nicht-existenzsichernde Beschäftigungsformen, Einkommensnachteile, Arbeitsplatzverlust, Trennung/Scheidung, Schulden und Alter (AMS 2009:8ff).

Konkret bedeutet Armut, dass kaum Möglichkeiten bestehen, in zentralen gesellschaftlichen Bereichen – wie Wohnen, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Sozialkontakte, kulturelles Leben, Bildung – zumindest in einem Mindestmaß teilhaben zu können. Arme Menschen haben weniger Chancen im Leben. Menschen, die am Limit leben, haben demnach auch geringere Aufstiegschancen. Ihre Zukunft wird von der sozialen Herkunft bestimmt. In Österreich haben Kinder armer Menschen eine schlechtere Chance auf eine gute Ausbildung – der soziale Status der Eltern beeinflusst in den meisten Fällen die Bildungs- und damit die Einkommenschancen der Kinder (vgl. Die Armutskonferenz 2009:2).

Dieser Zusammenhang zwischen Herkunft, Bildung und Chancenungleichheit führt zu Pierre Bourdieu und damit zum nächsten Kapitel.

4. Bordieus Habitus­theorie und sein Verständnis von Kapital

Aufgrund bestimmter Aussagen im Zuge der von mir durchgeführten Interviews, zeigte sich, dass soziale Problemlagen, Armut und Chancen­ungleichheit an die nächste Generation weitergegeben werden und nicht ausschließlich durch fehlende finanzielle Ressourcen begünstigt werden, sondern auch andere Faktoren eine Rolle spielen (vgl. Interview IP-01 bis IP-04 2010, IP-07 2010).

Deshalb befasste ich mich mit den Theorien des Gesellschaftstheoretikers Pierre Bourdieu. Einen weiteren Hinweis auf ihn lieferte – wie einleitend bereits angedeutet wurde – Ilse Arlt, welche die Bedürfnisbefriedigung von Möglichkeiten, Ressourcen und Fähigkeiten der Menschen abhängig sieht, die oftmals bei Betroffenen nicht oder nur eingeschränkt vorhanden sind (vgl. Steinhauser 2009:42). Diese Möglichkeiten, Ressourcen und Fähigkeiten fasste Bourdieu unter dem Begriff „Kapital“ zusammen. Weitere zentrale Begriffe sind u.a. der soziale Raum sowie der Habitus (vgl. Nestvogel o.A.:28).

4.1 Habitus

Der Begriff Habitus deckt sich mit der vielschichtigen Bedeutung von Anlage, Haltung, Gewohnheit, Lebensweise - ist also gesellschaftlich bedingt und nicht angeboren, sondern beruht auf Erfahrungen (vgl. Bosancic 2007:1f.).

4.2 Sozialer Raum

Der soziale Raum besteht aus vielen AkteurInnen und handelnden Individuen. Die Position eines Individuums im sozialen Raum hängt einerseits vom Kapitalvolumen, andererseits von der spezifischen Zusammensetzung der Kapitalarten ab (vgl. Nestvogel o.A.:30). Die Gesellschaft ist demnach als sozialer Raum zu verstehen, der aus mehreren Dimensionen besteht, die als drei übereinander gelegte Schemata konzipiert sind: Kapitalvolumen, Kapitalart und die Beziehung zwischen sozialer Position und Lebensstile (kulturelle Vorlieben, Hobbies, Freizeitgestaltung etc.) (siehe hierzu Nestvogel o.A.:30).

Bourdieu (1992:o.A. zit.n. Nestvogel:o.A.) führt die Untergliederung nach Kapitalarten deshalb ein, weil zum einen nicht nur ökonomisches Kapital, sondern auch die Akkumulation der anderen Kapitalsorten Macht und Einfluss vermitteln kann, zum anderen, um die Mehrdimensionalität sozialer Ungleichheit zu betonen (vgl. Ebda.).

4.3 Die drei Kapitalarten nach Bordieu

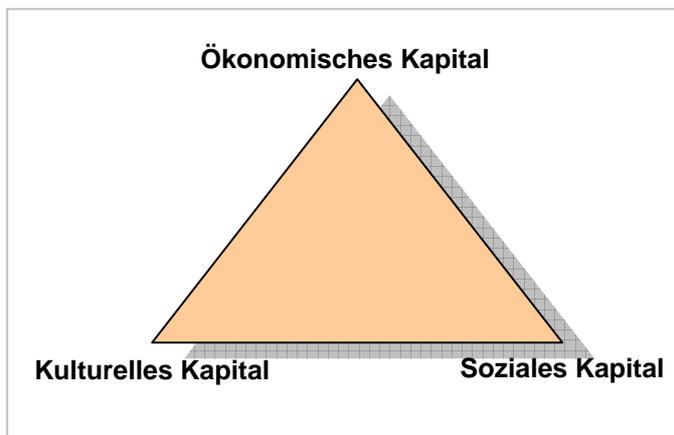


Abbildung 2: Die drei Kapitalarten nach Bordieu

Erst wenn Menschen in ausreichender Form über alle drei Kapitalarten verfügen, ist – wie noch gezeigt wird – ein eigenverantwortliches Leben möglich. Der Mangel einer oder mehrerer Kapitalarten muss mittels „Befähigung“ der Betroffenen ausgeglichen werden.

4.3.1 Ökonomisches Kapital

Das ökonomische Kapital ist nach Bourdieu (1992:o.A. zit.n. Baumgart 1997:1) unmittelbar und direkt in Geld konvertierbar. Dem sei erklärend von mir hinzugefügt, dass darunter jede Form von finanziellen Ressourcen d.h. materiellem Besitz und Einkünften, nicht nur durch Erwerbsarbeit sondern auch in Form von Zuwendungen – beispielsweise Arbeitslosengeld, BMS, etc. – dem ökonomischen Kapital hinzuzuzählen ist.

4.3.2 Kulturelles Kapital

Unter „Kulturellem Kapital“ versteht Bourdieu (1992:53 zit.n. Storch 2006:6) die Gesamtheit der individuell gesammelten kulturellen Inhalte.

Das kulturelle Kapital kann in drei Formen existieren:

1. In objektiviertem Zustand: z.B. in Form von kulturellen Gütern, Büchern, Gemälden, Bildern, Lexika, Instrumenten, usw. (Bourdieu 1992:o.A. zit.n. Baumgart 1997:1).
2. Inkorporiertes d.h. verinnerlichtes kulturelles Kapital: Bildung oder Erfahrung, die man – bewusst oder unbewusst – in der Familie, der Schule, etc. erworben hat (vgl. Nestvogel o.A.:30).
3. Institutionalisiertes kulturelles Kapital: z.B. in Form von Zeugnissen, Diplomen, Bildungstitel. Hiermit wird dem inkorporierten Kulturkapital – so Nestvogel (o.A.: 30) – eine institutionelle Anerkennung verliehen.

Die Verinnerlichung kulturellen Kapitals verläuft durch Zeitinvestition, wodurch die Dauer des Bildungserwerbs zum wichtigsten Indikator zur Bestimmung dieser Kapitalform wird (Bourdieu 1992:56 zit.n. Storch 2006:6). Geprägt wird das kulturelle

Kapital vor allem durch die Herkunft und das Bildungsniveau der Eltern (Bourdieu 2001:2 zit.n. Storch 2006:6). Ein Ausbruch aus dem Kreislauf der strukturellen Ungleichheit wird dann schwer möglich, wenn die jeweiligen Sozialmilieus ihre Kinder mit ihren spezifischen Erwartungshorizonten und Zielvorstellungen prägen - und zwar bevor die Schule ihr Potential als homogenisierende Institution ausspielen kann. Die Pläne der Familien reproduzieren gleichsam die soziale Stratifikation, die sich im Übrigen in den verschiedenen Schularten wieder findet (vgl. Girard/Bastide 1963:443 zit.n. Storch 2006:6).

4.3.3 Soziales Kapital

Bourdieu (1992:63 zit.n. Storch 2006:8) definiert den Begriff als die Gesamtheit der aktuellen und potenziellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind. Der Grad des Sozialkapitals bestimmt sich nicht nur aus der Größe des eigenen Personennetzwerkes, sondern auch im Besonderen aus der Größe des sozialen Kapitals der Bekannten.

Nach Storch (2006:8) lässt sich der Beitrag des Konzepts des sozialen Kapitals zur Problematik der Chancenungleichheit, ähnlich dem Konzept des kulturellen Kapitals, anhand der Reproduktionsfähigkeit erkennen. Kinder aus familiären Milieus mit einem geringen Bildungsniveau werden somit nicht den gleichen Zugang zu symbolischem Sozialkapital (also entsprechenden Eliten) haben, wie solche aus einem bildungsstarken familiären Umfeld. Der Theorie Bourdieus folgend, ist nicht nur die Weite des Netzwerks, sondern insbesondere das Prestige der einzelnen Mitglieder eines Netzwerks oder Peergroup entscheidend für die Akkumulation von Sozialkapital. (vgl. Storch 2006:8).

5. Daseinsvorsorge der Kommune

Warum ich Sozialarbeit in den Betrieb von Gemeindeämtern einbinden möchte, hat vor allem den Grund, dass die Gemeinde – als kleinste Gebietskörperschaft – eine staatliche Institution ist, an der kaum ein Bürger oder eine Bürgerin vorbei kommt. Ob man den Schritt aufs Meldeamt machen muss um seinen Hauptwohnsitz zu melden, das Bauamt aufsucht, oder einen Kindergartenplatz benötigt. Der Weg jeder Bürgerin und jedes Bürgers führt irgendwann einmal auf die Gemeinde.

5.1 Daseinsvorsorge Begriffsbestimmung

„Auch wenn sich Versorgungsleistungen aus historischer Sicht aus wirtschaftlichen Grundversorgungsgebieten wie Wasser- und Stromversorgung entwickelt haben, so reicht die Bandbreite der Daseinsvorsorge heutzutage wesentlich weiter.“

(Holoubek/Segalla 2002: 64). Sie umfasst die lebens- und bürgernahen Bereiche. Das ist – nicht ausschließlich aber vor allem – die kommunale Infrastruktur. Straßen und Wege, öffentliche Bauten und Freizeiteinrichtungen, Wasserversorgung und Abfallentsorgung, Energieversorgung und gemeinschaftsbezogene Dienstleistungen bestimmen den Begriff der kommunalen Daseinsvorsorge (vgl. Binder 2002:105).

Holoubek/Segalla (2002:64) fassen die Daseinsvorsorge der Kommunen als eine Versorgung der Bevölkerung mit wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Infrastruktur auf.

5.2 Die Verantwortung der Kommunen

„Seit jeher waren die Gemeinden jene Gebietskörperschaften, die sich durch ihre besondere Bürgernähe und ihre intensive Verantwortung gegenüber den auf ihrem Gebiet lebenden Menschen auszeichneten. Diese besondere Nähe zu den Menschen hat auch stets die Entwicklung der Gemeindeaufgaben geprägt. In vielen Fällen waren – und sind – die Gemeinden als Problemlöser gefordert, auch wenn dafür gar keine gesetzliche Aufgabenzuweisung vorliegt.“ (Weber 2002:31f.)

Darüber hinaus bin ich der Ansicht, dass der Kommune eine besondere Verantwortung zukommt, weil soziale Probleme vor Ort auftreten, Kommunen der erste Ansprechpartner für soziale Initiativen sind, der entsprechende Versorgungsgrad nur für den kommunalen Bereich erfasst werden kann, etc.

Aus diesem Grunde haben Gemeinde und Städte das sozialstaatliche Leistungsangebot in Anlehnung an die sich verändernden Bedürfnisse der Bevölkerung zu ergänzen (vgl. Stelzer-Orthofer 1993:134).

Der soziale Gedanke und das Bewusstsein über die Verantwortung den BürgerInnen gegenüber, ist – darauf deuten für mich Initiativen seitens der Stadt hin – auch Mödling nicht fremd. Die Gemeinde hat in der Vergangenheit immer wieder auf Bedürfnisse der Mödlinger Bevölkerung reagiert. Das zeigt sich u.a. durch die Beschäftigung der Gemeindeschwester als kommunale Sozialdienstleistung der Stadt, die sich nicht nur um Gesundheitsbelange sondern vor allem um soziale Problemlagen von Mödlinger BürgerInnen kümmert und der Formulierung eines „Sozialen Leitbildes“ für Mödling (siehe Anhang). Um die – wie auf der Homepage der Stadt (www.moedling.at) zu lesen ist - immer größer werdenden sozialen Probleme und Herausforderungen in Mödling besser meistern und die Sozialpolitik der Stadt besser planen zu können, wurde gemeinsam mit den sozialen Vereinen und Institutionen, ExpertInnen, interessierten BürgerInnen und den SozialsprecherInnen aller Parteien ab Juni 2004 dieses sozialpolitisches Leitbild erarbeitet, dessen Ziel es ist, die Sozialpolitik nach den Bedürfnissen der MödlingerInnen, den Erfahrungen der Vereinen und ExpertInnen und den politischen und finanziellen Möglichkeiten zu planen. (vgl. www.moedling.at).

Letzterem fehlt es leider nach wie vor noch an Umsetzung, denn abgesehen von den Treffen des Sozialen Netzwerks, konnte weder die gewünschte Gemeinwesenarbeiterin, der BürgerInnenbeirat, die Sozialberichterstattung noch die Forderung nach „social in all policies“ verwirklicht werden (vgl. Soziales Leitbild). Viele der Ideen werden von mir – zum Teil modifiziert – aufgenommen.

Das Soziale Netzwerk, das – so die Auskunft in einem Gespräch mit dem ehemaligen Sozialstadtrat Stephan Schimanowa im September 2010 – im Zusammenhang mit der Leitbilderstellung gegründet wurde, hatte zum Ziel, alle Vereine, die sowohl haupt- als auch ehrenamtlich – im Sozialbereich tätig sind, eine Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und des Kennenlernens zu bieten. Die Vernetzung sollte in weiterer Folge dazu beitragen, dass gemeinsame Aktionen und Akzente gesetzt werden, wenn beispielsweise KlientInnen von mehreren Stellen betreut werden. Zudem sollte das „Netzwerk Sozialer Vereine“ als Inputgeber für den Sozialstadtrat fungieren, aktuelle Probleme aufzeigen um entsprechend

sozialpolitische Schwerpunktsetzung gewährleisten zu können. Die Treffen wurden im Zuge der Leitbilderstellung nicht mehr vom das Gemeindeamt, sondern vom Psychosozialen Gesundheitszentrum organisiert. Diese finden zwar nach wie vor statt, der Schwerpunkt liegt nun aber auf jenen Organisationen, die im hauptamtlichen Bereich tätig sind, beispielsweise Jugendberatungsstelle Waggon, PSD, MOJA, Arge Chance, etc. Damit wird meines Erachtens nicht das gesamte Potenzial, das die Stadt hat, genutzt.

5.3 Das Potenzial der Kommunen

Meine Forschung ergab, dass das Mödlinger Gemeindeamt außerordentlich großes Potenzial hat, Armut und Hilfebedarf zu lokalisieren.

Ich sehe das eigentliche Potenzial der Kommunen in der lokalen Zivilgesellschaft³: beispielsweise die Freiwillige Feuerwehr, Sportvereine, Sozialdienste, etc. und die Kraft der Nachbarschaften, die sozialen Interaktionsraum darstellen. Darüber hinaus besteht in den formellen Strukturen der Kommunalverwaltung – in den einzelnen Abteilungen des Gemeindeamts natürlich ebenfalls Potenzial. Ob und wenn ja, wie dieses Potenzial derzeit in Mödling genutzt wird und welches Potenzial darüber hinaus besteht, wird noch gezeigt. Dieses Potenzial gilt es, sich als GemeindesozialarbeiterIn zu Nutze zu machen, um in Zusammenarbeit mit allen lokalen AkteurInnen Hilfebedarf aufzuspüren und bedürfnisgerechte Hilfe anzubieten.

5.4 „Social in all policies“

„Social in all policies“ bedeutet, dass der „soziale Gedanke“ in Fragen nach den Auswirkungen von Entscheidungen und der sozialen Verträglichkeit in allen politischen Ressorts Einzug halten muss (vgl. Elsen 2004:7).

³ Zivilgesellschaft wird als Sphäre neben Markt, Staat und Familie begriffen, die primär durch das Vorhandensein von Organisationen bestimmt ist, keinen wirtschaftlichen Gewinn anstrebt und auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind (vgl. Hasenöhl o.A.:7)

6. Sozialarbeit

6.1 Definition

Sozialarbeit ist gemäß der International Federation of Social Workers (IFSW) (2000:1) folgendermaßen definiert:

„Soziale Arbeit als Beruf fördert den sozialen Wandel und die Lösung von Problemen in zwischenmenschlichen Beziehungen und sie befähigt die Menschen, in freier Entscheidung ihr Leben besser zu gestalten. Gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse über menschliches Verhalten und soziale Systeme greift soziale Arbeit dort ein, wo Menschen mit ihrer Umwelt in Interaktion treten. Grundlagen der sozialen Arbeit sind die Prinzipien der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit“ (IFSW 2000:1).

Professionelle soziale Arbeit ist bemüht, Armut zu lindern, ausgegrenzte Menschen zu integrieren, sowie die Stärken der Menschen zu erkennen und benennt Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die in der Gesellschaft existieren – hier ist die Rede vom sozialpolitischen Mandat -, antwortet auf Krisen und Gefahren ebenso, wie auf alltäglich auftretende persönliche und soziale Probleme (vgl. IFSW 2000:1). Sozialarbeit verfügt über eine Vielfalt von Methoden und Techniken sowie Handlungsmöglichkeiten. Die Intervention professioneller sozialer Arbeit reicht von rein personenbezogenen psychosozialen Prozessen bis zur Beteiligung an sozialer Gesetzgebung, Planung und Entwicklung (vgl. IFSW 2000:2).

6.2 Sozialarbeit und ihr sozialpolitisches Mandat

Sorg (2005:56f.) vertritt die Ansicht, dass Sozialarbeit sich nicht auf eine beobachtende Stelle beschränken dürfe, sondern vielmehr thematisieren müsse, wie soziale Probleme bei Individuen konkret in Erscheinung treten oder zum Ausdruck kommen: Als unbefriedigtes Bedürfnis, als Leiden, als Ohnmachts- oder Ausgrenztheitsgefühl. Sie müsse – so der Autor (vgl. Ebda.) – die individuelle oder Mikro-Ebene einbeziehen, die auch ein Sozialsystem wie eine Familie, Gruppe oder Stadtteil sein kann. Sozialarbeit nur auf eine der beiden Ebenen zu reduzieren würde ihr Spezifikum verfehlen. In dem Raum zwischen Individuum und Gesellschaft bewegen sich AkteurInnen sozialer Arbeit, auf alle Ebenen den Blick richtend. Sie agieren u.a. als ExpertInnen für die individuellen Auswirkungen bestimmter Makro-Prozesse wie sozialökonomischer Entwicklungen und sozialpolitischer Entscheidungen und als AnwältInnen im Sinne eines politischen Mandats (vgl. Sorg

2005:56f.). Dieser Anforderung wird in den nachfolgenden Kapiteln Rechnung getragen. Es soll im Sinne dieses Mandats aufgezeigt werden, welche Probleme in der Stadt Mödling bestehen, wie sich dies auf die Mödinger Bevölkerung auswirkt und diese damit umgeht. Es soll auf die Ursachen eingegangen und mögliche Lösungen erarbeitet werden. Gemeindesozialarbeit kann damit für lokale politische AkteurInnen eine Beraterfunktion haben.

6.3 Grundlagen der Gemeindesozialarbeit

6.3.1 Bedürfnisorientierung

Aufgrund meiner Beobachtungen aber auch im Zuge der ExpertInneninterviews stellte ich fest, dass lokale HilfeanbieterInnen oft wenig flexibel sind und sich Hilfsangebote damit nicht konkret nach den Bedürfnissen der Menschen richten. Daraus resultiert – wie noch im Kapitel 9 gezeigt wird – dass Angebote entweder nicht genutzt, AdressatInnen sich nicht ausreichend versorgt sehen, oder Hilfemaßnahmen nicht wirken. Die Ausrichtung von Hilfe nach den menschlichen Bedürfnissen hat demnach bei der Gestaltung von Hilfe und damit auch für die Ausgestaltung eines Arbeitskonzepts für Kommunalsozialarbeit Priorität. Dies führte mich zu Ilse Arlt, bei der menschliche Bedürfnisse die Grundlage ihrer Fürsorgetheorie bilden: *„[...] nur von ihrer genauen Einschätzung kann die folgerichtige und vollständige Behebung von Notständen ausgehen“* (Arlt 1958:38 zit.n. Trenkwalder-Egger 2010:12). In ihrer Bedürfnistheorie unterscheidet sie 13 Bedürfnisklassen: Luft/Licht/Wärme/Wasser, Ernährung, Wohnen, Körperpflege, Kleidung, ärztliche Hilfe und Krankenpflege, Unfallverhütung und Erste Hilfe, Erholung, Familienleben, Erziehung, Rechtspflege, Ausbildung zu wirtschaftlicher Tüchtigkeit, Geistespflege (Moral, Ethik, Religion) (vgl. Maiss 2009:64). Diese Bedürfnisse müssen über eine bestimmte Notschwelle hinaus befriedigt werden, um menschliche Existenz sicher zu stellen. *„Wird über einen längeren Zeitraum nur eines dieser Bedürfnisse vernachlässigt, so ist der Mensch in seiner gesamten Existenz bedroht“* (Trenkwalder-Egger 2010:13). Zur adäquaten Befriedigung der beschriebenen Bedürfnisse sind drei Faktoren von zentraler Bedeutung: Die Klientinnen brauchen erstens die nötigen Mittel und müssen zweitens, über entsprechendes Wissen als auch Fähigkeiten verfügen, um ihre Bedürfnisse in der richtigen Art und Weise zu stillen – ich erinnere an Bordieus Kapitalarten. Der dritte

Faktor ist Zeit, die benötigt wird, um Fähigkeiten und Mittel zur Bedürfnisbefriedigung anwenden zu können (Trenkwalder-Egger 2010:13).

Staub-Bernasconi (2002:250 zit.n Trenkwalder-Egger 2010:14) macht im Sinne der Bedürfnistheorie soziale Probleme zum Gegenstand der sozialen Arbeit, welche immer dann auftauchen, wenn einzelne, Gruppen oder das Gemeinwesen gehindert werden, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. So gehören u.a. bedürfnisgerechtes Wohnen und Wärme zu den 13 Bedürfnissen, die Arlt auflistet. Wie noch gezeigt wird, können manche MödlingerInnen diese Grundbedürfnisse nicht in ausreichender Form befriedigen, womit wiederum Folgen einhergehen z.B. Auswirkungen auf den psychischen und physischen Gesundheitszustand von Menschen. Perspektivenlosigkeit, Resignation in Verbindung mit Sucht beispielsweise, treiben einen Teufelskreis an, den es zu durchbrechen gilt.

6.3.2 Ressourcenorientierung

Folgen wir den Argumenten Arlts (siehe hierzu Maiss 2009:63), resultiert daraus nicht nur eine konsequente Orientierung an den Bedürfnissen, sondern auch den aktuellen und potenziellen Stärken oder Ressourcen der unterschiedlich sozial verorteten, vernetzten und verbundenen Personen. Aus dieser Abkehr von einer Orientierung an den Defiziten resultiert auch das Arlt'sche Postulat, nach welchem das Ziel professioneller Sozialarbeit nicht nur die Linderung von Leid ist, sondern vor allem in einer Steigerung der Lebensfreude besteht (Arlt 1958:38 zit.n. Maiss 2009:63).

Das bedeutet zunächst einmal, dass es sich daran zu orientieren gilt, was zur Lebensfreude beiträgt, selbst wenn es sich dabei um originelle Lebensweisen handelt. Darüber hinaus soll auf Netzwerke zurückgegriffen oder solche geschaffen werden. Arlt geht noch einen Schritt weiter und fordert auf, KlientInnen zu einer adäquaten Bedürfnisbefriedigung zu befähigen (Trenkwalder-Egger 2010:14). Diese basiere auf einer Stärkung und Entwicklung der eigenen Kräfte und Ressourcen. Durch das Prinzip der „Hilfe zur nachhaltigen Selbsthilfe“ oder Empowerment sollen Abhängigkeiten von professionellen Hilfesystemen vermieden werden (Maiss 2009:63f.).

6.3.3 Anforderungen an den Gemeindesozialarbeiter/die Gemeindesozialarbeiterin

GemeindesozialarbeiterInnen müssen einige Voraussetzungen mitbringen, um zu erfolgreichen Ressourcensucher- und NetzwerkerInnen zu werden.

Grundvoraussetzung ist, davon überzeugt zu sein, dass der soziale Raum etwas zu bieten hat, das besser sein kann als das eigene professionelle Engagement. Ressourcensucher „tanzen auf vielen Hochzeiten“, müssen sich folglich auch in so unterschiedlichen Systemen, wie einer Gesellschafterversammlung, einem Frauenverein, SeniorInnenentreffs und einem Wirtshaus sicher bewegen können (vgl. Früchtel/Budde 2006:7).

Vernetzungsarbeit richtet sich – so Budde und Früchtel (2005:7) - an die Schatztruhen der Stadt. Gefunden wird, was an Ressourcen in Vereinen, Gruppen, Betrieben aber auch in Regeleinrichtungen steckt und was in der Einzelfallarbeit unterstützend ist.

Hierzu ist es erforderlich die Stadt und ihre BewohnerInnen kennen zu lernen, sich in Nachbarschaften auskennen lernen ebenso wie in Pfarrgemeinden, in den Netzen, in denen die Menschen in Mödling sich bewegen (vgl. Hinte 2007:1).

Es gibt – so Früchtel/Budde (2006:7f) - jede Menge Ansatzpunkte zur Herstellung und Erweiterung von Netzwerken. So lassen sich die eigenen Besorgungen des täglichen Lebens in der Gemeinde machen. Kaffeehaus- und Heurigenbesuche oder eine Unterhaltung mit den Besitzern des Würstelstands auf der Hauptstraße, sind unerschöpfliche Quellen von Information und Tratsch. Zudem bieten sie einfache Möglichkeiten, bekannt zu werden und geben MödlingerInnen die Gelegenheit, den Gemeindesozialarbeiter/die Gemeindesozialarbeiterin anzusprechen. Aber auch schon das Mittagessen lässt sich in einem der vielen Lokale in der Stadt und damit mitten in die Lebenswelt von BürgerInnen, verlegen. Andere Ansatzpunkte der Schatzsuche im Stadtteil können wichtige Schlüsselpersonen aus unterschiedlichsten Bereichen sein. Das kann die Rentnerin von nebenan, der Postbeamte oder die Reinigungskraft der Genossenschaft sein, die über alles und jeden Bescheid weiß. Auch Geschäftsleute, Handwerker, Banken, Polizisten, etc. kommen dafür in Frage (vgl. Früchtel/Budde 2006:14).

Darüber hinaus, bieten Vernetzungstreffen eine gute Plattform, MitarbeiterInnen und die Einrichtungen in denen sie tätig sind, sowie deren Angebote kennen zu lernen, was dann allerdings in Einzelgesprächen vertieft werden muss. (Früchtel/Budde 2006:10).

Gemeint sind hier nicht ausschließlich KollegInnen gemeint, die der Profession der Sozialarbeit angehören. Es hat sich im Zuge der geführten Gespräche gezeigt, dass

die KollegInnen der Exekutive, des Bezirksgerichts, des AMS, etc in Mödling ebenso wichtige KooperationspartnerInnen sind.

In Mödling präsent und „greifbar“ zu sein, ist eine wichtige Voraussetzung für die Arbeit als GemeindesozialarbeiterIn. Dabei stellt sich die Frage, ob es erforderlich ist, Teil der Bevölkerung zu sein und zwar in dem Sinne, dort zu wohnen, zu leben und zu arbeiten. Hierzu meint die Gumpoldskirchener Gemeindesozialarbeiterin: *„... für die Anfänge war es wichtig, dass ich Gumpoldskirchnerin war, auch im Hinblick auf Vertrauen. Welcher alte Mensch lässt jemand bei der Tür rein, den er nicht kennt. .. Jetzt ... wo die Leute wissen, es gibt eine Sozialarbeiterin, nicht mehr so“* (Interview Gemeindesozialarbeiterin 2010).

Es kann für den Gemeindesozialarbeiter/die Gemeindesozialarbeiterin zu Beginn ein Vorteil zu sein, der jeweiligen Gemeinde zu entstammen, liegt aber in erster Linie an der entsprechende Person, sich in der Gemeinde zu integrieren (vgl. Interview Gemeindesozialarbeiterin 2010).

6.3.4 Rechtsstellung und Rahmenbedingungen für Gemeindesozialarbeit

Privilegierte Rechtsstellung bzw. spezieller Rechtsschutz i.S.v. Kündigungsschutz, Weisungsfreiheit und Autonomie im Gemeindebetrieb - um (lokalpolitische) Vereinnahmung der/des Gemeindesozialarbeiters/-sozialarbeiterin auszuschließen - sind erforderlich.

Zu berücksichtigen ist zudem – in Anbetracht erforderlicher Hausbesuche und Außendienste, – auch eine Abgeltung in Form von Kilometergeld.

Der/die GemeindesozialarbeiterIn soll – in Anbetracht des breiten, ungefilterten Aufgabenbereiches und der „Nähe“ zu den KlientInnen – Anspruch auf Supervision haben.

Ein adäquater Arbeitsplatz, vor allem aber ein eigenes Büro, wo man ungestört mit den KlientInnen reden kann und wenn möglich dort eingerichtet, wo KlientInnen nicht durch das ganze Gemeindeamt gehen und auf eine Vielzahl an Mitarbeiterinnen oder andere Parteien treffen zu müssen, sondern nahe beim Eingang, wäre ebenfalls notwendig.

III. DIE STADT MÖDLING – EINE ANALYSE

7. Die Situation in Mödling – Daten und Fakten

In Anbetracht der Tatsache, dass die letzte Volkszählung im Jahr 2001 vorgenommen wurde, sind die Daten dementsprechend nicht aktuell, sollen aber dennoch – im Vergleich zur Probezählung von 2006 oder Datenerhebungen zu einem späteren Zeitpunkt – dazu dienen, sich einen Überblick über Bevölkerungsstruktur und -entwicklung, Arbeitslosigkeit, Wohnformen, etc. zu verschaffen.

7.1 Lage

Die Stadtgemeinde Mödling befindet sich im südlichen Wiener Becken, fünf bis zehn km von der Wiener Stadtgrenze entfernt und ist die Bezirkshauptstadt des Bezirks Mödling (vgl. Dorf- und Stadterneuerung o.A.:6).

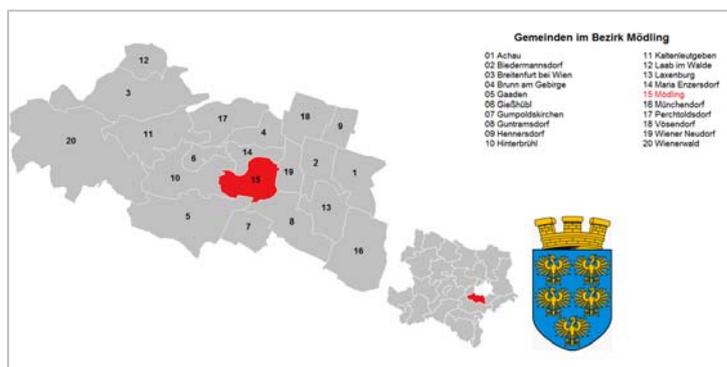


Abbildung 3: Lage Mödling (Stadt, Bezirk, Bundesland) Abbildung 4: Lage Mödling

7.2 Bevölkerungsstruktur

Die Stadt Mödling gehört zu den 30 größten Gemeinden Österreichs (Statistik Austria

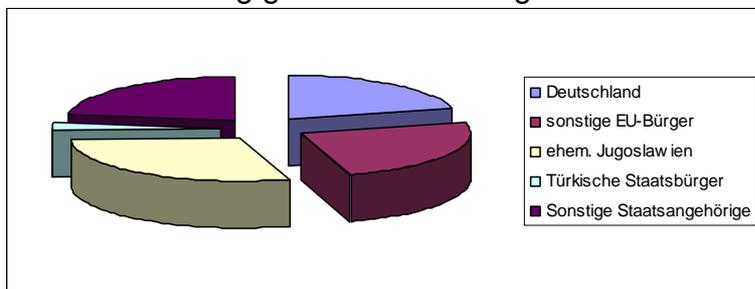
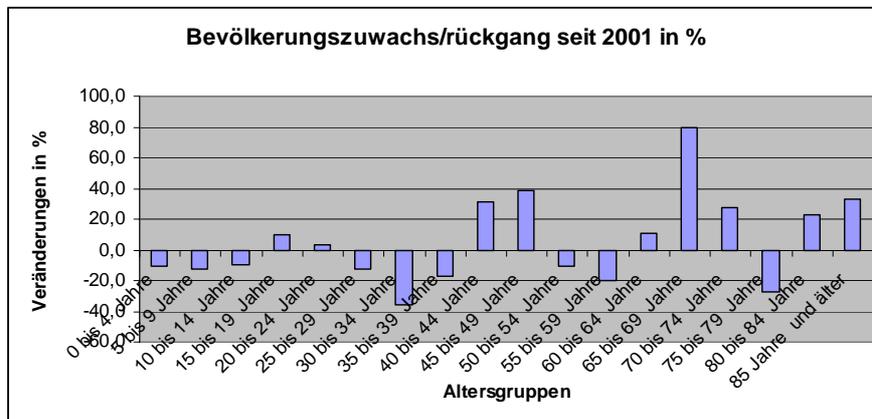


Abbildung 5: Top 5-Herkunftsländer von MödlinerInnen mit Nicht-Österreichischer Staatsbürgerschaft

2001a). Laut Meldeamt hatten per 31.05.2010 20.488 Personen ihren Hauptwohnsitz in Mödling – ein nur geringer Anstieg – nämlich 83 Personen – im Vergleich zur Volkszählung

aus dem Jahr 2001. Der Anteil der weiblichen Bevölkerung beläuft sich auf rund 53%, etwa 14% (2.565) der Mödlinger Bevölkerung hatte per 31.05.2010 laut Meldedaten keine österreichische Staatsbürgerschaft – Personen aus dem

ehemaligen Jugoslawien, Deutschland und weiteren EU-Staaten sind hier am stärksten repräsentiert. Aus den Aussagen meiner InterviewpartnerInnen ging hervor, dass Integrationsprobleme derzeit kein vordergründiges Thema in Mödling sind (vgl. Interview IP-01 bis IP-04 2010).



Betrachtet man die Bevölkerungsstruktur in 5-Jahres-Gruppen, so zeigt sich, dass seit der Volkszählung 2001, der Anteil der 40 bis 44jährigen und der 45 bis 49jährigen

Abbildung 6: Bevölkerungsveränderung in Mödling seit 2001

um 31,5 bzw. 38,2% angestiegen ist und sich jener der 65 bis 69jährigen sogar um 80% erhöht hat. Der Anteil der 30 bis 34jährigen ging im selben Zeitraum um 36% zurück (siehe Anhang).

Die demografische Alterung schreitet weiter voran, wodurch das Alter immer stärker ins Zentrum der Aufgaben und Diskurse kommunaler Daseinsvorsorge rückt (vgl. Schmid 2009:87). So wird sich die Stadt Mödling die Frage stellen müssen, wie damit umzugehen ist. Die Verantwortlichen werden sich verstärkt mit Themen der Wohnungs- und Städtebaupolitik (Wohnraummodernisierung und -anpassung, integriertes Wohnen, Gemeinwesenorientierung, etc.), der kommunalen Verkehrspolitik aufgrund stark veränderter Mobilitätsstrukturen und der Nahversorgung auseinandersetzen müssen (vgl. Schmid 2009:88). Hierzu kann ein/eine KommunalsozialarbeiterIn Wesentliches beitragen, indem auf Bedürfnisse der betagten und hochbetagten BürgerInnen hingewiesen und Kommunikations- und Diskussionsprozesse zwischen Politik und Bevölkerung angestrebt und in Gang gehalten werden.

7.3 Bildung und soziale Schichtung

7.3.1 Bildungsniveau der Bevölkerung

„Mödling (und auch die gesamte Region) weist im österreichischen Vergleich ein

überdurchschnittliches Bildungsniveau auf. Der Anteil der über 15-jährigen Wohnbevölkerung mit hochschulähnlicher Ausbildung liegt in Mödling mit 13,9 % deutlich über dem österreichischen Durchschnitt (8 %)“ (Statistik Austria 2001 zit.n. NÖ Dorf- und Stadterneuerung o.A.:15).

7.3.2 Anteil der Arbeitslosen

Jahr	Weibl.	Männl.	Gesamt	Veränderungen zum Vorjahr Gesamt in %
2009	221	336	557	16,30%
2008	215	263	478	-8,40%
2007	228	294	522	1,00%
2006	226	291	526	-12,10%
2005	259	329	588	-3,50%
2004	266	342	609	7,90%

Tabelle 2: Arbeitslosendaten Mödling im Jahresdurchschnitt 2004 bis 2009

In einem Gespräch mit einer Mitarbeiterin des Mödlinger AMS zur Arbeitsmarktsituation schildert diese folgendes: „... Mödling [ist] ... ein richtiges Phänomen, wo man sagt, da müsste der Arbeitsmarkt florieren – ist aber nicht so und das gibt allen ein Rätsel auf, weil die Gegend, als die SCS gebaut wurde - hinsichtlich vorhandenen Arbeitsplätzen - eine Hochburg war ... und das Industriezentrum ist auch vor der Tür“ (Interview AMS 2010).

Hinsichtlich der arbeitssuchenden MödlingerInnen äußert die Vertreterin des AMS: „Ich kenne die verschiedensten Bundesländer, aber die Mödlinger sind wenig mobil [und] ... nicht flexibel. Jemanden zu sagen er soll [wegen einer Arbeitsstelle] nach Wien fahren, da sind wir in Liesing am Ende – überspitzt ausgedrückt. Am liebsten ist ihnen ein Arbeitsplatz in der Nähe, der Bezirk Baden geht auch noch, da kommt man mit der Badener Bahn hin. Aber manche Leute fahren z.B. nie öffentlich, ... nur mit dem Auto ... Auf Öffis umzusteigen ist für MödlingerInnen ein großes Problem“ (Interview AMS 2010).

7.3.3 Anteil der armutsgefährdeten, deprivierten und manifest armen Mödlinger Bevölkerung

Es steht zwar kein exaktes Zahlenmaterial hinsichtlich der Armutslagen der Mödlinger Bevölkerung zur Verfügung, allerdings ist eine ähnliche Verteilung von Armutsgefährdung und manifester Armut in Mödling anzunehmen, wie sie von der EU-SILC für Österreich erhoben wurde.

Da das „Bildungsniveau“ als Indikator für Armutsgefährdung gewertet wird (vgl. BMASK 2009b:14), müsste man davon ausgehen, dass Armutslagen aufgrund des

überdurchschnittlichen Bildungsniveaus (vgl. Statistik Austria 2001 zit.n. NÖ Dorf- und Stadterneuerung o.A.:15) in Mödling seltener vorzufinden sind. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass ein weiterer relevanter Indikator „Wohnen“ ist (vgl. Ebda.) und die hohen Wohnkosten der Stadt – wie noch gezeigt wird – ein Problem für einen Teil der Bevölkerung darstellt, die über ein durchschnittliches oder geringes Einkommen verfügen.

		Depriviert	
		Nein	Ja
Armutgefährdung durch niedriges Einkommen	Nein	Nicht arm 73,3% 15.018 Personen	Mangelnde Teilhabe 13,9% 2.848 Personen
	Ja	Einkommens-Armut 6,4% 1.312 Personen	Manifeste Armut 6,0% 1.229 Personen

Tabelle 3: Armutslagen in Mödling

Armutgefährdung 12,4%
2541 MödingerInnen

Bricht man die Ergebnisse der EU silc (vgl. BMASK 2009b:86) auf die Stadt Mödling herunter – und ich weise noch einmal auf die gebotene Vorsicht hin, weil diese Zahlen keiner repräsentativen Erhebung entstammen – zeigt sich für das Jahr 2008 folgendes: Von 2.541 armutsgefährdeten Mödlingerinnen und Mödlingsern (12,4 %), war rund die Hälfte – also 1.229 Menschen (6 %) – von manifester Armut betroffen. Bei der anderen Hälfte mit niedrigem Einkommen – 1.312 Personen (6,4 %) – ist die Lebenssituation nicht eingeschränkt, sie werden als von Einkommensmangel betroffen bezeichnet. 2.848 MödlingerInnen (13,9 %) weisen zwar kein armutsgefährdendes Einkommen, durch finanzielle Deprivation jedoch einen Teilhabemangel auf (vgl. BMASK 2009b:88).

7.4 Wirtschaftsfaktoren der Stadt

Bei der Arbeitsstättenzählung vom 15. Mai 2001 weist die Statistik Austria (2001b) 1.315 Arbeitsstätten mit 9.106 Beschäftigten aus. Entsprechend der drei Wirtschaftssektoren entfallen – gemäß Statistik Austria (2001 zit.n. NÖ Dorf- und Stadterneuerung o.A.:12) – 77 Arbeitsplätze auf den primären, 1.677 auf den sekundären und 7.539 auf den tertiären Sektor.

Der größte Teil an Beschäftigten entfällt auf den Bereich des Gesundheits-, Veterinär und Sozialwesens (1.578), gefolgt von Handel (1.289), Öffentl. Verwaltung, Sozialversicherung und Unterrichtswesen (1.897), Sachgütererzeugung (1.238) und Unternehmensdienstleistung (1.167) (vgl. Statistik Austria 2001b),

Verglichen mit der Probezählung im Jahr 2006 (vgl. Statistik Austria 2006) ist im Bereich der Sachgütererzeugung (941) und Gesundheits- Veterinär und Sozialwesens (517) ein Rückgang an Beschäftigten zu beobachten während in anderen Bereichen wie Handel (1.728), Unternehmensdienstleistung (1.446) und Öffentl. Verwaltung, Sozialversicherung und Unterrichtswesen (1.737) ein Anstieg verzeichnet werden konnte.

Die Verteilung der Erwerbsbevölkerung der Stadt Mödling auf die einzelnen Sparten in den Blick nehmend, stelle ich fest, dass es sich bei Mödling um eine „Beamtenstadt“ handelt.

7.5 (Partei)Politische Ausrichtung des Sozialraums

7.5.1 Mandatsverteilung nach der Gemeinderatswahl 2010

Wahl	ÖVP	SPÖ	Grüne	FPÖ	WIR (1)	BMK (2)
2010	19	9	8	3	1	1

(1) Wir für Mödling - Eva Maier
(2) Bürgerliste Michael Kanyka

Tabelle 4: Mandatsverteilung in Mödling nach der GRW 2010

7.5.2 Arbeitsübereinkommen der ÖVP Mödling und den Grünen Mödlings

Für die Funktionsperiode 2010 bis 2015 haben ÖVP und Grüne ein Arbeitsübereinkommen - hinsichtlich Zusammenarbeit im Mödliner Gemeinderat und Stadtrat sowie bei der Führung der Amtsgeschäfte der Stadtgemeinde – geschlossen (vgl. Arbeitsübereinkommen ÖVP / Grüne 2010:1).

Das Arbeitsübereinkommen fasst – wenig überraschend - vehement die Budgetkonsolidierung, Verkehr und Energie ins Auge. Bei sämtlichen Maßnahmen wird darauf, sowie auf öffentliche Grün- und Freiräume Bedacht genommen.

Die angestrebte „bürgernahe Verwaltung“ hat die Einbeziehung der Mödlinerinnen und Mödliner in die Diskussion über neue Planungsvorhaben und Maßnahmen zum Ziel (vgl. Arbeitsübereinkommen ÖVP/Grüne 2010:1f.).

Hinsichtlich der Stadtentwicklung sollen die BürgerInnen ebenfalls miteinbezogen werden. Sozialräumlich von Interesse ist hierbei der Punkt „Gendarmeriezentral-schul-Gelände“, bei welchem besonderes Augenmerk u.a. auf Folgendes gelegt werden soll: ein Nutzungsmix aus Wohnungen (auch für

integratives Wohnen, betreutes Wohnen), Arbeitsplätzen und Nahversorgung, wobei ein Stadtteilzentrum entstehen soll und ausreichende Flächen für öffentliche Grün- und Freiräume und öffentliche Einrichtungen (Kindergarten, Sportplatz) (vgl. Arbeitsübereinkommen ÖVP/Grüne 2010:5).

Als Ziele im Bereich „Soziales und Jugend“ wurde vereinbart, dass die Stadtpolitik besondere Rücksicht auf Bevölkerungsgruppen, die besondere Bedürfnisse haben (Kinder, Menschen mit Behinderungen, SeniorInnen, MigrantInnen) und sich zum Teil schwer selbst artikulieren können, zu nehmen hat. Freiräume für Jugendliche zu schaffen, ist eine Maßnahme zur Umsetzung dieses Vorhabens. Hierfür soll die Stadtgemeinde Aufenthaltsbereiche mit Sitzgelegenheiten etc. bereitstellen, an denen sich Jugendliche treffen können, ohne einem Konsumzwang ausgeliefert zu sein. Für diese Aufenthaltsbereiche wird mit der Mobilen Jugendarbeit (MOJA) eine ausreichende Betreuung vereinbart, um negative Auswirkungen zu vermeiden (vgl. Arbeitsübereinkommen ÖVP/Grüne 2010:10). Eine weitere Maßnahme ist die Neukonzeption für den Betrieb des Jugendzentrums unter Berücksichtigung der budgetären Situation. Eine Fortführung von kostenlosen Workshops durch hausinterne SozialarbeiterInnen - ohne Anfall zusätzlicher Personalkosten - für Jugendliche, in denen Themen wie Selbstfindung, Erwachsenwerden, Berufsorientierung, Ängste, Liebe/Sex, Umwelt etc. bearbeitet werden, ist anzustreben. Behindertengerechte Planung öffentlicher Gebäude, Straßen, Plätze und die Prüfung behindertengerechter Zugangsmöglichkeiten zu den Amtsräumen im Stadtamt unter Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen ist ebenfalls vorgesehen (vgl. Ebda.).

7.6 Soziales und Gesundheit

7.6.1 Initiativen, Einrichtungen und Hilfsangebote in Mödling

Die lokale „Hilfandschaft“ weist ein breit gefächertes Angebot durch eine Vielzahl an Vereinen, NGOs, Institutionen, Behörden, und natürlich den großen WohlfahrtsträgerInnen auf. Alle, der BAG (Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt) zugehörigen großen, privaten Trägerorganisationen (vgl. BAG o.A.), sind in Mödling vertreten: Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz und Volkshilfe.

Die Caritas bietet – wie ich aus einem Telefonat mit zuständiger Stelle erfuhr - neben Pflegedienst und Haushaltsunterstützung, auch Unterkunft für behinderte Jugendliche sowie Beratung zur Wohnungssicherung (Delogierungsprävention) an.

Die Diakonie führt seit 2002 eine Clearing- und Betreuungsstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Stadt (vgl. Diakonie: o.A.).

Das Hilfswerk hat für betagte Menschen Angebote im Pflegebereich, eine Tagesstätte für SeniorInnen als alternative Betreuungsform für ältere Menschen und einen ehrenamtlichen Besuchsdienst. Darüber hinaus gibt es Angebote im Bereich „Kinder, Jugend und Familie“ sowie weitere Zusatzdienste. (siehe hierzu <http://moedling.niederoesterreich.hilfswerk.at/>).

Das Rote Kreuz hat neben Rettungs-, Krankentransport und Ambulanzdienst auch noch Rufhilfen und Pflegemittelverleih im Angebot (siehe. <http://rkmoedling.at/>).

Die Leistungen der Volkshilfe Mödling reichen von Hauskrankenpflege, Heimhilfe, mobiler Therapie und Tagesbetreuung, Notruftelefon und Essen zu Hause für ältere Menschen bis hin zu Angeboten für Kinder und Eltern (siehe hierzu. <http://moedling.noee-volkshilfe.at/>).

Den Kinder- und Jugendbereich betreffend gibt es in Mödling das Haus der Jugend (Jugendzentrum), die Jugendberatungsstelle Waggon, die MOJA (Mobile Jugendarbeit) und die MÖWE (vgl. moedling.at).

Frauen und Mädchen stehen als Anlaufstelle die Frauenberatungsstelle „Kassandra“ oder das Mödlinger Frauenhaus zur Verfügung. Menschen mit besonderen Bedürfnissen haben die Möglichkeit, sich an den KOBV (Dachorganisation aller Kriegsopfer- und Behindertenverbände Österreichs) oder die Lebenshilfe zu wenden.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl weiterer Einrichtungen und Initiativen, die alle aufzuzählen, den Rahmen sprengen würde. Nicht zuletzt ist es eine Herausforderung und mit Sicherheit ein schwieriges und langwieriges Unterfangen – wie ich selbst bei der Recherche bemerken musste - Kenntnisse über alle vorhandenen Einrichtungen und Institutionen samt ihren (aktuellen) Angeboten und Zielgruppen zu erlangen.

7.6.2 Gemeindeamt Mödling – Sozialreferat

Der Kommune kommt - gemäß der NÖ Gemeindeordnung § 32(2) - dem öffentlichen Auftrag hinsichtlich ihrer Aufgabe als Gesundheitspolizei (NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie 2004:32) sowie der Entgegennahmen von Heim- und Sozialhilfe-Anträgen und der Hilfe zum Lebensunterhalt sowie dem Sozialprogramm der Stadt (Essen auf Rädern, Senioren-Urlaubsaktion, SeniorInnentreffs, gemeindeeigene Zuschüsse und Aushilfen usw.)

nach. Neben den SachbearbeiterInnen wird seit vielen Jahren auch eine Gemeindeschwester – als kommunale Dienstleistung – im Sozialreferat beschäftigt. Immer wieder hörte ich in den vergangenen Jahren von Interventionen und Fallgeschichten der Gemeindeschwester, die mehr von Sozialarbeit, denn von einem Handlungsfeld einer diplomierten Krankenschwester zeugten.

Im Sozialreferat werden – wie ich im Zuge meiner Beobachtung feststellen konnte - die Potenziale, die einer Kommune inne wohnen, besonders deutlich, was sich u.a. mit Blick darauf zeigt, wie die Mödlinger Gemeindeschwester zu ihren „Fällen“ kommt.

- **Äußerung des Hilfebedarfs durch Betroffene**

Bis ein Hilfebedarf von Betroffenen selbst vor Ort oder telefonisch artikuliert wird, geht dem häufig ein komplexer Prozess voran: Wenn BürgerInnen im Gemeindeamt eine erste Anlaufstelle für Fragen aller Art sehen, kommt es vor, dass sie über Umwege - von der Vermittlung, über die Sachbearbeiterin im Sozialreferat, wo sie jeweils ihr Anliegen schildern, zur Gemeindeschwester weitergeleitet werden.

Eine weitere Möglichkeit ist jene, dass Betroffene zunächst mit Menschen aus ihrer unmittelbaren Lebenswelt Problemlagen besprechen – der Nachbarin/dem Nachbarn, KollegInnen, FreundInnen, dem Briefträger, der Reinigungskraft, der Genossenschaft, etc. bis sie an eine Person geraten, welche entweder auch die Gemeinde als pauschalen Ansprechpartner sieht oder möglicherweise konkrete Kenntnis darüber hat, dass das Gemeindeamt helfen kann und der hilfebedürftigen Person rät, sich dort hin zu wenden. Auch hier werden – wenn in letzterem Fall nicht konkret das Sozialreferat oder sogar die Gemeindeschwester als AnsprechpartnerIn bekannt ist - wiederum, wie bereits beschrieben, verschiedene Stellen durchlaufen.

Die dritte Möglichkeit ist jene, dass sich Personen gezielt an das Sozialreferat oder die Gemeindeschwester direkt wenden, weil sie von dieser Stelle entweder schon selbst Hilfe und Unterstützung erhalten haben, oder jemanden kennen, dem geholfen wurde.

Abgesehen von der dritten Möglichkeit, kann von der Feststellung einer problematischen Situation bis zur Unterstützung durch das Sozialreferat oder die Gemeindeschwester viel kostbare Zeit verloren gehen und verlangt Hilfesuchenden zudem Geduld und Durchhaltevermögen ab.

Dem könnte entgegen getreten werden, indem man sich dem Potenzial der Kommune bedient und „Werbung“ für diese kommunale Sozialdienstleistung macht –

bei der Bevölkerung und Zivilgesellschaft einerseits, den Behörden, Ämtern und Einrichtungen andererseits. Damit wäre aber unter momentanen Gesichtspunkten mit einer Überforderung der Gemeindeschwester zu rechnen, weil diese ausgelastet ist und es zeitlicher Kapazitäten bedarf, um sich und die Dienste, die man anbietet, über die bereits bestehenden Kooperationen hinaus bei anderen wichtigen Schlüsselpersonen bekannt zu machen.

- **Lokalisierung des Hilfebedarfs durch die MitarbeiterInnen des Sozialreferates in ihrem Arbeitsumfeld**

In den MitarbeiterInnen des Sozialreferates liegt meines Erachtens großes Potenzial, einen möglichen Hilfebedarf, der über die formale Hilfe in Form von Antragsstellungen auf monetäre Leistungen (BMS, Notaushilfen, Zuschüssen, etc.) hinausgeht, festzustellen und bei BürgerInnen, wo Betreuung erforderlich wäre, die Gemeindeschwester hinzuziehen.

Abgesehen von den Angaben, die im Zuge eines Sozialhilfeantrags oder diverser anderer Hilfemaßnahmen gemacht werden müssen, hat sich bei meiner Beobachtung gezeigt, dass AntragstellerInnen oftmals ein Mitteilungsbedürfnis haben, zu erklären, wie sie in diese Notlage geraten sind. Aus Angst als „Sozialschmarotzer“ deklariert zu werden oder weil – wie ich erkennen konnte - die Verzweiflung und Hilflosigkeit Betroffener bei der Antragstellung zum Ausbruch kommen. Außerdem konnte ich beobachten, dass bei BürgerInnen, die im Sozialreferat vorsprechen u.U. auch visuell - durch Anzeichen von Verwahrlosung oder aber aufgrund ihres Verhaltens - Hilfebedarf anzunehmen ist.

Dieses Potenzial liegt demnach in der Wahrnehmung der MitarbeiterInnen des Referates begründet. Aufgefallen ist mir in dem Zusammenhang aber auch, dass hinsichtlich der Einschätzung, ob ein unterstützendes Hilfeangebot erforderlich ist aber auch im Umgang mit KlientInnen, Unsicherheit besteht. Diese Unsicherheit und damit eine Erweiterung des Potenzials, ist mit Anleitung und Schulung der Sachbearbeiterin zu überwinden.

- **Lokalisierung des Hilfebedarfs durch „Dritte“**

Nicht ungewöhnlich ist – wie ich bei meiner Tätigkeit im Sozialreferat feststellte – dass „Dritte“ Hilfe für Menschen in Notlagen am Sozialreferat oder direkt bei der Gemeindeschwester organisieren. Als sogenannte „Dritte“ kommen PolitikerInnen, NachbarInnen, FreundInnen, Familienmitglieder, KollegInnen aber auch – durch

Vernetzung entstanden – MitarbeiterInnen von Einrichtungen und Behörden, etc. in Frage.

Die Kontaktaufnahme mit dem Gemeindeamt kann in solchen Fällen unterschiedliche Beweggründe haben. Einerseits der Wunsch, Unterstützung für die Betroffenen zu organisieren, andererseits aber auch, um sich über Betroffene auf der Gemeinde – z.B. in ihrer Funktion als Gesundheitspolizei – zu beschweren. Hierzu sei ein anschauliches Beispiel angeführt.

In einem Genossenschaftsbau macht sich Geruchsbelästigung – ausgehend von einer Wohneinheit – bemerkbar. Die NachbarInnen fühlen sich gestört, versuchen mit der Bewohnerin der Wohnung Kontakt aufzunehmen, scheitern jedoch in ihrem Vorhaben, weil diese die Tür nicht öffnet. Beschwerden werden der Genossenschaft zur Kenntnis gebracht. Irgendwann ist der Punkt erreicht, wo einerseits der Gestank unerträglich ist, andererseits die Nachbarschaft in Gesprächen untereinander feststellt, dass die Bewohnerin schon lange nicht gesehen und auch nicht gehört wurde. Sie wenden sich an die Gemeinde. Als Gesundheitspolizei hat das Gemeindeamt die Pflicht, dem nachzugehen. Es wird die Gemeindeschwester, als Mitarbeiterin des Sozialreferates, in dessen Zuständigkeit solche Angelegenheiten fallen, damit beauftragt, der Beschwerde nachzugehen. Als die Mieterin dieser Wohnung überredet werden kann, die Tür zu öffnen, zeigt sich ein Bild der Vermüllung. Die Geruchsentwicklung ist auf generelle mangelnde Hygiene, Katzen, die ihren Unrat überall hinterlassen sowie auf verdorbene Lebensmittel und nicht entsorgten Müll zurück zu führen. Die Frau ist verwahrlost und weist Folgen mangelnder Ernährung auf. Seitens der Gemeinde wird eine Räumung der Wohnung veranlasst, die Amtsärztin bestellt, die nicht auf Selbstgefährdung plädiert. Damit ist diese Frau nicht in einer Einrichtung unterzubringen.

Die Hilfebedürftigkeit in Form von Verwahrlosung und Unterernährung vor dem Hintergrund der sozialen Isolation, in der sich die Frau befand, machte sie zur Klientin der Gemeindeschwester. Um zumindest regelmäßige Ernährung – und damit ein Grundbedürfnis - sicher zu stellen, kümmert sich die Gemeindeschwester, nach vorheriger Absprache mit der Klientin, um Essen auf Rädern und setzt sich mit den Angehörigen in Verbindung, denn eine Betreuung durch Heimhilfe lehnt die Frau ab. Der Kontakt zwischen der Klientin und ihren Kindern ist lose. Die Gemeindeschwester versucht, die Versorgung der Betroffenen sicher zu stellen und einer sich wieder einstellenden Verwahrlosung dadurch zu begegnen, indem sie eine

Vereinbarung mit dem Sohn zu erzielen versucht, der seine Mutter in regelmäßigen Abständen besuchen und ein Auge auf sie und die hygienischen Zustände haben soll. Durch die Aufmerksamkeit der Nachbarschaft, welcher nach einiger Zeit auffällt, dass das Essen, das der Klientin durch einen Sozialdienstleister geliefert wird, vor der Wohnungstüre mehrere Tage stehen bleibt, kommt es erneut dazu, dass eine besorgte Nachbarin am Gemeindeamt anruft. Noch einmal macht die Gemeindeschwester einen Hausbesuch.

Es kommt ein weiteres Mal zu einer Räumung der Wohnung, welche wiederum in einem furchtbaren Zustand ist. Der Zustand der Klientin ist derart besorgniserregend, dass sie zuletzt in einem Heim untergebracht wird.

In dem Beispiel wird das Potenzial der Zivilgesellschaft deutlich. Ohne der Aufmerksamkeit von NachbarInnen, die auf Anzeichen achten – im erwähnten Beispiel waren es die Essensboxen, die vor der Tür stehen geblieben sind, aber auch überquellende Briefkästen etc. – die auf eine problematische Lage von Personen hindeuten, käme Hilfe manchmal noch später oder sogar zu spät.

Hierzu sei weiters angemerkt, dass es meines Erachtens im Sinne einer Sozialarbeit, die sich nach den Bedürfnissen und Stärken der Menschen richtet und deren Autonomie zu wahren versucht, darum geht, Klientinnen bei der Erfüllung ihrer Bedürfnisse und der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen. Zwar werden PatientInnen in Einrichtungen sicher verwahrt, gut ernährt und medizinisch versorgt, doch geht Institutionalisierung häufig mit einer Schwächung der Eigenkräfte und Förderung der Abhängigkeiten einher und greift meist tief in das individuelle Leben Betroffener ein. (vgl. Schüller o.A.:3). Demnach bin ich der Ansicht, dass Deinstitutionalisierung anzustreben ist, welche in Richtung ambulant unterstütztes Wohnen mit den Leitzielen Inklusion und Selbstbestimmung geht (vgl. Hartinger 2009:4).

- **Weitere Abteilungen des Gemeindeamts**

Nicht nur die MitarbeiterInnen des Sozialreferates verfügen über Potenzial Hilfebedarf zu lokalisieren, auch die MitarbeiterInnen anderer Abteilungen – insgesamt gibt es rund 300 Gemeindebedienstete – haben in dieser Angelegenheit Ressourcen, die genutzt werden können. Jene, die ebenfalls mit Parteienverkehr zu tun haben, genauso wie jene die im Außendienst tätig sind und dadurch die Möglichkeit haben, in die Lebenswelten der BürgerInnen, bei denen sie tätig sind, Einblick zu nehmen.

Ob dies im Zuge eines Lokalausweises des Bauamts bei einer Liegenschaft, der Einsatz des Wasserwerks im Zuge des Ablesens des Wasserzählers oder eines Gebrechens ist oder die KollegInnen, die für das Kanalsystem zuständig sind und bei entsprechenden Gebrechen auf den Plan gerufen werden. Viele der etwa 300 GemeindemitarbeiterInnen haben Einblick in die Lebenswelt der Menschen und Kontakt zu den BürgerInnen.

7.7 Wohnen in Mödling

7.7.1 Wohnformen

Im Jahr 2001 wurden von der Statistik Austria (2001c:2) in Mödling 10.589 Haushalte gezählt, bis 2006 stieg die Zahl durch Bautätigkeit auf 11.689 an (vgl. Statistik Austria 2006c). 4.863 Personen gaben als Rechtsgrund für die Wohnungsbenützung die Eigennutzung als Wohnungs- bzw. Gebäudeeigentümer an, 3.829 Personen scheinen als unbefristete, 832 als befristete Hauptmieter auf, etwa 1.000 Personen entfallen auf Dienstwohnungen bzw. sonstige Rechtsverhältnisse. Hinsichtlich der Ausstattungskategorien sind über 90% der Kategorie A und etwa 5% der Kategorie B zuzuordnen. 367 Wohnungen (3,5%) entfallen auf die Kategorie D (kein WC oder keine Wasserinstallation in der Wohnung) (vgl. Statistik Austria –2001c:2).

Die zuletzt erwähnten sind – wie noch gezeigt wird - jene Wohnformen, die sozialarbeiterisch von Interesse sind, weil sie auf geringen sozioökonomischen Status der BewohnerInnen hindeuten können.

7.7.2 Stadtteile und Grundstückspreise

Grob würde man die Stadt Mödling heute – wie in Abbildung 6 ersichtlich ist - unterteilen in die Gebiete westlich, die gewachsene Altstadt mit ihrem historischen Stadtkern und östlich der Südbahn, wo sich einerseits die Schöffelstadt andererseits die Kolonie entwickelte.

Leistbarer Wohnraum ist ein Problem in der Stadt Mödling - bedenkt man, dass die Grundstückspreise (vgl. Tabelle 5) zu den höchsten in ganz NÖ zählen.

Während in der Innenstadt – von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen - Eigentumsobjekte (Wohnungen, Häuser und Villen) vorherrschen, ist leistbares Wohnen erst im äußeren Teil des Gürtels rund um die Altstadt und in den neueren Vierteln (vgl. Abbildung 7) - überwiegend gegeben. Schöffelstadt und Kolonie waren seit jeher und sind nach wie vor jene Gebiete, in welchen das Wohnen in Mödling in den Bereich der „Leistbarkeit“ fällt.

	Gebiet	von	Bis
Mödling, Schulweg/ Feuerwehr/Kolonie	Kolonie	250,–	300,–
Mödling, Krankenhaus	Schöffelstadt	300,–	400,–
Mödling, Neusiedler Straße/ HTL/Prießnitztal/Südtiroler Siedlung	Peripherie	300,–	400,–
Mödling, Parkst./Goldene Stiege	Altstadt	400,–	600,–
Mödling, Zentrum	Altstadt	450,–	600,–

Tabelle 5: Grundstückspreise in Mödling je m²

AnbieterInnen erschwinglicher Mietunterkünfte sind neben der Stadtgemeinde selbst, private VermieterInnen sowie diverse Genossenschaften. Vor allem die „Gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Mödling“, die mit ihrem Sozialwohnbau – überwiegend beginnend nach dem 2. Weltkrieg - zur Entwicklung ganzer Ortsteile in Mödling beigetragen (vgl. www.baugenmoed.at/) und – wie ich aus einem Gespräch am 01.10.2010 mit dem stellvertretenden Obmann der Genossenschaft erfuhr – mit etwa 1.000 Wohnungen der größte Unterkunftgeber in Mödling ist.

Abbildung 7: Mödlinger Stadtteile und Grundstückspreise

250 – 300 €/m²

300 – 400 €/m²

400 – 600 €/m²



--- (Historische) Altstadt

--- Schöffelstadt

--- Kolonie

8. Die Situation in Mödling – Eine Problemanalyse

8.1 Schwächen und Defizite des kommunalen Hilfeangebots

Die Idee zur Kommunal- oder Gemeindesozialarbeit beruht auf meiner persönlichen Erfahrung als Sozialarbeiterin – tätig seit 2004 als ehrenamtliche Bewährungshelferin bei NEUSTART - auf meinen Beobachtungen während meiner Praktika sowie Gesprächen mit Personen, die im Sozialbereich tätig sind. Wiederholt zeigte sich, dass trotz eines umfangreichen Angebots sozialer Dienstleistungen immer mehr Menschen nicht die Hilfe erhalten, die sie benötigen und durch das – angeblich engmaschige – Netz unseres Sozialsystems fallen.

Neben der Stadt Mödling, deren VertreterInnen auf dieses Problem mit der Installierung der Gemeindeschwester reagierten, wurden auch in anderen Gemeinden des Bezirks – etwa Gumpoldskirchen – Wege gefunden, um dringende Bedürfnisse der Bevölkerung abzudecken: So schildert die Gemeindesozialarbeiterin von Gumpoldskirchen folgendes: *„... Meine Tante war Gemeindeärztin hier. Zu Hause hab ich immer mitgekriegt, was die Tante eigentlich zusätzlich an Sozialarbeit als Gemeindeärztin leistet – besonders bei den alten Menschen, aber auch bei den Jungen. Es war sehr viel Sozialarbeit dabei, weil halt sonst niemand da ist am Land. Dass der Bedarf an so etwas gegeben ist, hab ich dadurch schon als Kind mitgekriegt. ... Meine Tante ist dann 2005 in Pension gegangen (...)Da (...) hab ich gesagt, dass es gut wäre, wenn es weiterhin eine solche Person gäbe. Die Resonanz war dürftig. Daraufhin habe ich gesagt „gut dann mache ich das einmal ehrenamtlich, um euch zu zeigen, dass es einen Bedarf gibt. Das hat sich dann ziemlich gut etabliert.“ (Interview Gemeindesozialarbeiterin 2010).*

Kaiser (1997:24) thematisiert die Scherenentwicklung zwischen Nachfrage und Angebote und weist darauf hin, dass einerseits angebotene soziale Leistungen nicht genutzt und ausgeschöpft würden, sich andererseits NachfragerInnen durch das derzeitige Angebot nicht ausreichend versorgt sähen. Dieser Entwicklungsprozess würde jedoch nur unzureichend durch soziale Institutionen wahrgenommen und aufgefangen.

In weiterer Folge erachte ich es als notwendig, sich Zusammenhänge anzusehen und deren Ursachen zu analysieren, denn erst eine Analyse der gegenwärtigen

Verhältnisse ermöglicht das Entwerfen möglicher Alternativen und die Reflexion der damit verbundenen Hindernisse, die es zu überwinden gilt.

8.1.1 Fehlende Anpassung und mangelnde Flexibilität der ErbringerInnen

Kaiser (1997:26) beobachtet, dass sich Sozialarbeit zunehmend in einer äußerst dynamischen Umwelt bewähren müsse, jedoch kaum in angemessener Weise auf die Dynamiken der Umwelt reagieren könne, weil sie sich mit schnellen Reaktionen und flexibler Anpassung schwer tue. In diesem Zusammenhang wird mir in einem Interview (vgl. Interview IP-04 2010) von einer Mödlinger Einrichtung erzählt, an die ein Klient vermittelt wurde. Der Betroffene war zunächst skeptisch, ließ sich aber dazu motivieren, sich zunächst auf eines der Angebote, das laufende Betreuung versprach, einzulassen. Der Klient ließ letztlich doch davon ab, sich von der Einrichtung betreuen zu lassen, da ihm einerseits seitens der Einrichtung versucht wurde ein bestimmtes Angebot aufzuzwingen, das er nicht wollte und er andererseits mit seinem Betreuer nicht zurecht kam. *„Wenn ein Klient mit einem Mitarbeiter nicht kann, wäre es das Normalste wenn man tauscht – das machen wir auch. Das ist dort nicht so und das macht es oft schwierig“ (Ebda).*

Ursache für fehlende Anpassung und mangelnde Flexibilität ist meines Erachtens die Versäulung (siehe 8.1.3 Versäulung) und die damit einhergehende Spezialisierung auf je eine Notform. Dadurch sind die MitarbeiterInnen der jeweiligen Institutionen auf spezifische Problemlagen fokussiert, Ganzheitlichkeit und Orientierung an den Bedürfnissen, gehen verloren.

8.1.2 Mangel an Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit

Kaiser (1997:26) kritisiert, dass Institutionen sozialer Arbeit – anstatt verstärkt Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und für das eigene Tun und Können zu werben, statt Kontakte zu anderen Institutionen sozialer Dienste, zur KlientInnen- und InteressentInnenenschaft herzustellen, statt Koalitionen und Kooperationen zu pflegen und immer wieder zu erneuern – oftmals in einem eher passiven Zustand der Betroffenheit verharren. So hat sich im Gespräch mit einem Gerichtsvollzieher des BG Mödling (Interview Gerichtsvollzieher 1 2010) herausgestellt, dass diesem nicht bekannt ist, dass in Mödling Delogierungsprävention angeboten wird. Es herrscht keine Kooperation zwischen der Behörde, die Delogierungen durchführt und jener Stelle, deren Aufgabe es ist, dies zu verhindern.

Ein weiteres Beispiel für mangelnde Öffentlichkeitsarbeit ist die im Frühjahr 2010 eröffnete Sprechstelle der SchuldnerInnenberatung (vgl. Scheele 2010). Die Schaffung der Außenstelle wird von Einrichtungen und Behörden, deren Klientel Probleme mit Überschuldung aufweist, begrüßt, weil KlientInnen künftig nicht mehr nach Wr. Neustadt geschickt werden müssen. Der Weg dort hin bedeutete für manche Betroffene eine lange Anfahrt und stellte, in Anbetracht der finanziellen Situation, für viele von ihnen eine Zumutung dar, da sich eine Vielzahl der Betroffenen nicht einmal den Fahrschein leisten können, um nach Wr. Neustadt zu gelangen (vgl. Interview IP-01 2010 und IP-04 2010). Problematisch sei jedoch, dass die SchuldnerInnenberatung Mödling zwar im Zuge ihrer Eröffnung medial auf sich aufmerksam machen konnte, es jedoch bei einschlägigen Stellen an Kenntnis darüber fehlt, wann, wo und wie häufig Sprechstunden abgehalten werden (vgl. Interview IP-01, IP-04 2010). Zur SchuldnerInnenberatung, die jeden zweiten Montag in Mödling Beratung anbietet, äußert ein/e InterviewpartnerIn: *„Das ist aber noch nicht lange so und wissen auch noch nicht viele. Es wird da auch sehr wenig von der Schuldnerberatung publiziert, was ich sehr eigenartig finde.“* (Interview IP-04 2010). *„Wir könnten es uns alle einfacher machen, wenn wir uns da ein bisschen zusammentun würden. Das funktioniert in Mödling glaube ich nicht so gut, mit einzelnen schon aber nicht mit allen“* (Ebda.).

Als Ursache für den Mangel an Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit einer Organisation kommen – so meine Vermutung – interne Unklarheit über die Zuständigkeit sowie Personal- bzw. Zeitmangel in Frage, besonders dann, wenn Vernetzungstreffen außerhalb der Dienstzeiten stattfinden. Ein weiteres Problem ergibt sich daraus, worauf der Fokus bei der Vernetzungsarbeit gerichtet wird. Liegt er ausschließlich auf hauptamtlich Tätigen und/oder einschlägigen Handlungsfeldern im Sozialbereich, verliert man damit das Potenzial anderer Bereiche, das der Ehrenamtlichen und der Berufsgruppen (Bezirksgericht, Polizei, etc.), die zwar nicht dem Sozialbereich zuzuordnen sind, aber dennoch die soziale Entwicklung der Stadt im Blick haben und mit sozialen Problemlagen konfrontiert sind.

8.1.3 Versäulung

Unter Versäulung versteht Hinte (2008) die vielfältigen, spezialisierten Angebote verschiedenster Träger auf die zurückgegriffen wird, welche aber ganz selten einen „Maßanzug“ für die Betroffenen darstellen.

Versäulung führt dazu, dass die Fachkraft, die für die Erstabklärung und die Feststellung des Hilfebedarfs eines Falles zuständig ist, in Überlegung welche Maßnahme die richtige sein könnte, nicht auf den tatsächlichen Bedarf konzentriert ist und in Anlehnung daran die Hilfe kreativ entwickelt, sondern darauf, welches Angebot sich im Repertoire befindet. Bereits in der Erstinteraktion haben die MitarbeiterInnen Maßnahmen im Kopf, die oft nicht mit dem Einzelfall zu tun haben. Zwar arbeiten diese Säulen jeweils kompetent, doch finden sie sich in einem System wieder, das nicht dadurch geprägt ist, dass es sich hochgradig flexibel an den Klientenbedarf anschmiegt (vgl. Hinte 2008).

Diese Entwicklungen haben – so Hinte (2008) - zur Folge, dass wir kaum noch SozialarbeiterInnen haben sondern spezielle Berufsbilder: HeimerzieherInnen, IndividualpädagogInnen, SchulsozialarbeiterInnen, Trennungs- und ScheidungsberaterInnen, SchuldnerberaterInnen, etc.

8.1.4 Reproduktionserfordernis von Problemen

Die Reproduktionserfordernis von Problemen wird auch in den Interviews mit der Feuerwehr und der Gemeindesozialarbeiterin (vgl. Interviews 2010), die ich geführt habe, deutlich und deckt sich mit den Erfahrungen, die ich gesammelt habe als ich die Gemeindeschwester über einen mehrwöchigen Zeitraum bei deren Arbeit begleitet habe.

Im Gespräch mit der Gemeindesozialarbeiterin aus Gumpoldskirchen (vgl. Interview 2010) schildert diese den Fall einer Klientin, für welche ein lokaler Sozialdienstleister, der diese bereut hat, zunächst verabsäumte beim Sozialamt einen Antrag zu stellen und darüber hinaus monatelang bemüht war zu verhindern, dass sich die Betroffene an die Gemeindesozialarbeiterin wendet. Erzählt wurde der Klientin, dass die Gemeindesozialarbeiterin keine Zeit hätte und daher nicht kommen werde, tatsächlich dürfte es – so die Vermutung der Sozialarbeiterin (vgl. Interviews 2010) – eher darum gegangen sein, dass man die zahlende Kundschaft nicht verlieren wollte. Nach einem Jahr – als sich die Situation für die Frau besonders in finanzieller Hinsicht zuspitzte – schaltete sich eine Nachbarin der Betroffenen ein und zog die Gemeindesozialarbeiterin hinzu. In Anbetracht der Tatsache, dass die finanziellen Mittel der Klientin aufgebraucht waren, sich Schulden durch die in Anspruch genommenen Dienste angehäuften hatten und dadurch keine weiteren Angebote mehr

finanzierbar waren, wurde vom Sozialdienstleister das Feld für die Gemeindesozialarbeiterin geräumt.

Um einer möglichen Kritik entgegen zu treten, dass es sich bei diesem Beispiel nicht um die Stadt Mödling handelt, sondern um eine andere Gemeinde des Bezirks, soll mit einem Mödliner Beispiel fortgesetzt werden.

Im Interview mit drei Feuerwehrmännern (Interview Feuerwehr 2010) erzählt einer von ihnen, dass sie mehrmals zu einer Türöffnung für den Rettungsdienst bei ein und derselben Person ausrücken mussten. Dabei handelte es sich um einen vermögenden Mann, der in Mödling sehr angesehen und bekannt war. *„Den haben wir vier oder fünf Mal aus seinem Haus rausgeholt. Zum Schluss waren die Intervalle kürzer. Der letzte Einsatz war Ende 200...⁴ und ich glaube zwei Monate davor waren wir auch bei ihm. Eine riesige Villa, aber der war vollkommen verwahrlost. Seine Heimhilfe hat er prinzipiell nicht hereingelassen. Wenn er nicht zu Hause anzutreffen war, hat sie zum Telefon gegriffen und ... [in seinem Stammlokal] angerufen. War er nicht dort, war er zu Hause und wenn er da nicht geöffnet hat, hat sie Rettung und Feuerwehr verständigt. Wenn du dort rein gegangen bist, hat es dich gereckt. Dort hat es gestunken. Er hat neben das Bett gemacht. ... Der war dement, hatte keine Angehörigen in Österreich. Niemand hat sich darum gekümmert dass mit ihm irgendwas passiert in Richtung Sachwalterschaft zum Beispiel (Interview Feuerwehr 2010).*

Die Vertreter der Feuerwehr zeigten sich empört darüber, dass – trotz Betreuung und Kenntnis darüber, wie der Mann lebt – keine Schritte von der betreuenden Institution eingeleitet wurden.

Auf der Suche nach der Ursache der Reproduktionserfordernis für Probleme, weist Baecker (1997:44f.) darauf hin, dass Organisationen in ihrem Bestreben nach Legitimation und damit verbundener finanzieller Zuwendung ihre Entscheidungen entsprechend zu treffen wissen. Aus der Soziologie von Organisationen wisse man, dass jede Organisation daran interessiert ist, ihre Entscheidungen so zu treffen, dass die Entscheidung nicht ihre letzte ist. Sie darf ein Problem nicht nur lösen, das sie zu entscheiden hat, sie muss es auch reproduzieren, damit sie es auch in Zukunft entscheiden kann. Es gehe nicht nur darum, ein Problem möglichst effizient aus der

⁴ Um sicher zu stellen, dass keine Rückschlüsse auf die Person möglich sind und deren Anonymität gewahrt bleibt, wurde von der vollständigen Angabe der Jahreszahl Abstand genommen.

Welt zu schaffen, sondern gleichzeitig muss auch dafür Sorge getragen werden, dass der Nachschub gesichert ist.

Beispiele, wie das der Mödlinger Feuerwehrmänner, die ihre mehrfachen Einsätze bei dem von einem lokalen Sozialdienstleister betreuten und dennoch verwahrlosten Mann schilderten (vgl. Interview Feuerwehr 2010) und die Erzählung der Gemeindesozialarbeiterin über die Bürgerin, die von der dienstleistenden Organisation so lange betreut wurde bis deren finanzielle Mittel aufgebraucht waren, verdeutlichen, wie gewinnorientiert im Sozial- und Pflegebereich gearbeitet wird. Die Verlegung von KlientInnen in Pflegeheime, einem Wechsel zu anderen AnbieterInnen oder die Einführung von kostenlosen Beratungen, kostet die Institution zahlende KundInnen. In wirtschaftlicher Hinsicht ist deren Agieren plausibel, wichtig dabei wäre, dass die menschliche Komponente nicht zu kurz kommt.

Gemeindesozialarbeit, die kostenlos berät, stellt für lokale Sozialdienstleister Konkurrenz dar, weil jegliche Anwesenheit und Beratung von deren Seite verrechnet wird. Darüber hinaus spielen auch andere Interessen eine Rolle hinsichtlich des Konkurrenzgedankens. Vereine, die sich SeniorInnen annehmen, sehen es ebenfalls nicht gerne, dass die Kommunalsozialarbeiterin nun ihr Klientel betreut (vgl. Interview Gemeindesozialarbeiterin 2010).

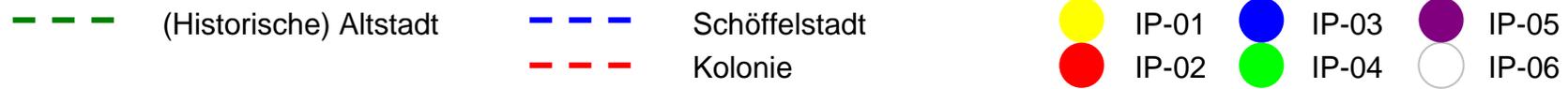
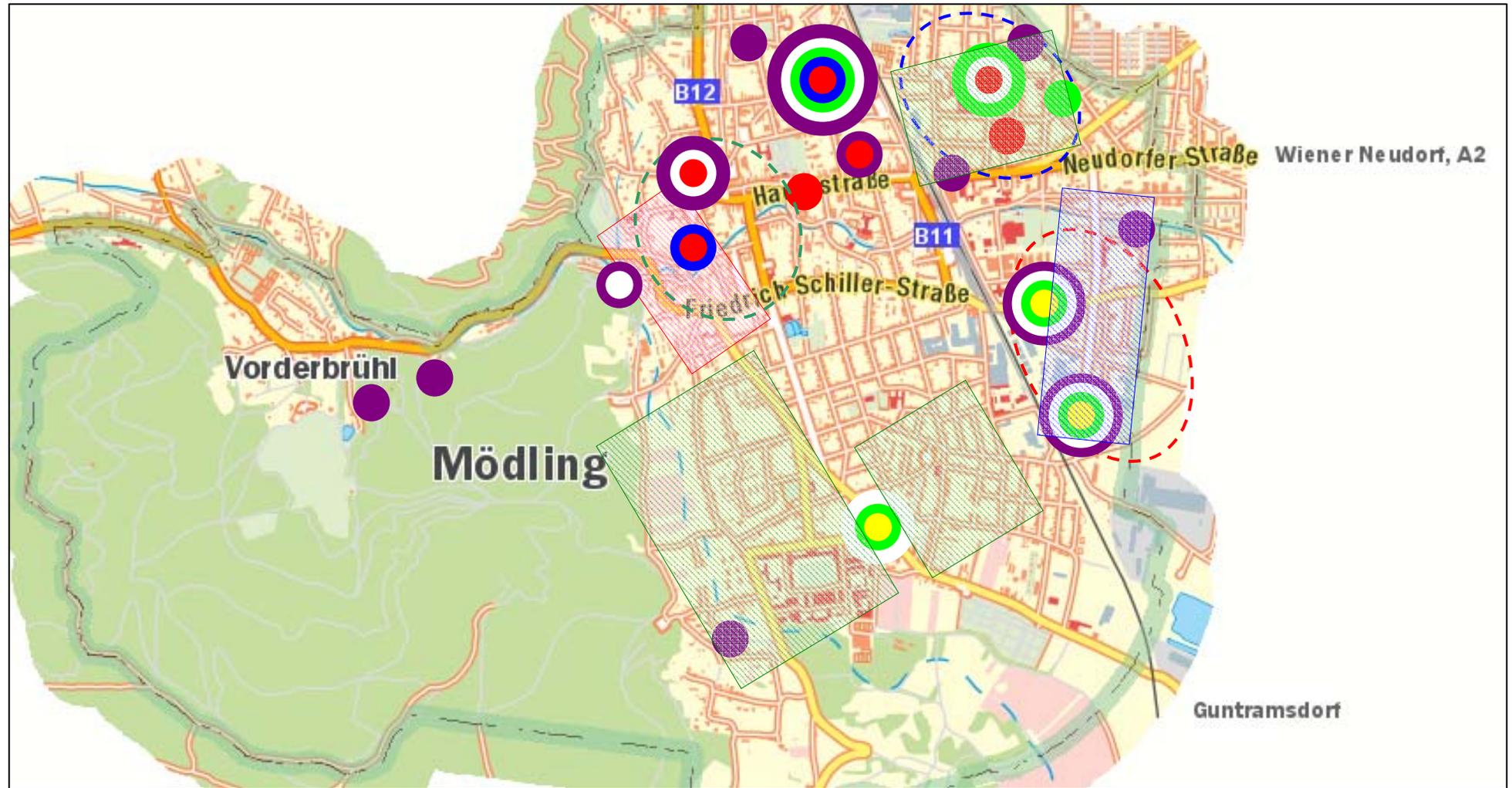
8.2 Armut in Mödling – Kapital im Ungleichgewicht

8.2.1 „Soziale Brennpunkte“ der Stadt Mödling

Hohm (2003:38) verweist auf die 1979 beschlossene Definition des Deutschen Städtetages, welcher soziale Brennpunkte als Wohngebiete versteht, in denen Faktoren, welche die Lebensbedingungen ihrer BewohnerInnen und insbesondere die Entwicklungschancen bzw. Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen negativ bestimmen, gehäuft auftreten.

Bei einer sozialräumlichen Analyse der SozialhilfeempfängerInnen, Delogierungen, Exekutionen, Betroffene sozialer Problemlagen etc. (vgl. Interviews IP-01, IP-02, IP-03, IP-04, IP-05, IP-06 2010) zeigten sich – wie in Abbildung 7 erkennbar ist – Gebiete, in welchen sich punktuelle Konzentrationen von Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status ausmachen lassen. Den Befragten wurden verschiedene Farben zugeordnet wodurch deutlich wird, in welchen Gebieten es (mehrfache) Überschneidungen gibt.

Abbildung 8: soziale Brennpunkte in Mödling nach Angaben der InterviewpartnerInnen IP-01 bis IP-06



Die Festlegung eines Gebietes/Straßenzuges/Häuserblocks als „sozialen Brennpunkt“, beruht auf Wahrnehmung, Erfahrung und Einschätzung der interviewten ExpertInnen (vgl. Interviews IP-01, IP-02, IP-03, IP-04, IP-05, IP-06 2010). Eine Verifizierung basierend auf Sozialhilfeempfänger-Daten war nicht möglich, da mir diese – mit der Begründung der hohen Sensibilität und des Datenschutzes – seitens der Gemeinde leider nicht zur Verfügung gestellt wurden.

Allgemein lässt sich – aufgrund meiner Analyse, basierend auf Interviews (vgl. Interview IP-01 bis IP-06) - festhalten, dass vor allem in Gebieten, wo den MödingerInnen günstiger Wohnraum zu Verfügung steht, soziale Brennpunkte entstanden sind, weil BürgerInnen, denen es an ökonomischem Kapital mangelt, bestrebt sind, sich dort anzusiedeln um Kosten zu sparen. *„... Es herrscht ein ganz massives Wohnungsproblem im ganzen Bezirk aber in Mödling sowieso, weil Mödling verdammt teuer ist. Man zahlt für eine 1-Zimmer-Wohnung, die oft ein „Loch“ ist... 350 Euro und das ist dann meistens noch kalt. (Interview IP-04 2010). „Also es ist klar, dass auf Dauer irgendwo Löcher entstehen. Wo wir natürlich viel eingreifen mit einmaligen Hilfen, um diese Löcher zu stopfen. Ob das zielführend und sinnvoll ist, ist eine andere Frage.“ (Interview Sozialamt 2010).*

Als ich die einzelnen Gebiete aufgesucht habe, zeigte sich, dass es sich hierbei überwiegend um Gemeinde- und Genossenschaftsbauten, bei einigen auch um Privatunterkünfte handelt. So schildert ein Gerichtsvollzieher im Interview folgendes: *„Dort wo große Bauten mit vielen Wohnmöglichkeiten sind, dort geh ich aus und ein. In der ...-Straße im ganzen Straßenverlauf aber besonders die Gemeindebauten, weil die Mieten sehr niedrig sind“ (Interview Gerichtsvollzieher 2 2010).*

Zwei der Brennpunkte sind Wohngebiete, in welchen – das ist in Mödling allgemein bekannt – überwiegend Menschen mit Migrationshintergrund leben. (vgl. Interview IP-01, IP-02, IP-04, IP-05, IP-06 2010). Diesen Umstand quantitativ zu belegen, war ebenfalls – aufgrund fehlender Möglichkeiten Datenmaterial des Melderegisters entsprechend und effizient zu selektieren – nicht möglich.

Der Hintergrund zur hohen Konzentration an BürgerInnen mit Migrationshintergrund in diesen zwei Mödinger Gebieten dürfte – so meine Vermutung - der sein, dass es sich hier um private Mietobjekte handelt. Gemeindewohnungen sind rar und es gibt lange Wartelisten von BewerberInnen. Hinzu kommt, dass Personen, die weder

Österreichische Staats-, noch EU-BürgerInnen sind, kein Anrecht auf eine Genossenschaftswohnung haben. Die Gründe hierfür seien die Satzungen und Förderungen der Genossenschaft, wie mir in einem Mail vom 17.09.2010 seitens der der Gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Mödling mitgeteilt wurde. Demnach sind Betroffene darauf angewiesen, sich eine Unterkunft am „freien Wohnungsmarkt“ zu organisieren. Fehlende Alternativen und ein Mangel an sozialem und kulturellem Kapital sehe ich als Grund dafür, dass sich BewohnerInnen dieser Liegenschaften mit den Zuständen der Mietobjekte und den übersteuerten Mieten (vgl. Interview IP-01 und IP-04 2010) abfinden.

Von der Willkür privater VermieterInnen hinsichtlich Preis und Zustand der Wohnungen, sind auch Personen betroffen, die beispielsweise aus Gemeinde- oder Genossenschaftswohnungen delogiert wurden und deswegen am „freien Wohnungsmarkt“ fündig werden müssen (vgl. Interview IP-01 2010).

Ein weiterer Brennpunkt ist das „Prekarium“, ein Gebäude, das im Bereich der Altstadt und im Besitz der Stadt Mödling ist. Es befindet sich in schlechtem baulichem Zustand, weil in diese Liegenschaft seitens der Kommune nicht investiert wird. BewohnerInnen zahlen nur ein geringfügiges Entgelt, genießen jedoch keinen Mieterschutz (vgl. Online Lehrbuch Zivilrecht o.A.), weil es sich um keinen wahren Vertrag, sondern um ein unverbindliches Bittleihen handelt. Hinzu kommt das Problem, dass der Verleiher (in diesem Fall die Stadt Mödling) die entlehnte Sache jederzeit zurückfordern kann (vgl. ABGB § 974). Sollte demnach die Stadt Mödling – so meine Schlussfolgerung - das Grundstück samt Liegenschaft veräußern wollen, haben die dort lebenden MödingerInnen keine Rechte, auf die sich MieterInnen normalerweise berufen können. BewohnerInnen der „Prekarien“ gehören zu den ärmsten der Bevölkerung. Es ist davon auszugehen, dass sie froh sind, ein Dach über dem Kopf zu haben – da spielen Bausubstanz und Standard nur eine sekundäre Rolle.

Die beiden in Abbildung 7 ersichtlichen „neuen“ Mödlinger Stadtteile – Schöffelstadt und Kolonie sind auch deshalb von Interesse, weil es sich um Gebiete handelt, die – wie ich als Mödlingerin aus Erzählungen weiß – bereits bei ihrer Entstehung mit einem Stigmata belegt waren, das aktuell – zwar abgeschwächt und nicht so vordergründig wie einst – immer noch zu Tage tritt. Zum Teil weil sie über die Generationen hinweg als Vorurteile weiter gegeben wurden, zum Teil weil sie sich im Zuge der Analyse tatsächlich als „Brennpunkte“ ausweisen.

Exkurs: Ein Blick auf die Geschichte der Mödlinger Schöffelstadt und der Kolonie

Während die Schöffelstadt im Zuge von Erweiterungsplänen des Gemeindegebietes erschlossen und die Parzellen zu günstigen Preisen „an den Mann“ gebracht wurden (vgl. Bienert 2006:56ff), entstanden relativ zeitgleich die Kolonie – als Arbeiterkolonie mit 45 kleinen Siedlungshäusern für je 4 Familien mit kleinen Gärten zur Selbstversorgung – nach französischem und englischem Vorbild – und die Schleussner-Häuser – ein Vierkantbau mit großem Innenhof und 119 Zimmer-Küche-Wohnungen als Arbeiterkaserne – von Fabriksbesitzern für ihre Arbeiter (vgl. Bienert 2006:23).

Mödling, die Perle des Wienerwaldes und Stadt der Bürger, Weinbauer und Handwerker, sah sich am Ende des 18. Jahrhunderts mit einer neuen Gruppe von EinwohnerInnen konfrontiert: Den einfachen FabrikarbeiterInnen (vgl. Bienert 2006:17). Diese passten nicht in das kleinbürgerliche Umfeld und wurden daher von der Bevölkerung abgelehnt und stigmatisiert (vgl. Bienert 2006:659).

Die Kolonie wurde – so die mir bekannten Erzählungen – für lange Zeit das „Ghetto von Mödling“.

Nachfolgende Aussagen von BewohnerInnen der Kolonie sowie Auszüge aus Artikeln lokaler Medien verdeutlichen das Ansehen, das BewohnerInnen der beiden Gebiete – Schöffelstadt und Kolonie – genossen haben (vgl. Bienert 2006:70):

„Wir waren eigentlich ein Ghetto, (...) wir waren in Mödling eigentlich immer Außenseiter. Die Südbahn war bei uns die Grenze und alles, was unter der Südbahn war und unter der Schillerstraße, war irgendwie nicht gern gesehen in Mödling“ (Bienert 2006:70).

Diese Meinung spiegelten auch die Mödlinger Nachrichten⁵ (1934:7 zit.n. Bienert 2006:70) wider: „(...). In den guten Tagen vor dem Krieg zerbrachen sich die Mödlinger über die soziale Frage in der Schöffelvorstadt wenig den Kopf. Die mochten da unten in den Ziegelöfen und in der Kolonie jeden Samstag ihre Räusche haben, ihre Weiber prügeln und sich gegenseitig abstechen. Was ging einen Mödlinger Bürger das Pack an“ (Mödlinger Nachrichten 1934:7 zit.n. Bienert 2006:70).

„Überall wo wir hingekommen sind, hat es geheißen: „Die Schusterhäusler kommen! Das war so. Warum? Weil das waren halt die ärmsten Leut – da herunter.“ (Bienert 2006:94).

Es ist – so Bienert (2006:256) - der Ruf, der die Kolonie ausmachte. Stellt man sich die Frage, ob sich dieser geändert hat, er besser geworden ist, so muss man antworten: Vordergründig ja. Offen redet keiner mehr vom „G´sindel“, das dort wohnt. Beim kleinsten Vergehen, das in jedem anderen Stadtteil als „Zug der Zeit“ oder mit der „wohlstandsverwehrlosten Jugend“ oder ähnlichen Sprüchen abgetan würde, kommen im Zusammenhang mit der Kolonie sofort wieder Ressentiments hoch.

Ein Bericht der NÖN⁶ aus dem Jahr 2005, zeigt dies sehr deutlich. Ein paar Jugendliche trieben sich in der Kolonie am Spielplatz herum, fuhren zu schnell mit Mopeds durch die Gassen und machten das, was viele andere auch in dem Alter tun – gegen Regeln verstoßen. Die NÖN schrieb: „Das Problem ist milieubedingt und hausgemacht“ (NÖN 2005:9 zit.n. Bienert 2006:256).

8.2.2 Armut hat viele Gesichter – Vordergründige, sichtbare Armut in Mödling

Sichtbar werden Anzeichen von Armut einerseits an den Menschen selbst, andererseits in den Lebenswelten der Betroffenen: Der Stadt, dem Viertel, der Wohnhausanlage, der Wohnung, Schule, Arbeitsplatz und Nachbarschaft. (vgl. Interview IP-01 bis IP-08 2010).

⁵ Mödlinger Nachrichten, 03.03.1934, Seite 7

⁶ NÖN - Niederösterreichische Nachrichten 2005, Seite 9

Auf die Frage, ob und wenn ja, woran Armut - gemäß ihrer beruflichen Erfahrung -



erkennbar ist, nannten meine InterviewpartnerInnen folgende, für jeden sichtbare Merkmale: „(...) es kann jemand nicht einmal Schuhe tauschen, obwohl seine ausgelatscht sind, (...)“ (Interview IP-01 2010).

„Kinder, die kein Gewand haben – keine passenden Hosen, keine passenden Jacken.“ (Interview IP-04 2010). „Armut macht sich an Kleinigkeiten bemerkbar, wenn du dir die Leute anschaust und dir denkst, was haben die jetzt an?



Wie sind die gepflegt?“ (Interview IP-03 2010).

Der Wohnung und dem Wohnort kommt – so Brocke (2007:3) – eine herausragende Bedeutung in der Persönlichkeitsfindung und in den Beziehungnahmen zur Umwelt zu. Dies um so mehr, wenn der Erfahrungs- und



Bewegungsspielraum fast ausschließlich auf diesen Nahraum beschränkt ist. Es entstehen Quartiere, in denen sich Armut, Marginalisierung und Ausgrenzung konzentrieren. Wenn eine gewisse Entwicklung signifikant geworden ist, zeichnet diese Quartiere eine kumulative Abwärtsentwicklung aus und die sozial aktiven und kompetenten BewohnerInnen wandern ab (vgl. Brocke 2007:3). Das wird auch in folgende Aussage

deutlich: „Ich bekomme das ja am Beispiel ...-Straße mit. Jeder der hier irgendwie zu Geld kommt sagt „weg von da“. Die Wohnungen dort waren toll. Wir hatten eine

große. Mittlerweile ist das aber dort ein Pool geworden wo ich merke, wo jeder der irgendwie kann, weg will und das verstärkt es noch einmal“ (Interview IP-04 2010). Sichtbare Signale sind u.a. Verwahrlosung, sichtbarer Abstieg des öffentlichen Raums, wachsender Alkoholismus, Müll und Vandalismus und Erosion der Infrastruktur. „Dort wo die Mieten höher sind, ist die Fassade schön, wo die Mieten günstiger sind, dass man sich´s gerade noch leisten kann, ist das Haus von außen herunter gekommen, die Wohnungen schauen entsprechend aus, die Stiegenhäuser, mit schiefen Stiegen zum Teil, der Putz herunter gefallen, das Licht brennt maximal im 2. Stock im ersten gibt's keines (...)“ (Interview IP-01 2010).



Die Wohngebiete werden ökonomisch neu bewertet und es komme zu einer Reduktion der sozialen Mischung in diesen Gebieten (vgl. Brocke 2007:3). Im Gespräch über eine deprivierte Wohnhausanlage in der Stadt Mödling wird – nach

Aussage des Interviewten (vgl. Interview IP-03 2010) – wohl niemand mit normalem Einkommen Interesse haben, dort einzuziehen und dies trotz der ruhigen Lage, Nähe Altstadt, mit begrünem Innenhof. „Die Wohnungen sind lieb, von der Größe her klassische Startwohnungen, es ist ruhig dort (...) schade drum“ (Interview IP-03 2010). Die Hausverwaltung (vgl. Interview Hausverwaltung 2010), welche für die Mödlinger Gemeindewohnungen zuständig ist, erläutert: „Wir kriegen im Grunde genommen fast nur Leute – auch bei Neuvermietungen – herein, die sozial auf der unteren Schiene angesiedelt sind(...)“ (Interview Hausverwaltung 2010).

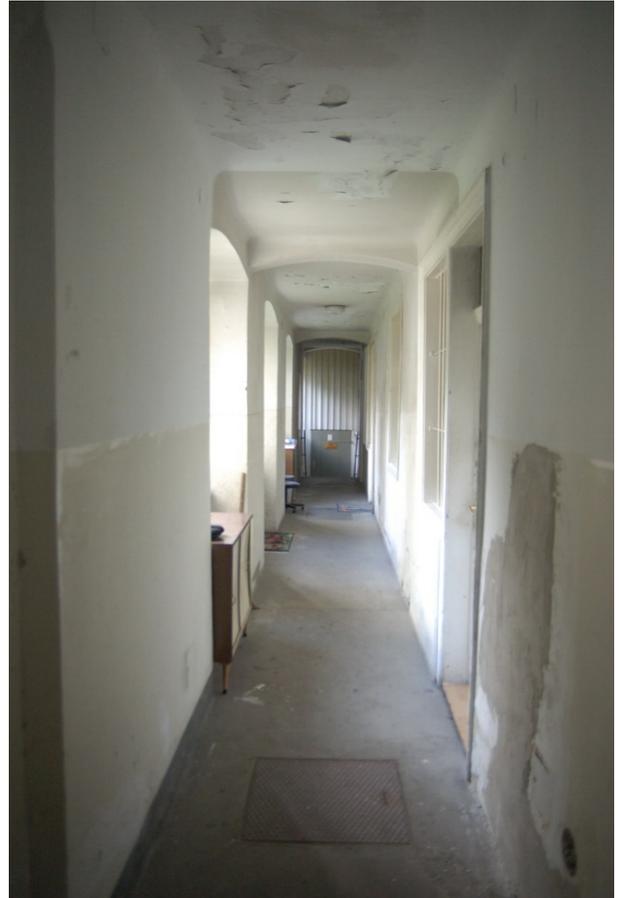
Ein bestimmtes Gebiet stand immer wieder im Mittelpunkt des Gesprächs: „(...) da



habe ich 63 oder 67 Wohnungen – das müsste mehr durchmischt werden. Beim Sozialamt, [das zuständig für die Wohnungsvergaben ist] sprechen nur jene vor, die sich am freien Wohnungsmarkt keine Wohnung leisten können. D.h. du hast dort Leute, die kein Geld haben und das wird zu einem Kreislauf, ein Strudel der hinunter geht, was du durch Durchmischung auffangen kannst. Die Wohnhausanlage ist 50 Jahre alt, die gehört dringend (...) saniert. Aus dem Mietzins, der derzeit dort lukriert wird, kann ich das aber nicht bewerkstelligen, denn jede Wohnung die ich zurück bekomme muss ich um

(...) 2.000 bis 12.000 Euro sanieren. Wenn man bedenkt, dass eine alte Frau 50 Euro im Monat Miete zahlt, bleibt kein Geld übrig, dass ich eine Generalsanierung (...). ich kann keine Sanierung machen, das Haus wird immer schlechter, ich krieg immer mehr Leute hinein, die sich eigentlich die Miete nicht leisten können, irgendwie geht das immer weiter herunter und nähert sich dem Slum oder Ghetto. Das müsste man zu durchbrechen versuchen“ (Interview Hausverwaltung 2010).





8.2.3 Armut hat viele Gesichter – Versteckte Armut in Mödling

Während Armut in manchen Fällen schon von außen sichtbar zu Tage tritt, durch Fassaden, Zustand von Türen und Fenstern, schlichtweg Baufälligkeiten aller Art, muss man – wie nachfolgend gezeigt wird – wesentlich häufiger tiefer in die Lebenswelten der Menschen vordringen, um Armut und soziale Problemlagen lokalisieren zu können. In den wenigsten Fällen ist beides so vordergründig, wie es auf den Bildern gezeigt wird, sondern spielt sich vielmehr hinter den Wohnungstüren – also versteckt, abseits der öffentlichen Wahrnehmung – ab. Die Einrichtung der Wohnung, Heiz- und Kochmöglichkeiten, Lebensweise, Verwahrlosung, etc. – Symptome, die auf prekäre Lebenslagen hinweisen – bilden sich hier ab.

Aus diesem Grunde wählte ich meine InterviewpartnerInnen u.a. auch danach aus, ob sie die Möglichkeit haben, sich Zugang zu den Lebenswelten Betroffener zu verschaffen bzw. Anzeichen versteckter Armut wahrzunehmen. In Gesprächen mit Gerichtsvollziehern des BG Mödling, einer Sozialarbeiterin des Sozialamt der BH Mödling, der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt, einer Vertreterin des AMS sowie gemäß meiner eigenen Beobachtungen, die ich während meiner Praktika am Sozialreferat machen konnte, zeigten sich folgende Anzeichen und Problemlagen:

Anzeichen in der Lebenswelt Wohnung

„Vor ein paar Monaten hatte ich einen Praktikanten, der wollte das gar nicht glauben, was er gesehen hat. Wir sind in ein Haus reingekommen, da gab es keinen Strom, kein Wasser, keinen Estrich, kein Klo, die Wände waren (...) nass, feucht – nur das Mauerwerk ohne Putz – dementsprechend waren die Möbel feucht, schimmelig, es hat modrig gerochen. Das ist ganz ein lieber Mann, der extremst verschmutzt und verdreckt ist. (...) wo soll er sich auch waschen? Einmal in der Woche leistet er sich den Luxus und fährt ins Mödlinger Bad duschen aber in so einer staubigen, erdigen, gatschigen, dreckigen Umgebung, kann man nicht sauber bleiben. Er hat dafür noch 150 Euro Miete gezahlt (...) das ist Mödling.“ (Interview IP-04 2010). Gemeint ist in dem geschilderten Fall der Bezirk Mödling, es handelte sich hier um eine Liegenschaft in einer angrenzenden Gemeinde wurde aber einerseits als Beispiel herangezogen um zu zeigen, dass es sich bei meinen Beschreibungen nicht um Probleme handelt, die ausschließlich die Stadt Mödling betreffen, andererseits vereint das angeführte Beispiel sämtliche Missstände, die mir aus Fallbeispielen die Stadt Mödling betreffend, bekannt sind.

Derlei Darstellungen wurden mir in sämtlichen Interviews zuteil und an einer Vielzahl verschiedener Beispiele geschildert. In Anlehnung an die geführten Gespräche, sowie Beobachtungen, die ich bei Betroffenen machen konnte, lassen sich verschiedene Anzeichen von Armut in der unmittelbarer Lebenswelt Betroffener – ihren Wohnungen oder Häusern – festmachen:

„... Möbel die 15, 20, 30 Jahre alt, dementsprechend abgewohnt sind, eine zerfetzte Couch über der eine alte, zerfetzte Decke drüber gelegt ist“ (Interview IP-01 2010)

„Wenn du in die Wohnung reinkommst (...) du kannst kaum etwas sehen, weil die Luft so schlecht ist und es steht ein grindiges altes Sofa im Wohnzimmer, kein Zierrat, nichts Persönliches oder nur billiges Zeug“ (Interview IP-03 2010).

Die Wohnung angemessen zu beheizen, ist für manche Betroffene ein Problem. *„Da steht ein kleiner Elektroradiator. (...) Wenn das zu wenig ist, wird der Gasherd dazu aufgedreht. Eine andere Heizmöglichkeit gibt es nicht. Die Häuser sind oft verwinkelt, verschachtelt, haben dicke Mauern (...) sind nicht zu beheizen und daher feucht, modrig, schimmelig (...).“* (Interview IP-01 2010).

„Armut ist auf jeden Fall erkennbar im Sinne von im Winter in die Wohnungen kommen, wo nicht geheizt ist und kein Licht angeht. Man kommt im Dezember am Nachmittag in eine Wohnung, es ist stockdunkel und es hat ein Grad. Die Leute sitzen mit ihren dicken Jacken da und wissen nicht, wie sie sich eine warme

Packerlsuppe machen sollen, denn was anderes können sie sich eh nicht leisten und die können sie sich nicht machen, weil nichts da ist, wo man sich was aufwärmen kann (...)“ (Interview IP-04 2010).

Auswirkungen auf die psychische und physische Gesundheit

Ökonomische Armut geht mit der Einschränkung grundlegender Bedürfnisse, einer schlechten Wohnsituation, Beeinträchtigung der Gesundheit sowie einer Reduzierung sozialer Kontakte und der Teilnahme am öffentlichen und kulturellen Leben einher (vgl. AMS 2009:7).

„Armut ist ein großes Thema bei kranken Menschen: z.B. Diabetiker, die sagen: Wie soll ich mir meine spezielle Kost kaufen, ich kann es mir nicht leisten oder ... Menschen, die aufgrund von Falschernährung oder Psychopharmaka fettleibig sind, sodass es die Gesundheit beeinträchtigt, abnehmen sollen aber sagen, sie können es sich nicht leisten gesund einzukaufen und zu kochen weil das mit 150 Euro im Monat nicht möglich ist. Das versteh ich auch, da kauft man sich dann das 10er Packerl Semmerl im Ausverkauf bevor man sich ein Vollkornbrot oder täglich das frische Gemüse kauft“ (Interview IP-04 2010).

Die Miete nicht pünktlich zahlen zu können, nicht zu wissen wie das Geld für den Schulausflug der Kinder aufgetrieben werden kann, keinen oder einen schlecht bezahlten Job zu haben, macht Stress und führt auf die Dauer zu ernsthaften gesundheitlichen Problemen wie Magenbeschwerden, Herzproblemen, Bluthochdruck, Schlafstörungen, Kopfschmerzen etc. (vgl. Die Armutskonferenz 2009:1). Der Anteil der sozial isolierten Menschen in Armutslagen ist besonders hoch. Jede/r fünfte manifest Arme verfügt über kein belastbares Netzwerk und ist demnach in sozialer Hinsicht „hilflos“. Sozialer Rückzug bzw. Ausschluss kann hier sowohl als Folge als auch als Ursache einer Armutslage interpretiert werden (vgl. BMSK 2009:250).

Dies geht auch aus den geführten Interviews hervor: *„Es ist auch so, dass die Leute gesundheitliche Einschränkungen haben. Sie leben auch sehr zurückgezogen – isoliert, (...)*“ (Interview IP-08 2010). *„Alkohol ist häufig ein Problem, (...) manche sagen: Das bissl, das ich jetzt noch hab, versauf ich. Da mach ich mich dicht, weil ich nichts mehr hören will“* (Interview IP-01 2010).

Kurz gesagt: *„Armut macht krank. Armut macht einsam. Armut ist Stress.“* (AMS 2009:7).

Verschuldung

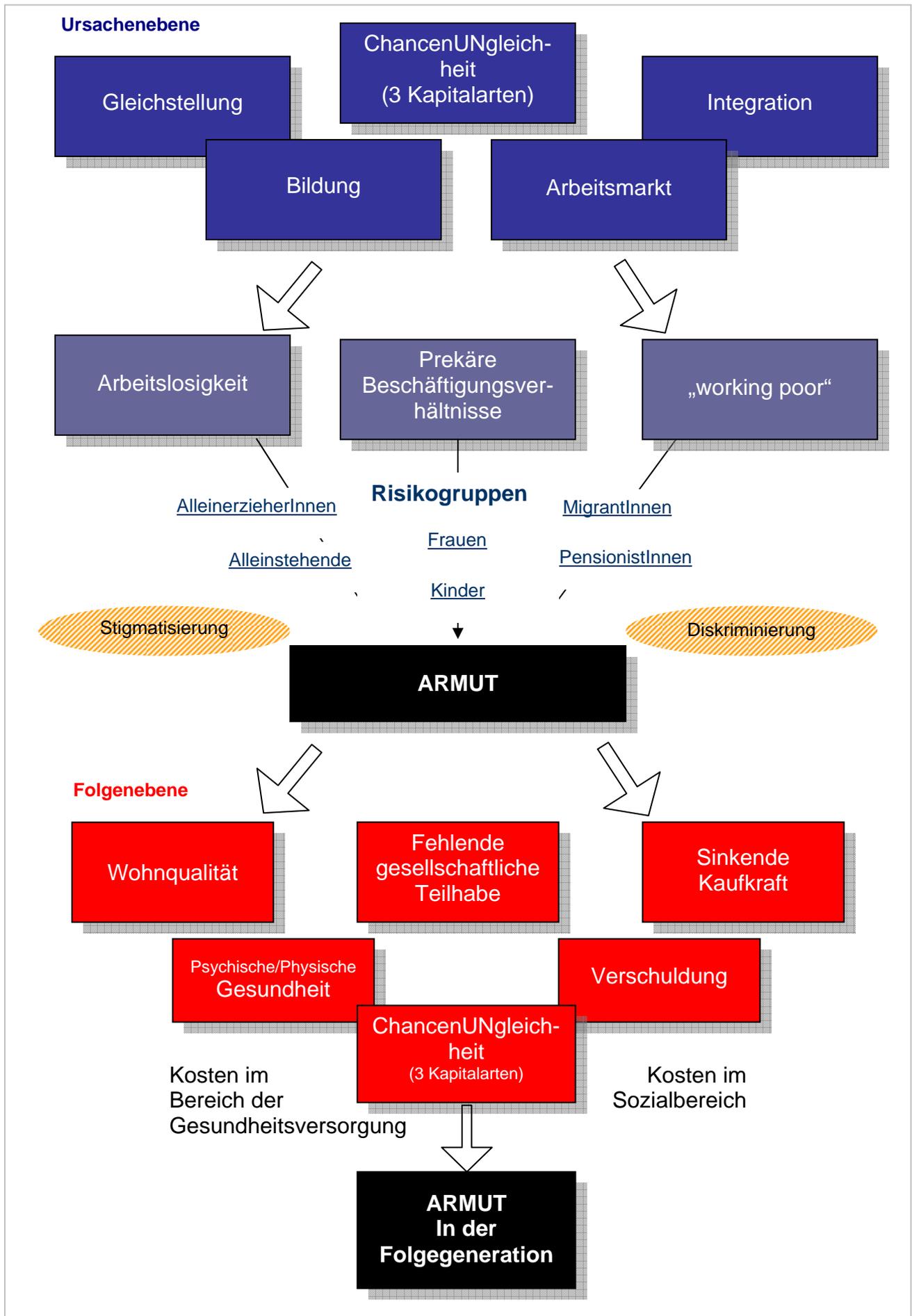
„In der Beratung kriegt man bestimmte Dinge (...) erst nach einer gewissen Zeit mit – Exekutionen beispielsweise (...) sie können nicht mehr auf Urlaub fahren, (...) sie sind nicht mehr mobil, weil sie kein Auto mehr haben und sie haben das Geld nicht zur Verfügung, um sich laufend zu bewerben“ (Interview AMS 2010). Die Aussage zeigt, in welchem Teufelskreis sich Betroffene zum Teil befinden und wie schwer es ist, diesen zu durchbrechen. Laufende Exekutionen machen es schwierig bis unmöglich, betroffene Personen am Arbeitsmarkt wieder unterzubringen, weil die ArbeitgeberInnen aufgrund des drohenden Mehraufwands davon Abstand nehmen, Arbeitssuchende mit Gehaltsexekutionen einzustellen (vgl. Interview AMS 2010 und Interview Gerichtsvollzieher 2 2010).

Um sich selbst etwas zu leisten aber auch, um den Kindern etwas zu bieten, kaufen Betroffene beispielsweise über Versandhäuser, wo sie nicht sofort bezahlen müssen (vgl. Interviews Gerichtsvollzieher 1 und 2 2010). *„Wir sind in einer Konsumgesellschaft. Die Verlockung, der Neid bewirken, dass die Leute auf Pump und Kreide Anschaffungen tätigen. Hier kommt die Spirale ins Trudeln, wenn man an Zinssätze von 17, 18, 22% denkt“* (Interview Gerichtsvollzieher 1 2010).

Die Tatsache, dass das Charakteristikum versteckter Armut ist, dass sie sich abseits der allgemein öffentlichen Wahrnehmung abspielt, macht es ungleich schwieriger, Betroffenen – wenn sie sich nicht selbst aktiv um Hilfe bemühen – Unterstützung anzubieten. Daraus leite ich ab, dass es eine der wichtigsten Aufgaben, eines Gemeindesozialarbeiters/einer Gemeindesozialarbeiterin sein muss, Kooperation mit all jenen Personen anzustreben, die sich auch in den unmittelbaren Lebenswelten von Betroffenen bewegen. Hierzu gehören VertreterInnen jener Berufe, die naturgemäß mit (potenziellen) KlientInnen zu tun haben wie beispielsweise das Bezirksgericht, das Sozialamt, das AMS, die Polizei, etc. Darüber hinaus muss sich als GemeindesozialarbeiterIn natürlich auch das größte Potenzial der Kommunen – nämlich die Zivilgesellschaft z.B. die Freiwillige Feuerwehr, die Nachbarschaften, etc. – zu nutze gemacht werden.

Die nachfolgende Abbildung versucht das Phänomen Armut, ihre Ursachen und Folgen graphisch zu veranschaulichen, erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit

Abbildung 9: Ursachen und Folgen von Armut



8.3 Weitere Ursachen für Armutslagen

8.3.1 Mangelnde Gleichstellung

Neben der Qualifikation wirken sich auch Geschlecht und Herkunft auf das Einkommen aus. Männer in allen Bildungsschichten verdienen mehr als Frauen. Der Einkommensunterschied besteht ungeachtet des Beschäftigungsausmaßes. Gründe dafür sind unter anderem Unterschiede im Einkommensniveau und in der Einkommensstruktur verschiedener Wirtschaftsbereiche sowie das Beschäftigungsausmaß (vgl. BMASK 2009b:62).

So schildert die Vertreterin des AMS Mödling (Interview AMS 2010), dass Frauen im Bezirk Mödling überwiegend im Handel tätig sind, wo sie im Vergleich zu anderen Berufssparten wie beispielsweise im handwerklichen oder technischen Bereich relativ wenig verdienen und diese Jobs – bedenkt man die Öffnungszeiten im Einzelhandel – familienunfreundlich sind. Dies deckt sich mit der Lehrlingsstatistik der WKO (2009), die zeigt, dass über 60 % der Mädchen – trotz des großen Angebots – in nur sechs Lehrberufen tätig sind.

Obwohl diese Lehrberufe aufgrund der Kollektivverträge im Vergleich zu anderen sehr schlecht bezahlt sind, wählen Mädchen nach wie vor traditionelle Frauenberufe (vgl. Verein Frauenservice Graz o.A.). Rollenkonforme Verhaltensweisen werden – so der Verein Frauenservice Graz (www.frauenservice.at) – gefördert, nicht konform gehende Stereotype werden unterdrückt. *„Deshalb arbeiten viele Mädchen in Dienstleistungsberufen, sowie im Pflegebereich. Die beruflichen Vorbilder der Mädchen sind hauptsächlich Frauen, die in traditionellen Berufen tätig sind. Das kommt daher, dass sie in einem familiären und gesellschaftlichen Umfeld aufwachsen, in dem der Großteil der Frauen in traditionellen Berufen arbeitet und die Mädchen deshalb auch wenige andere Vorbilder finden.“* (Verein Frauenservice Graz o.A.). Dies ist ein weiteres Beispiel für kulturelle Kapital, die Erfahrung, die Menschen innerhalb der Familie machen.

8.3.2 Arbeitslosigkeit, „working-poor“, prekäre Beschäftigungsverhältnisse

„Die Leute gehen eh arbeiten aber verdienen nicht mehr. Wo sollen sie es hernehmen?“ (Interview IP-02 2010).

Personen, die erwerbstätig sind und deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutgefährdungsschwelle liegt, werden als „working poor“ definiert. (vgl. BMASK 20089b:188). „Working poor“ sind häufiger unter Personen mit niedrigeren

Bildungsabschlüssen, unteren Berufsschichten und unter Teilzeitbeschäftigten vertreten (vgl. BMASK 2009b:58).

8.3.3 Haushaltszusammensetzung

„(...) , wo die Beziehungen in die Brüche gehen oder der Partner stirbt. So etwas kann in Armut enden.“ (Interview IP-02 2010). *„... Trennungen, wo dann bemerkt wird, die Wohnung ist alleine nicht leistbar, ...“* (Interview Sozialamt 2010).

Weil in Einpersonenhaushalten keine Einsparungspotentiale auf Grund gemeinsamer Haushaltsführung gegeben sind, verzeichnen alleinlebende Personen generell ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Bei Alleinlebenden aller Altersgruppen fällt auf, dass alleinlebende Frauen mit 22 % eine deutlich höhere Armutsgefährdungsquote als Männer (16 %) aufweisen (vgl. BMASK 2009b:68). Dieser Umstand geht auch aus diversen Interviews hervor, die ich geführt habe:

Auch im Interview mit einem/einer VertreterIn des Sozialamts der BH Mödling werden gescheiterte Beziehungen als häufige Ursache für ein Abgleiten in eine der Armutslagen bestätigt (vgl. Interview Sozialamt 2010), darüber hinaus wird in dem Gespräch aber auch folgende Problematik geschildert: *„(...) Ich hab so ein bisschen den Eindruck, dass viele (...) unüberlegt in den Kinderwunsch gehen. Ich krieg ja dann eh Kinderbetreuungsgeld und dann bin ich abgedeckt...das hör ich immer wieder. (...). Dann endet die Beziehung und dann sehen sie, dass das doch nicht so viel ist, was sie kriegen. Das ist ein Problem, das ich sehr oft habe.“* (Interview Sozialamt 2010).

8.3.4 ChancenUNgleichheit

Betrachtet man Abbildung 8 zeigt sich, dass „ChancenUNgleichheit“ Ursache und Folge gleichermaßen darstellt. Um dies zu erklären, sei die Ausbildung von Kindern betroffener Eltern in den Fokus genommen. Kindern, die – so BMASK (2009b:72) – in Armut aufwachsen, stehen weniger Ressourcen für den zukünftigen Lebensweg zur Verfügung als jenen, die diese Erfahrung nicht teilen. Mit Blick auf die Schulwahl zeigt sich, dass 39 % der nicht armutsgefährdeten, aber nur 24 % der armutsgefährdeten Kinder zwischen zehn und 14 Jahren eine AHS besuchen.

„Ich habe (...) den Eindruck, dass die Schicht in der sich Eltern befinden weiter gegeben wird. (...) Da gibt es beispielsweise ein Mädchen, das mit meiner Tochter in der Klasse war, ein blitzgescheites Mädchen, (...) die das Zeug gehabt hätte, ins Gymnasium zu gehen. Die Eltern haben von vornherein gesagt Hauptschule. Da wurde gar nicht drüber nachgedacht und diskutiert. Ich glaube, dass es unheimlich

schwierig ist, zu durchbrechen wo man her kommt... Das derzeitige Schulsystem unterstützt, dass die Leute so bleiben, wie sie sind. Es ist zu wenig durchlässig.“ (Interview IP-03 2010).

„Ich würde gar nicht mal Bildung sagen sondern eher von einer gewissen Intelligenz sprechen. Ich mein das gar nicht böse aber meine Kollegin und ich besprechen das oft. Es gibt Menschen, bei denen aus einem bestimmten Grund ... einfach eine praktische Veranlagung fehlt. Die es wirklich nicht schaffen, sich ihr Geld einzuteilen, die überfordert sind und ich hab schon das Gefühl, dass für viele der Alltag komplizierter wird. Es werden die Behördenwege komplizierter, es wird vieles mühsamer bei Kleinigkeiten. Früher ist man zu Bank gegangen und das hat funktioniert, jetzt heißt es onlinebanking. Man kann vieles nur noch im Internet aufrufen. Kleinigkeiten, wo viele dran scheitern.“ (Interview IP-04 2010). Hierzu sei angemerkt, dass die Person, mit der ich das Gespräch führte, hier mit den Termini „Intelligenz“ und „praktischer Veranlagung“ kulturelles Kapital zu beschreiben versucht. Der Hinweis auf den komplizierteren Alltag, den zu bewältigen, schwieriger geworden ist, weil er beispielsweise von Fähigkeiten im Umgang mit Computern abhängig ist, ist erneut ein Hinweis auf kulturelles Kapital.

Die intergenerationale Weitergabe von Armut lässt sich bis zu einem gewissen Grad durch Analysen der Soziodemographie von Eltern armutsgefährdeter Kinder abbilden (vgl. BMASK 2009b:72). Die nachfolgenden Mödlinger Beispiele werden zeigen, dass Chancenungleichheit, in welcher betroffene Kinder aufwachsen, in engem Zusammenhang mit dem Fehlen von Kapital – nicht nur ökonomischem sondern auch kulturellem und sozialem – steht.

„Familie mit Kindern, die mich als Gerichtsvollzieher bei den Eltern aus und eingehen sehen. Die kriegen es von daheim nicht anders mit. Sie lernen, wenn du etwas willst kannst du es nur mit Kredit machen. Ansparen geht nicht, weil zum Sparen nichts übrig bleibt um zu sagen, ich kann mir in einem Jahr ein Moped oder in zwei bis drei Jahren ein Auto leisten“ (Interview Gerichtsvollzieher 2010).

„Es ist auch meist so, wenn die Eltern (...) Probleme machen, kannst du davon ausgehen, dass das bei den Kindern genauso ist. Logisch: Erziehung und soziales Umfeld. (...) Innerhalb einer Familie gibt es selten Ausreißer.“ (Interview IP-08 2010). An den „American way of life“ nach dem Motto: Jeder kann alles werden, wenn er nur fleißig ist und sich anstrengt, glaubt der/die InterviewpartnerIn (vgl. Interview IP-08

2010) nicht. „(...)ohne *Beziehung*, ohne *Ausbildung* kannst du nicht alles erreichen“ (Interview IP-08 2010). „Beziehung“ und „Ausbildung“, die hier genannt wurden, sind als Synonym für soziales und kulturelles Kapital zu werten.

9. Diskussion der Fragestellungen und Hypothesen

9.1 Bedarfsklärung

Ist in Mödling der Bedarf hinsichtlich eines professionellen, sozialarbeiterischen Angebots (Gemeindesozialarbeit) als kommunale Dienstleistung des Gemeindeamts gegeben? Wenn ja, warum?

Aus der Analyse der in Mödling vorhandenen Probleme sowie der Orientierung an den Bedürfnissen der Mödlinger Bevölkerung und den damit einhergehenden Anforderungen im Hinblick auf Ausgestaltung des Handlungsfeldes, der Arbeitsweise und Methodik zur Problemlösung und Bedürfnisbefriedigung, sehe ich den Bedarf einer Kommunalsozialarbeiterin als gegeben. Ihre Legitimation erhält sie infolge der Beantwortung der weiteren Fragestellungen - womit auch die Hypothese bestätigt ist.

Die Stadtgemeinde Mödling beschäftigt seit Jahren eine Gemeindeschwester, deren Aufgabe u.a. darin besteht, sich um soziale Problemlagen von MödlingerInnen zu kümmern. Basierend auf dieser Ausgangslage halte ich zunächst fest, dass grundsätzlich ein Bedarf an sozialarbeiterischer Dienstleistung besteht. Vor dem Hintergrund zahlreicher Einrichtungen und Initiativen, die es in Mödling gibt, stellte ich die Hypothese auf, dass bestehende lokale Hilfs- und Beratungsangebote, den Bedarf der Mödlinger Bevölkerung nicht abzudecken im Stande sind.

Im Zuge meiner Analyse zeigte sich, dass die Unterstützungsangebote Mödlinger Einrichtungen nicht immer flexibel genug und nicht immer an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sind. Fehlende Niederschwelligkeit und mangelnde Öffentlichkeitsarbeit der Einrichtungen, Stolz, Angst vor Stigmatisierung aber auch die Unkenntnis der Bevölkerung über lokale HilfeanbieterInnen sind dafür verantwortlich, dass Menschen in Problemlagen oft sich selbst überlassen sind oder Unterstützung erst spät erfolgt. Dieser Umstand lässt sich konkret daran ablesen, dass die Gemeindeschwester stets dort auf den Plan gerufen wird, wo die Angebotspalette lokaler, sozialer HilfeanbieterInnen endet, sich niemand für KlientInnen zuständig fühlt bzw. wo Einrichtungen zum Klientel nicht vordringen.

Damit sehe ich auch die zweite Hypothese bestätigt.

Die Tatsache, dass VertreterInnen des Sozialen Dienstleistungsbereichs marktwirtschaftliche Ziele verfolgen macht es zudem immer wieder notwendig, KlientInnen anwaltschaftlich zu vertreten und dafür zu sorgen, dass auf die Bedürfnisse und ihre finanziellen Ressourcen Rücksicht genommen wird und sich die jeweiligen Organisationen nicht selbst legitimieren indem sie ihre Aufträge erweitern und PatientInnen Bedarfe zuschreiben, die sie sich - wenn auch gut gemeint –nicht leisten können oder nicht unbedingt erforderlich sind.

Von einem Bedarf an sozialarbeiterischem Unterstützungsangebot ist auch im Zusammenhang mit der Beantwortung der nächsten Forschungsfrage auszugehen.

9.2 Armut in Mödling

Inwieweit ist Armut in Mödling ein Thema?

Auch in einer Stadt wie Mödling, ist Armut allgegenwärtig (vgl. Interview IP-01; IP-03 bis IP-06 und IP-08 2010). Leistbarer Wohnraum ist in der Stadt Mödling ein Problem das dazu führte, dass in Mödling soziale Brennpunkte entstanden sind, weil BürgerInnen mit einem Mangel an ökonomischem Kapital, bestrebt sind, sich dort anzusiedeln, wo – im Vergleich zum Rest der Stadt - Wohnen günstig ist (vgl. Interview IP-01 bis IP-06 2010).

Herausgefunden habe ich im Zuge meiner Forschung, dass es visuelle Anzeichen von Armutslagen gibt. Entweder sieht man es an Betroffenen selbst, an deren Kleidung oder Körperpflege oder aber an den Häusern, in denen sie leben. Äußere Merkmale wie Verfall die Fassade, Fenster, Türen etc. betreffend, können Anzeichen dafür sein, dass es sich um Quartiere handelt, in welchen armutsgefährdete, finanziell deprivierte oder manifest arme Menschen leben. In den meisten Fällen ist Armut jedoch nicht derart vordergründig, sondern nur in den unmittelbaren Lebenswelten fest zu stellen. Die Einrichtung, Heiz- und Kochmöglichkeiten ebenso wie Verhaltens- und Lebensweisen (Sucht, Isolation, etc.) der Person können Aufschluss über eine Armutslage geben. Zudem gibt es „Armut-Symptome“, die visuell nicht (unmittelbar) erkennbar sind, wie beispielsweise Verschuldung oder Beeinträchtigung der Gesundheit. Bei vielen der genannten Anzeichen (Wohnen, Körperpflege, Wärme, Kleidung, etc) handelt es sich gemäß der Arlt'schen Bedürfnistheorie um Bedürfnisklassen, die über ein Mindestmaß hinaus befriedigt befriedigt werden müssen um die Existenz zu sichern (vgl. Maiss 2009:64).

Weitere Ergebnisse der Analyse waren, dass Armut multifaktoriell und mehrdimensional ist. Eine Armutslage kann mangels schlechter Ausbildung entstehen, die ein geringes Einkommen zur Folge hat. Schulden können davon ein Resultat sein, eine deprivierte Wohnsituation kann damit ebenfalls einhergehen und wiederum Auswirkung auf die Gesundheit haben. Mit Gehaltsexekutionen - bedingt durch Verschuldung - geht wiederum einher, dass Betroffene schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt haben. Kinder die in Armutslagen aufwachsen, sind mit Chancenungleichheit konfrontiert.

Zurückgreifend auf Bordieus Kapitalarten, ist dafür nicht nur der Mangel an finanziellen Mitteln (ökonomisches Kapital), sondern auch Defizite hinsichtlich des kulturellen und sozialen Kapitals eine Erklärung. Geprägt werden die beiden Kapitalarten vor allem durch die Herkunft (vgl. Bordieu 2001:2 zit.n. Storch 2006:6) gemeinsam ist ihnen die Reproduktionsfähigkeit (vgl. Girard/Bastide 1963:443 zit.n. Storch 2006:6). Als Beispiel wurde u.a. der adäquate Umgang mit Geld genannt, den Kinder nicht erlernen wenn sie die Erfahrung innerhalb der Familie sammeln, dass über seine Verhältnisse zu leben, in Ordnung ist. Dies ist ein Erklärungsansatz dafür, warum Gerichtsvollzieher, das AMS und das Sozialamt oft mehrere Generationen innerhalb einer Familie und/oder mehrere Familienmitglieder betreuen (vgl. Interview Gerichtsvollzieher, AMS, Sozialamt 2010).

Neben einem Mangel an ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapital womit Chancenungleichheit einhergeht, sind Geschlecht, Herkunft und die Haushaltszusammensetzung als Ursache für Armutslagen zu nennen.

9.3 Legitimationsgründe für Gemeindesozialarbeit

Gibt es darüber hinaus weitere Gründe, die angeführt werden können, um das Handlungsfeld der Gemeindesozialarbeit zu legitimieren und wenn ja, welche?

Die Aufgaben der Kommunen gehen über die Daseinsvorsorge i.S.v. Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, der Entsorgung von Müll und Abwasser, Straßenbau, etc weit hinaus (vgl. Binder 2002:105). Dies macht Schmid (2009:80) deutlich, der gleichzeitig damit erkennen lässt, dass sich die Gemeinde als sozialarbeiterisches Handlungsfeld anbietet. Er versteht die Kommune als jenen Ort, an der sich Linien vielfältig schneiden: Linien der unterschiedlichen Bedürfnisse genauso wie die der Hilfe durch Nahestehende, von Familien über Nachbarschaften bis hin zu Vereinen

(der Zivilgesellschaft) und die Hilfe unter Fremden, überwiegend vermittelt über Beiträge und Steuern. Hier liegt der praktisch gelebte Anknüpfungspunkt für Solidarität unter Fremden ebenso wie unter (potenziell) Nahestehenden. Diese Solidarität unter (zumindest potenziell) Nahestehenden ist ein wesentliches Element der Daseinsvorsorge im kommunalen Raum. Hier setzte auch das Forces Konzept der Sozialarbeit nach Mary Richmond an (Früchtel/Budde 2006:201 zit.n. Schmid 2009:80), die bereits vor knapp 100 Jahren darauf hingewiesen hat, dass gelingende Einzelfallarbeit über den Einzelfall hinausgehen und Fall und Feld verbinden muss.

Die besondere Verantwortung der Kommune gegenüber ihren BürgerInnen, führe ich auf die Nähe zur Bevölkerung zurück sowie darauf, dass soziale Probleme vor Ort auftreten.

Bedenkt man die - zum Teil ungenutzten - Möglichkeiten, die das Gemeindeamt der Stadt Mödling – abseits ihres staatlichen Auftrags – zur Unterstützung der Bevölkerung und zur Lokalisierung von Hilfebedarf aufweist, schlummert großes Potenzial in ihr. Potenzial, dessen Nutzung ein Beitrag zur nachhaltigen Bekämpfung von Armut in Mödling darstellt. Dieses Potenzial findet sich einerseits in der Zivilgesellschaft der Stadt, andererseits in den formellen Strukturen des Gemeindeamts sowie deren MitarbeiterInnen in den einzelnen Abteilungen.

9.4 Gestaltung des Handlungsfeldes Gemeindesozialarbeit

Wie muss – basierend auf vorhandenen oder auch möglichen Bedürfnissen – Gemeindesozialarbeit gestaltet werden?

Das Spektrum der Kommunalsozialarbeit ist breit und reicht von der Fallarbeit (Beratung, Betreuung und Begleitung von Personen) über die fallunspezifische Arbeit, die sich am Sozialraum orientiert.

Bei Kommunalsozialarbeit handelt es sich nicht um ein klar abgestecktes Feld. Es ist kein Handlungsfeld, das auf bestimmte Problemlagen spezialisiert ist. *„Es kommt ungefiltert alles herein, ich weiß nie, was die Leute wollen“* (Interview Gemeindesozialarbeiterin 2010.). Sie bietet was für KlientInnen erforderlich ist um Leid zu lindern und Lebensfreude in Arlt'schem Sinne zu steigern und richtet sich nach persönlichen und räumlichen Ressourcen.

9.4.1 Begleitung und Betreuung

„Was wirklich fehlt, was für die Gesellschaft ein großes Plus wäre, wären Lebensbegleiter. ... Sozialarbeiter ...[die da sind und sagen] ...: Ich begleite dich auf deinen Behördenwegen, ich schau mit dir, dass alle Zahlungen abgebucht werden, ich begleite dich zum Einkaufen, ich erstelle mit dir einen Haushaltsplan diese praktischen Dinge des Alltags.“ (Interview Sozialamt 2010).

Gemeindesozialarbeit trachtet in dem Zusammenhang um nachhaltige Betreuung, Hilfe zur Selbsthilfe um einerseits keine Abhängigkeit Betroffener von professionellen Diensten zu provozieren, andererseits um Dauerfälle oder Rückfälle zu vermeiden und damit ökonomisch effizient zu arbeiten.

9.4.2 Anlauf- und zentrale Informationsstelle

In Anbetracht mangelnder Öffentlichkeitsarbeit und auch fehlender Vernetzung (mit Berufsgruppen, die nicht den Professionen des Sozialbereichs zuzuordnen sind, wie beispielsweise Gerichtsvollzieher, herrscht Informationsdefizit über vorhandene Einrichtungen und deren Angebote. Demzufolge soll der/die GemeindesozialarbeiterIn als erste Anlaufstelle dienen. Für Betroffene die Hilfe suchen ebenso für Feuerwehr, Rotes Kreuz, Vereine, etc. und professionsfremde Berufsgruppen (Polizei, Bezirksgericht, Hausverwaltung, etc.), die Hilfebedarf feststellen, jedoch mangels Kenntnissen über lokale HilfeanbieterInnen an das Mödlinger Gemeindeamt, das Gemeindesozialarbeit als Dienstleistung anbietet, als 1. Anlaufstelle vermitteln.

Hierzu ist es notwendig Einrichtungen, Behörden, Initiativen und Vereine, deren Angebote und auch AnsprechpartnerInnen zu kennen. Wenn sich Gemeindesozialarbeit etabliert, die Vernetzungsarbeit entsprechend gut ist und HilfeanbieterInnen Angebotsänderungen bekannt geben, kann durch Gemeindesozialarbeit ein stets aktueller Überblick über Hilfsangebote in Mödling gewährleistet werden. Darüber hinaus empfehle ich, diese Informationen, ebenso wie Ressourcen der Zivilgesellschaft elektronisch in eine „Ressourcen-Datenbank“ einzuarbeiten, um auf Knopfdruck interessierende Informationen über Einrichtungen oder Angebote zu erhalten. Davon profitieren KlientInnen einerseits, sozial Tätige im Hinblick auf Zusammenarbeit untereinander andererseits und Beratung sowie

Vermittlung seitens der Gemeindesozialarbeiterin oder des Gemeindesozialarbeiters können effizient und passgenau gestaltet werden.

Für adäquate Umsetzung von Gemeindesozialarbeit, die sich für alle sozialen Problemlagen zuständig sieht, sich an den Bedürfnissen der MödlingerInnen und deren Ressourcen orientiert und als 1. Anlaufstelle versteht, ist Vernetzung gefragt. Mit welchen AkteurInnen Vernetzung angestrebt und Kooperationen eingegangen werden und wie dies vor sich gehen soll, wird noch gezeigt werden. Die Kooperation mit Handelnden aus den Bereichen Soziales, Wirtschaft, Politik, etc., ist für die meisten meiner Empfehlungen eine wichtige Voraussetzung.

9.4.3 Förderung sozialer Kommunalpolitik

Gemeindesozialarbeit soll im Sinne des sozialpolitischen Mandats das der Sozialarbeit innewohnt, Schief lagen und problematische Entwicklungen aufzeigen – ein Auftrag dem die vorliegende Arbeit nachzukommen versucht - und den kommunalen politischen AkteurInnen Mödlings bei der Lösung von Problemen beratend zur Seite stehen.

Festzuhalten bleibt, dass ein Bedarf an Gemeindesozialarbeit gegeben ist und dieses Handlungsfeld legitimierbar ist.

9.5 Vor- und Nachteile

Ergeben sich aus der Implementierung von Sozialarbeit im Gemeindekontext Vor- und Nachteile, wenn ja, welche und für wen?

Die Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken, die mit einer Implementierung von Sozialarbeit im Gemeindekontext einhergehen (können), wurden mittels SWOT-Analyse erhoben.

9.5.1 Stärken

Sozialräumliche, bedürfnisorientierte Lösungen, die Gemeindesozialarbeit anstrebt, haben Vorteile gegenüber Lösungen die lediglich Ressourcen nutzen, die an den Einsatz von Professionellen gebunden sind. Wenn sie funktionieren, funktionieren sie langfristig, ohne dass Profis als direkte DienstleisterInnen für Betroffene fungieren. Nachhaltigkeit entsteht aus der Verknüpfung funktionierender Strukturen

(Ressourcen des Stadtteils) mit den Ressourcen der AdressatInnen selbst, die zu Maßanzügen zusammenfügt werden (vgl. Budde/Früchtel 2005:15).

Gemeindesozialarbeit nutzt die formellen Strukturen des Gemeindeamtes und die Ressourcen der MitarbeiterInnen ebenso, wie die Ressourcen der Zivilgesellschaft um einerseits Hilfebedarf von KlientInnen zu lokalisieren und andererseits gemeinsam mit anderen RessourcentägerInnen passgenaue Lösungen zu generieren.

Gemeindesozialarbeit beobachtet die (soziale) Entwicklung der Stadt, basierend auf Informationen von MitarbeiterInnen des Sozialbereichs, Erfahrung durch KlientInnenbetreuung und durch Analyse zur Verfügung stehender Daten – beispielsweise des Meldeamts und der Statistik Austria – um bei negativen Entwicklungen auf lokaler Ebene rasch reagieren zu können.

Kommunalsozialarbeit ist für AdressatInnen kostenlos und durch Besuche in der Lebenswelt Betroffener niederschwellig(er)

Der Gemeindesozialarbeiter/die Gemeindesozialarbeiterin versteht sich erste Anlauf- und Informationsstelle für Zivilgesellschaft und Organisationen – vergleichbar mit einer „Notrufnummer“, an die sich MödlingerInnen im Fall des Auftretens sozialer Problemlagen oder der Lokalisierung eben solcher wenden, wenn keine Information über Zuständigkeit und/oder mögliche Hilfeangebote lokaler AnbieterInnen besteht.

Kommunalsozialarbeit arbeitet anwaltschaftlich für KlientInnen und versucht diesen dabei zu ihrem Recht zu verhelfen (z.B. Einsprüche bei BMS, Pflegegeld, etc. aber auch bei sozialen DienstleistungsanbieterInnen).

Gemeindesozialarbeit nimmt ihr sozialpolitisches Mandat wahr und weist LokalpolitikerInnen auf bestimmte soziale Problemlagen hin, deren Lösung im Ermessen der Kommune liegen. Sie sensibilisiert die MödlingerInnen zu bestimmten Themen durch Öffentlichkeitsarbeit (lokale Medien, Veranstaltungen,...) ebenso wie professionsfremde Berufsgruppen, Vereine, etc beispielsweise hinsichtlich Armut und sozialer Problemlagen und zeigt Möglichkeiten des Umgangs damit auf z.B. durch Artikel in der Gemeindezeitung, der NÖN, Parteizeitungen etc. oder aber auch der Feuerwehrzeitung: Was tun wenn im Zuge von Türöffnungen Verwahrlosung zu erkennen ist? Wie kann man vorgehen?

Es kommt – wie ich aus meiner Erfahrung als Gemeinderätin weiß – häufig vor, dass BürgerInnen auf der Straße, bei Veranstaltungen ebenso wie in Sprechstunden der StadträtInnen, des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin, Probleme schildern oder

Fragen haben, auf die entsprechend zu reagieren ist u.U. Fachwissen benötigt wird. Der Kommunalsozialarbeiter/die Kommunalsozialarbeiterin steht den LokalpolitikerInnen in sozialen Fragen zur Verfügung.

9.5.2 Schwächen

Ein Argument gegen Gemeindesozialarbeit als ausgeweitete Daseinsvorsorge der Kommune, ist das der Kosten. Vor dem Hintergrund wachsender Finanzierungsprobleme der Gemeinden muss dies ernst genommen werden. Gemeindesozialarbeit ist ein Kostenfaktor, der das Gemeindebudget belastet, selbst wenn es zu einer Kostenaufteilung zwischen Kommune, Land und Bund kommt. Es besteht allerdings die Möglichkeit, dass sich Kommunalsozialarbeit – wie noch gezeigt wird – auch in ökonomischer Hinsicht für die Kommune lohnt (return of investment).

Gemeindesozialarbeit, die über Ansprüche informiert und Ressourcen ausschöpft wird aller Voraussicht nach fiskalpolitische Verschiebungen nach sich ziehen. Aus meiner sozialarbeiterischen Praxis weiß ich, dass es eine Dunkelziffer an Anspruchsberechtigten, die - aus Mangel an Information, Fähigkeit zur Antragsstellung, falschem Stolz oder Sorge der Stigmatisierung - keine Sozialhilfe beantragen (BMS) oder andere Ansprüche geltend machen. Durch Information über Ansprüche und Unterstützung beim Geltendmachen ebendieser, werden – so meine Schlussfolgerung – mehr Menschen von vorhandenen Möglichkeiten Gebrauch machen. Dies mag zunächst zu einer Kostensteigerung, beispielsweise bei den Sozialämtern führen. Andererseits – so meine Annahme – werden in anderen Bereichen – u.a. dem Gesundheitsbereich, der Delogierungsprävention, bei den Bezirksgerichten die Kosten sinken – also jene Bereiche in die Folgen von Einkommensarmut hineinspielen.

Soziale Kontrolle: Problematisch ist – so die Gemeindesozialarbeiterin (vgl. Interview 2010) die soziale Kontrolle in Gemeinden, wo jeder jeden kennt. Dies mag ein Umstand sein, der seine Vorteile haben kann, weil dann Menschen eher bereit sind aufeinander zu achten und sich gegenseitig zu helfen, nachteilig ist es jedoch vor allem im Hinblick auf die Angst vor Stigmatisierung, wenn Hilfesuchende entweder von der Gemeindesozialarbeiterin im Zuge nachgehender Betreuung zu Hause aufgesucht oder aber Betroffene beim Besuch auf der Gemeinde gesehen werden. Die Gemeindesozialarbeiterin von Gumpoldskirchen geht mit dem Problem derart

um, dass sie eine Vielzahl an Hausbesuchen absolviert, und bestrebt ist, die Anonymität der Hilfesuchenden zu wahren (vgl. Ebda.).

9.5.3 Chancen

Mit hohem Bekanntheitsgrad des Gemeindesozialarbeiters/der Gemeindesozialarbeiterin einhergehend, kann Schwellenangst der Bevölkerung in den Hintergrund treten. So werden – wie die Erfahrung der Gumpoldskirchner Gemeindesozialarbeiterin zeigt – Anliegen beim zufälligen Treffen beim Heurigen, im Schwimmbad oder beim Einkaufen von Betroffenen hervorgebracht („Heurigenberatung“).

Gemeindesozialarbeit ist eine Chance, Armut, soziale Problemlagen und einen damit einhergehenden Hilfebedarf zu lokalisieren...

...durch Nutzung der Ressourcen der Zivilgesellschaft (Nachbarschaften, Feuerwehr, Rotes Kreuz, etc.), Kooperationen mit Einrichtungen aber auch mit Berufsgruppen, die nicht dem Sozialbereich zuzuordnen sind (GerichtsvollzieherInnen, LehrerInnen, PolizistInnen; ÄrztInnen) aber dennoch die Möglichkeit haben, Armut und/oder soziale Problemlagen festzustellen

...durch Nutzung aller formellen Strukturen des Gemeindeamtes: Die MitarbeiterInnen mit Parteienverkehr, die visuelle Anzeichen wahrnehmen oder im Gespräch Hintergründe zu einer problematischen Lebenssituation erfahren. MitarbeiterInnen im Außendienst, welche die Möglichkeit haben in die Lebenswelten Betroffener vorzudringen und entsprechende Anzeichen einer Problemlage wahrzunehmen. Selbst jene Bediensteten, die nicht mit den BürgerInnen in unmittelbarem Kontakt stehen, können zur Lokalisierung einen Beitrag leisten. Gemeint sind jene, die einen Überblick über Zahlungsrückstände haben. Hier könnte Betroffenen mittels nachgehender Sozialarbeit ein Unterstützungsangebot unterbreitet werden oder im Zuge der Mahnschreiben, auf die Möglichkeit eines sozialarbeiterischen Angebotes hinweisen

Mit der Einrichtung eines gemeinde-internen Frühwarnsystems die Zahlungsrückstände betreffend, geht zum einen die Chance einher, dass sich keine hohen Rückstände über mehrere Monate ansammeln, andererseits durch die Kombination mit einem Unterstützungsangebot die Rückstände (schneller) abgebaut werden (return of investment).

Einsparungsmöglichkeiten sieht die Sozialarbeiterin vom Sozialamt (vgl. Interview 2010) durch eine regelmäßige und zeitgerechte Betreuung und damit eine Verhinderung von Krisen: *„Wir haben viele KlientInnen, bei denen wir sagen, wir würden uns viel Arbeit und das Land NÖ würde sich viel Geld ersparen, wenn es möglich wäre, sie laufend zu begleiten und dadurch einfach gewissen Katastrophen vorzubeugen, als beispielsweise jedes Jahr Delogierungsprävention zu machen und die Stromrechnung zu bezahlen“* (Interview Sozialamt 2010). Häufig werden mittels Einmalzahlungen einfach nur „Löcher gestopft“ (Ebda.). Solche Maßnahmen die ausschließlich einen Ausgleich des Mangels an ökonomischem Kapital zum Ziel hat, verhelfen – wie in Kapitel 4 ausgeführt wurde – nicht dazu, die Menschen in Eigenverantwortung zu entlassen.

Kommunalsozialarbeit ist eine Chance, Armut auf lokaler Ebene zu bekämpfen: Beratung und Begleitung (Netzwerkerweiterung Betroffener, Vermittlung an weitere Einrichtungen, Information über Ansprüche)

Gemeindesozialarbeit will die intergenerative Weitergabe von Defiziten durch präventive Maßnahmen und Projekte zu verhindern. So ist beispielsweise in Kooperation mit Mödlinger LehrerInnen, der SchuldnerInnenberatung, der Jugendberatungsstelle Waggon, etc. die Entwicklung eines Schul-Projekt zum adäquaten Umgang mit Geld vorstellbar.

Gemeindesozialarbeit ist die Chance, sich einen vollständigen Überblick über die lokale Helfelandschaft, die zuständigen AkteurInnen und deren Angebote zu verschaffen und diese Übersicht per Einarbeitung in eine Datenbank – auf Grundlage von Vernetzungstätigkeit – aktuell zu halten.

Gemeindesozialarbeit setzt sich für Sozialen Wandel ein: Im Unterschied zu Theorien, deren Fokus auf Inklusionsvermittlung, Exklusionsvermeidung und Exklusionsverwaltung (Bommes / Scherr 1996:95 zit.n. Trenkwald-Egger 2010:14f.) liegt, bringen Theorien Sozialer Arbeit, die sich auf menschliche Bedürfnisse beziehen meines Erachtens große Vorteile mit sich: Hierbei wird nämlich das sozialpolitische Mandat nachdrücklich betont. Theorien, die Soziale Arbeit über ihre gesellschaftliche Funktion definieren, agieren aus einem systemerhaltenden und – stabilisierenden Blickwinkel, was fatal ist, wenn das System fehlerhaft ist oder Schuld daran trägt, dass Bedürfnisse nicht befriedigt werden, wie dies für Mödling gezeigt wurde. Soziale Arbeit, die ihre Aufgabe über Bedürfnisse und deren Befriedigung sieht – wie das in der vorliegenden Arbeit, die an Ilse Artl's Tradition (siehe Kapitel

6.3.1) anknüpft - wird sich für einen sozialen Wandel einsetzen, um geeignete Rahmenbedingungen zur Absicherung der Bedürfnisse der KlientInnen zu schaffen.

Gemeindesozialarbeit kann den Ausgangspunkt für eine Verwaltungsreform im Sozialbereich darstellen:

GSA ist als ausbaufähige, erweiterbare Vision zu betrachten, die geeignet dazu ist, als Gatekeeper für den Sozialbereich zu fungieren. GemeindesozialarbeiterInnen könnten eine Schlüsselstellung einnehmen, um "die rasche und richtige Hilfe am richtigen Ort zur richtigen Zeit zu gewährleisten, sprich: um die KlientInnensteuerung zwischen den Versorgungsebenen zu übernehmen. Von dieser "Gatekeeper"- und "Lotsen-Funktion" wären signifikante Einsparungen im in unserem Hilfesystem sowie auch eine Verbesserung der Versorgungsqualität zu erwarten.

9.5.4 Risiken

Gemeindesozialarbeit ist u.a. von den Ressourcen (formellen Strukturen und MitarbeiterInnen) des Gemeindeamtes abhängig. Informationsweitergabe bzw. Wahrnehmung von Problemen und Weiterleitung an den Gemeindesozialarbeiter/die Gemeindesozialarbeiterin, ist Grundvoraussetzung für die Lokalisierung von Hilfebedarf.

Die Niederschwelligkeit des Gemeindeamtes ist in Frage zu stellen. Die Angst vor Stigmatisierung weil Betroffene am Amt jemanden treffen könnten, den sie kennen, ist ein Faktor den man bedenken muss. Dies ist zu umgehen, mit Hausbesuchen bzw. Treffen außerhalb des Amtes.

Bei guter Integration des Gemeindesozialarbeiters/der in der Stadt, kann „stets im Dienst“ zu sein aber auch die „Nähe“ zu KlientInnen mit Burnout-Gefährdung einhergehen. Supervision ist daher sicher zu stellen. *„Selbst wenn man privat unterwegs ist, kommen die Leute mit ihren Anliegen. Es ist völlig enthemmt. Ich kann nicht ins Bad gehen, nicht zum Bäcker gehen, im Urlaub kommen die Leute nach Hause, läuten an. Das ist wirklich teilweise sehr distanzlos“* (Interview Gemeindesozialarbeiterin 2010).

Kommunalsozialarbeit stellt durch kostenloses Beratungsangebot sowie durch Problemlösungen abseits des Marktes, Konkurrenz für andere AnbieterInnen dar. Zusammenarbeit möglich? (DienstleisterInnen, LebensberaterInnen, SeniorInnen-Organisationen).

Der Bedarf an Gemeindesozialarbeit ist nicht abschätzbar. Bei guter Netzwerkarbeit und Mundpropaganda, könnten die Kapazitäten eines/einer einzelnen GemeindesozialarbeiterIn zu gering sein.

Ein Risiko liegt in der möglichen Instrumentalisierung der Kommunalsozialarbeit seitens der Politik.

IV. EMPFEHLUNGEN

10. Implementierung professioneller Sozialarbeit in das Dienstleistungsangebot des Gemeindeamtes der Stadt Mödling als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge

In Anlehnung daran, dass – wie bei der Diskussion der Forschungsfragen und Hypothesen herausgearbeitet wurde – Bedarf seitens der Bevölkerung, Legitimationsgrundlagen und eine Vielzahl an Stärken und Chancen mit Gemeindesozialarbeit einhergehen, empfehle ich die Implementierung professioneller Sozialarbeit in das Dienstleistungsangebot des Gemeindeamtes der Stadt Mödling als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge.

10.1 Umsetzung

10.1.1 Anerkennung

Politischer Wille und damit das Bekenntnis zur Notwendigkeit von Gemeindesozialarbeit - als Antwort auf die Frage, wie Armut und soziale Ausgrenzung und damit verbundene soziale Problemlagen auf lokaler Ebene zu bekämpfen sind - ist die wichtigste Voraussetzung, Sozialarbeit auf Gemeindeämtern zu implementieren. Erforderlich hierfür ist – aus den bereits beschriebenen Gründen über deren Verantwortung (siehe Kapitel 5.2) und deren Potenzial (siehe Kapitel 5.3) - die Anerkennung der Kommune als wichtiges Instrument in diesem Kampf. Die Gemeinde Gumpoldskirchen nimmt hier eine Vorreiterrolle ein. Hier wurde bereits eine Sozialarbeiterin am Gemeindeamt beschäftigt – die Notwendigkeit wurde seitens der Lokalpolitik erkannt und dieser Rechnung getragen (vgl. Interview Gemeindesozialarbeiterin 2010).

10.1.2 Möglichkeiten der Anstellung

Für die die Implementierung von Gemeindesozialarbeit auf dem Mödlinger Gemeindeamt, gibt es zwei Möglichkeiten und setzt in beiden Fällen einen Beschluss des Gemeinderats voraus:

1. Es besteht die Möglichkeit, den Sozialarbeiter/die Sozialarbeiterin in den Gemeindedienst aufzunehmen,
2. eine andere Option wäre, den/die SozialarbeiterIn bei einer NGO zu beschäftigen, welche im Auftrag der Gemeinde Kommunalsozialarbeit verrichtet.

Hinsichtlich der Version der Gemeindesozialarbeit als NGO-Angebot äußert die Gumpoldskirchner Gemeindesozialarbeiterin ihre Bedenken: „*Gemeindesozialarbeit über eine NGO finde ich ganz schlecht. Es sollte im öffentlichen Bereich bleiben weil deutlich gemacht werden soll, es ist nicht irgendeine Gnade, es ist ein Rechtsanspruch. Die Gesellschaft soll sich ... dazu bekennen, so etwas zu machen. Irgendein Verein der vielleicht abhängig ist, das geht gar nicht*“ (Interview Gemeindesozialarbeiterin 2010). Sie plädiert dafür, dass Kommunalsozialarbeit im öffentlichen System tief verankert werden soll, weil es so etwas braucht und spricht sich dagegen aus, dass es sich bei diesem Angebot um eine „private“ Angelegenheit handeln soll (vgl. Ebda.).

Beide Varianten haben ihre Vor- und Nachteile:

Vorteile einer NGO sehe ich darin, dass die Gefahr der (politischen) Einflussnahme geringer ist als bei einem/r Gemeindebediensteten, der/die weisungsgebunden ist. Im Auftrag der Gemeinde zu arbeiten und nicht Teil der Behörde zu sein, kann den Vorteil haben, dass der Amts-Charakter wegfällt, mit dem Menschen häufig soziale Kontrolle assoziieren. Damit wird aber auch gleichzeitig an Autorität eingebüßt, die man als MitarbeiterIn des Gemeindeamts innehat. Hier kann der Amts-Charakter in der Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Ämtern hilfreich sein.

Hinzu kommt, dass bei der Verwirklichung von Gemeindesozialarbeit über NGOs ein entsprechendes Parteipolitikum nicht auszuschließen ist. So ist davon auszugehen, je nachdem welche Partei die lokale Regierung stellt, ein ihr nahe liegender Dienstleistungsanbieter den Zuschlag für die Ausführung von Kommunalsozialarbeit erhält. Dies ist eher auszuschließen, wenn parteiferne NGOs diesen Dienst anbieten.

10.1.3 Politische Legitimation

Um Gemeindesozialarbeit in Mödling einzuführen bedarf es einer Beschlussfassung politischer Gremien auf kommunaler Ebene:

Für die erste Variante, bei welcher der Kommunalsozialarbeiter/die Kommunalsozialarbeiterin als Bedienstete/Bediensteter der Gemeinde aufgenommen wird, muss zunächst ein entsprechender Dienstposten geschaffen werden. Aus meiner Erfahrung als Gemeinderätin, weiß ich, dass der Dienstpostenplan einmal jährlich – im Zuge der Budgetverhandlungen - gegen Jahresende für das Folgejahr überarbeitet und verhandelt wird. Im Zuge dessen muss – beispielsweise auf

Ansuchen des Stadtrates/der Stadträtin für Soziales - ein Dienstposten für eine/n GemeindesozialarbeiterIn von dem/der zuständigen Stadtrat/Stadträtin für Personal in den Plan aufgenommen werden. Der Dienstpostenplan wird in weiterer Folge im Personalausschuss diskutiert, von dort an den Stadtrat weiter geleitet, wo der Beschluss zur Weiterleitung an den Gemeinderat erfolgen muss, damit das Gremium des Gemeinderates darüber befinden kann. Bei der dortigen Abstimmung bedarf es einer einfachen Mehrheit um den Dienstpostenplan zu beschließen.

Zusätzlich würde ich einen Grundsatzbeschluss zur Durchführung von Kommunalsozialarbeit in der Stadt Mödling, der zunächst im Sozialausschuss diskutiert und letztlich auch dem Gemeinderat zur Abstimmung zugeführt wird, anstreben.

Bei der zweiten Variante, bei welcher Kommunalsozialarbeit im Auftrag der Gemeinde über eine NGO durchgeführt werden soll, sind die gleichen Instanzen – Ausschuss, Stadtrat und Gemeinderat – zu durchlaufen.

Die Finanzierung betreffend, wäre eine Kostenaufteilung zwischen Kommune, Land und Bund empfehlenswert.

Darüber hinaus habe ich weitere Empfehlungen an die Stadt Mödling zu richten:

11. Beobachtung der sozialen Entwicklung der Stadt

Die soziale Entwicklung der Stadt Mödling muss im Blick bleiben um auf Veränderungen rasch und effektiv reagieren zu können. Dazu ist erstens eine permanente Beobachtung der sozialen Szene und Information der Gemeindesozialarbeiterin/des Gemeindesozialarbeiters durch sozial Tätige notwendig, was in regelmäßigen Zusammenkünften geschehen soll (vgl. Soziales Leitbild siehe Anhang). Zweitens sollen Entwicklungen auch anhand von zur Verfügung stehenden Daten (z.B. Anzahl, Alter, Geschlecht der SozialhilfeempfängerInnen, Zahl junger Mütter, etc.) beobachtet, verglichen, daraus Schlüsse gezogen und Maßnahmen abgeleitet werden.

Dies ist im Übrigen ein Hinweis darauf, warum diese Aufgaben nicht ersatzweise von der Mödlinger Gemeindeschwester – so engagiert diese, die ihr übertragenen Aufgaben ausführt - übernommen werden, sondern der Gemeindesozialarbeit übertragen werden soll.

12. Social in all policies

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Armut brachte mir die Erkenntnis, dass sich komplexe Probleme nicht sektoral fragmentiert lösen lassen und, dass es immer der Beteiligung der Betroffenen sowie anderer relevanter AkteurInnen bedarf, um Lösungen nachhaltig zu gestalten. Hierbei geht es um die Herausbildung einer integrativen, sozialen Kommunalpolitik, ein Verständnis, welches einer Reduktion der Zuständigkeit für „das Soziale“ in „Sozialreferaten“ entgegensteht (vgl. Elsen 2004:7). Fragen des Wohnens, des Arbeitens, der Bildung und Kultur, der intergenerativen und interkulturellen Koexistenz und der Stadtentwicklung, sind soziale Fragen, die nur bezogen auf den konkreten Ort in integrierter Zusammensicht zu beantworten sind (vgl. Elsen 2004:1). Im sozialen Leitbild der Stadt Mödling (siehe Anhang 17.6) wird in dem Zusammenhang ein Gesamtleitbild mit Zielformulierungen für jedes politische Ressort anhand sozialer Gesichtspunkte gefordert.

13. Bekämpfung von Armut und sozialen Problemlagen in Mödling

Armut ist – wie gezeigt wurde – multidimensional und ihre Entstehung multifaktoriell. Deshalb sind die Instrumente zu ihrer Bekämpfung auch multidimensional anzulegen (vgl. Schenk 2009:9). Eine Vielzahl der in Abbildung 9 gezeigten und im Anschluss erläuterten Ursachen, sind auf Bundesebene zu lösen. Von Interesse sind für die Empfehlungen in der vorliegenden Arbeit, jene möglichen Maßnahmen und Lösungsansätze, die auf kommunaler Ebene bewerkstelligt und umgesetzt werden können.

Die Unterscheidung der Armutslagen verweist auch auf unterschiedliche Interventionsmöglichkeiten: Bei reinem Teilhabemangel können z.B. kostengünstige Wohnmöglichkeiten, Zuschüsse für regelmäßige Zahlungen wie Betriebskosten, Kinderbetreuung, etc. oder sozialarbeiterische Betreuung ein wirksames Mittel sein, um die Lebenssituation zu verbessern. Menschen in manifesten Armutslagen können sowohl von höheren Transfereinkommen als auch von geringeren Lebenskosten profitieren (vgl. BMSK 2009:249).

13.1 Unterstützung zur Bewältigung der Lebenssituation

Politische Interventionen konzentrieren sich in der Regel vor allem auf objektive Lebensbedingungen, wie unter anderem das Einkommen, den Arbeitsplatz oder

Kinderbetreuungseinrichtungen. Aber auch die bewusste Bewältigung der eigenen Lebenssituation, ist ein wesentliches Kriterium für die soziale Lage. Wenn eine Verschlechterung der materiellen Situation eine Erosion von sozialen Beziehungen zur Folge hat – es an sozialem und kulturellem Kapital mangelt - ist es plausibel, an der Stärkung sozialer Kompetenzen und Ressourcen zu arbeiten (vgl. BMSK 2009:250).

13.2 Wohnen in Mödling

13.2.1 Förderungen der Unabhängigkeit weiblicher BürgerInnen hinsichtlich des Grundbedürfnisses „Wohnen“

Um der Abhängigkeit vom Partner ein Stück entgegen zu wirken, um zu verhindern, dass Frauen in einer unglücklichen u.U. sogar gewalttätigen Beziehung ausharren, weil sie nicht wissen wohin sie gehen sollen, werden – wenn sich Paare um eine Gemeindewohnung bewerben - in Gumpoldskirchen Mietverträge nur mehr an die Frauen vergeben (vgl. Interview Gemeindesozialarbeiterin 2010). Dies halte ich für eine vernünftige Lösung und wäre für die Vergabe der Gemeindewohnungen der Stadt Mödling ebenfalls eine sinnvolle Strategie um Frauen unabhängiger zu machen und im Hinblick auf das Grundbedürfnis „Wohnen“ abzusichern.

13.2.2 Betreute Unterkünfte

Wenn es zu Notsituationen kommt, wo Mödlinger BürgerInnen von Wohnungslosigkeit bedroht sind, sollten Möglichkeiten zur Notunterbringung bestehen.

Vorstellbar wäre es, beispielsweise mit der Gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft Mödling eine Übereinkunft zu erzielen, die dem Gemeindeamt das Vergaberecht für eine bestimmte Anzahl an Wohnungen als Notunterkünfte zusichert, welche in entsprechenden Krisen-Fällen vergeben werden. Diese Maßnahme ist als Übergangslösung gedacht, Betroffene sollen nicht dauerhaft in der Unterkunft wohnen bleiben. Vorstellbar ist ein befristeter Aufenthalt während dessen Dauer, Personen Betreuungs- und Beratungsangebote durch die Gemeindesozialarbeiterin erfahren, um die Lebenssituation wieder zu normalisieren.

13.2.3 Kapitalausgleich

An den Beispielen Armut und Bildung, wurde die intergenerative Weitergabe von Defiziten und damit ChancenUNgleichheit, aufgezeigt. Dies soll durch präventive Maßnahmen und Projekte auf lokaler Ebene verhindert werden. So ist beispielsweise

in Kooperation mit Mödliner LehrerInnen, der SchuldnerInnenberatung, der Jugendberatungsstelle Waggon, etc. die Entwicklung eines Schul-Projekts zum adäquaten Umgang mit Geld vorstellbar.

13.3 Einrichtung eines gemeinde-internen Frühwarnsystems

Ich empfehle weiters, die Einrichtung eines gemeinde-internen Frühwarnsystems hinsichtlich Mietrückständen, sowie Rückständen bei Zahlungen für Kinderbetreuung (Kindergarten- und Hortbeiträge) und Gemeindeabgaben. Wenn Zahlungen zwei bis maximal drei Monate nicht erfolgen, sollte seitens der zuständigen Stelle eine Meldung an die Gemeindesozialarbeiterin/den Gemeindesozialarbeiter erfolgen, um Betroffenen ggf. Unterstützung anzubieten.

In Anbetracht geltender Datenschutzgesetze ist diese Vorgehensweise momentan rechtlich nicht gedeckt. Um dies zu umgehen wäre es überlegenswert, gleichzeitig mit den Mahnschreiben auf das sozialarbeiterische Unterstützungsangebot des Gemeindeamtes hinzuweisen oder aber, wenn Betroffene aufgrund der Rückstands zu einem Gespräch auf das Amt gebeten werden, ihnen vor Ort das Angebot einer sozialarbeiterischen Beratung zu unterbreiten. Erfahrungsgemäß sind KlientInnen dankbar für ein Hilfsangebot. Die Alternative wäre, zu warten, bis entweder der Leidensdruck Betroffener so groß ist, dass sie sich selbst Hilfe suchen, was u.U. damit endet, dass sie per Notaufhilfen seitens der Gemeinde oder einmaliger Zuwendungen seitens der BH unterstützt werden. Im schlimmsten aller Fälle kommt es zu Exekution oder Delogierung. Diese Alternativen verursachen aber ebenfalls Kosten, die entweder unmittelbar das Gemeindebudget betreffen, wenn es sich um Notaufhilfen handelt, es verursacht Kosten für Delogierungsprävention – sofern diese in Anspruch genommen wird, Kosten im Bereich der Justiz für die Veranlassung und Durchführung von Exekutionen und Delogierungen und nicht zuletzt kann sich durch den Verlust des Obdachs, Armut manifestieren und soziale Problemlagen verschärfen, was wiederum über einen entsprechenden Bedarf an das staatliche System (z.B.: Obdachlosenwohnheim, ...) zurückwirkt.

Abgesehen von den Vorteilen für die BürgerInnen, birgt dieses Frühwarnsystem auch Vorteile für die Kommune (siehe 9.5.3) u.a. besteht die Möglichkeit, dass sich Gemeindesozialarbeit durch dieses Frühwarnsystem refinanziert.

14. Best Practise

Es gibt bereits Städte und Gemeinden, die erkannt haben, welche Verantwortung der Kommune, ihrer Bevölkerung gegenüber, inne wohnt.

14.1 Gemeindesozialarbeit in Gumpoldskirchen

Das Beispiel der Gemeinde Gumpoldskirchen, die seit Mai 2008 (vgl. Interview Gemeindesozialarbeiterin 2010) eine Kommunalsozialarbeiterin beschäftigt, wurde in der vorliegenden Arbeit immer wieder heran gezogen, weshalb ich darauf nicht näher eingehen werde.

14.2 Soziale Kommunalpolitik in Wr. Neustadt

Als Beispiel für soziale Kommunalpolitik ist Wiener Neustadt erwähnenswert. Bürgermeister Bernhard Müller beschreibt Politik auf dieser Ebene als *„schwierig, spannend und ungemein schön zugleich. Schwierig, weil viele Probleme die in der Gemeinde spürbar werden, nur sehr schwer auf kommunaler Ebene gelöst werden können. Spannend, weil nur mit der Kommunalpolitik de facto alle Lebensbereiche abgedeckt werden. Und ungemein schön, weil man den Menschen in der Gemeinde direkt helfen und unter die Arme greifen kann“* (Müller o.A.).

Mit 1. Jänner 2009 wurde in Wr. Neustadt die „Plus Card“ als finanzielle Unterstützung an Wiener NeustädterInnen ausgegeben. Die Einkommensgrenzen für den Erhalt der Karte orientieren sich an den Richtlinien für die Befreiung von den Rundfunkgebühren. (vgl. Magistrat Wr. Neustadt 2009)

„Die „Plus Card“ beinhaltet folgende Leistungen ...: Freier Eintritt in die Freibäder, Freier Eintritt ins Stadtmuseum, kostenlose Zecken- und Grippeimpfung am Gesundheitsamt, Kostenlose Benützung der Stadtbücherei, günstigere ... [Busticket]s, 50% Ermäßigung auf alle Normaltarife für Eintritte in die „Aqua Nova“, 50 % Ermäßigung auf einen Kurs der Volkshochschule pro Semester, 50% Ermäßigung auf alle Stadt-Veranstaltungen im Stadttheater, 10% Ermäßigung auf alle Speisen und antialkoholische Getränke im Café-Bistro Kommunal, ... , Erlass des 40-Cent-Essensausgabebeitrages in Pflichtschulen und Kindergärten, EUR 1,- (statt 1,50) für die Morgen-Betreuung in den Pflichtschulen“ (Magistrat Wr. Neustadt 2009)

Neben den zahlreichen permanenten Leistungen, gibt es auch immer wieder Spezial-Aktionen (keine Mietanpassung bei Gemeindewohnungen, kostenlose Thermenwartung und diverse Zuschüsse) um Menschen mit geringem Einkommen zu unterstützen (vgl. Kommunale Information 2010:11). Nun kann man darüber diskutieren, ob es sich hierbei um Almosen handelt, oder nicht. Auffallend ist, dass sich die Angebote gezielt auf die zentralen gesellschaftlichen Bereiche – wie Wohnen, Gesundheit, Sozialkontakte, kulturelles Leben und Bildung, an welchen von Armut bedrohte oder betroffene oft nicht einmal in einem Mindestmaß teilhaben können - richten (vgl. Die Armutskonferenz 2009:2).

Ein weiterer wesentlicher Aspekt des Sozialpakets, das Wr. Neustadt geschnürt hat ist die Implementierung eines Sozialombudsmanns: *„...der diplomierte Sozialarbeiter Mag. (FH) Erich Fenninger [wird] ab dem Jahr 2009 als „Sozialombudsmann“ der Stadt Wiener Neustadt tätig sein ... Der Bundesgeschäftsführer der „Volkshilfe“ wird abseits von Politik und Verwaltung für alle sozialen Anliegen der Bevölkerung als Ansprechpartner zur Verfügung stehen (...). Erich Fenninger [wird] für die Wiener NeustädterInnen ein unabhängiger Partner in sozialen Fragen sein, die über das Tagesgeschäft des Sozialservices hinausgehen. Fenninger wird Beschwerden behandeln, Anregungen prüfen, Empfehlungen an die Politik und Verwaltung abgeben, Auskünfte erteilen und bei Konflikten vermitteln. Es wird alle 2 bis 3 Wochen eine Sprechstunde geben, deren Ort und Termine ... bekannt gegeben werden“* (Magistrat Wr. Neustadt 2008).

Diese beiden beispielgebenden Kommunen haben einen ambitionierten Schritt zur Entlastung und Unterstützung ihrer BürgerInnen gesetzt. In der vorliegenden Arbeit wurden von mir die Probleme der Stadt Mödling analysiert, und darauf basierend Handlungsempfehlungen abgegeben wie u.a. der Armutsbekämpfung als sozialpolitische Herausforderung auf lokaler Ebene vorzunehmen ist. Ich habe Verantwortung der Kommunen hervor gestrichen und gezeigt, dass Legitimation für Gemeindesozialarbeit als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge besteht. Nun sind die Verantwortlichen der Stadt Mödling am Zug.

15. Literaturverzeichnis

15.1 Bücher und Fachzeitschriften

Arlt, Ilse (1931): Sparsame Fürsorge. In: Soziale Arbeit 1-3 (28). Wien/Lepizig S.38-44.

Arlt, Ilse (1958): Wege zu einer Fürsorgewissenschaft. Wien.

Baecker, Dirk (1997): Helfen im Kontext eines Funktionssystems. In: Vogel, Hans-Christoph / Kaiser, Jana [Hg.] (1997): Neue Anforderungsprofile in der Sozialen Arbeit. Probleme, Projekte, Perspektiven. S. 41-54. Aachen.

Binder, Bruno (2002): Die Daseinsvorsorge der Gemeinde. S. 105 - 120. In: Österreichische Gemeindebund/Österreichischer Städtebund [Hrsg.] 40 Jahre Gemeindeverfassungsnovelle 1962. Aktuelle Rechtsfragen und Entwicklungen der kommunalen Selbstverwaltung. Wien.

Bienert, Christine (2006): „Die Kolonie war halt des tiefste in Mödling. Des ist heut nimmer.“ Alltag in der Mödlinger Arbeiterkolonie seit 1873. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie aus dem Fachgebiet Volkskunde. Wien.

Bobens, Claudia (2006): Das ExpertInneninterview. In: Flaker, Vito / Schmid, Tom [Hrsg.] (2006): Von der Idee zur Forschungsarbeit. Forschen in Sozialarbeit und Sozialwissenschaft. Wien – Köln – Weimar. S.319-332

Bourdieu, Pierre (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg.

Bourdieu, Pierre (1997): Ortseffekte. In: Bourdieu et al. (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz .S.159-167.

Bourdieu, Pierre (2001): Wie die Kultur zum Bauern kommt. Hamburg.

Brocke, Hartmut (2005): Soziale Arbeit als Koproduktion. In: Projekt „Netzwerke im Stadtteil“ [Hrsg.] (2005): Grenzen des Sozialraums. Kritik eines Konzepts – Perspektiven für Soziale Arbeit. Wiesbaden. S.235-260

Brocke, Hartmut (2007): Themenforum: Kinder- und Familienzentren und wo bleibt die Kommune. Handout für die Teilnehmer/-innen des Themenforums. Stiftung SPI (Sozialpädagogisches Institut Berlin) Didacta 2007, Entscheidungstag, 1. März 2007, Köln

Budde, Wolfgang / Früchtel, Frank (2006): Felder der Sozialraumorientierung – ein Überblick. In: Budde, Wolfgang / Früchtel, Frank / Hinte, Wolfgang [Hrsg.]: Sozialraumorientierung. Wege zu einer veränderten Praxis. Wiesbaden. S.27-50

Diekmann, Andreas (1995): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Hamburg.

Früchtel, Frank / Budde, Wolfgang (2006): Wie funktioniert fallunspezifische Ressourcenarbeit? Sozialraumorientierung auf der Ebene von Netzwerken. In: Budde, Wolfgang / Früchtel, Frank / Hinte, Wolfgang [Hrsg.]: Sozialraumorientierung. Wege zu einer veränderten Praxis. Wiesbaden, S. 201-218

Girard, Alain / Bastide, Henri (1963): La stratification sociale et la democratisation de l'enseignement.

Geml, Richard / Lauer, Hermann (2001): Das kleine Lexikon der Marketing-Forschung. Düsseldorf.

Hinte, Wolfgang (2004): Kunden, Klienten und Betroffene. Über den Umgang der Sozialbürokratie mit benachteiligten Milieus. Vortrag zur Absolventenfeier des Fachbereichs Soziale Arbeit an der Universität Bamberg.

Hinte, Wolfgang (2006): Geschichte, Quellen und Prinzipien des Fachkonzepts „Sozialraumorientierung“ (Einleitung). In: Budde, Wolfgang / Früchtel, Frank / Hinte, Wolfgang [Hrsg.]: Sozialraumorientierung. Wege zu einer veränderten Praxis. Wiesbaden. S. 7-26

Hinte, Wolfgang (2009): Arrangements gestalten statt erziehen. Methoden und Arbeitsfelder der Sozialraumorientierung. In: Kluschatzka, Ralf Eric / Wieland, Siegrid [Hrsg.] (2009): Sozialraumorientierung im ländlichen Kontext. Wiesbaden. S.15-38

Holoubek, Michael / Segalla, Patrick (2002): Instrumente kommunaler Daseinsvorsorge – Evaluierung und Fortentwicklung. In: Österreichische Gemeindebund/Österreichischer Städtebund [Hrsg.] 40 Jahre Gemeindeverfassungsnovelle 1962. Aktuelle Rechtsfragen und Entwicklungen der kommunalen Selbstverwaltung. Wien. S. 63-104

Kaiser, Jana (1997): Herausforderungen an die Profilierung Sozialer Arbeit. In: Vogel, Hans-Christoph / Kaiser, Jana [Hrsg.]: Neue Anforderungsprofile in der Sozialen Arbeit. Probleme, Projekte, Perspektiven. Aachen. S. 15-40.

Kern, Horst (1982): Empirische Sozialforschung. Ursprünge, Ansätze, Entwicklungslinien. München.

Kommunale Information – KI (2010): Plus Card statt Gießkanne. Informationszeitschrift des Verbandes sozialdemokratischer Gemeindevertreter in Niederösterreich. Ausgabe 4/September 2010. S.11

Kühl, Stefan / Strodtholz, Petra (2002): Methoden der Organisationsforschung. Ein Handbuch. Hamburg.

Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 4. Auflage. Basel.

Maiss, Maria (2009): Soziale Arbeit im Dienste der Ermöglichung substanzieller/ materieller Bedingungen von Freiheit und Wohllieben. In: Pantucek, Peter / Maiss, Maria [Hrsg.]: Die Aktualität des Denkens von Ilse Arlt. Wiesbaden. S. 61-74

Maturana, Humberto (1994). Was ist Erkennen? München

Pantucek, Peter (2009a): Das Dorf, der soziale Raum und das Lebensfeld. S. 39-53. In: Kluschatzka, Ralf Eric / Wieland, Siegrid [Hrsg.]: Sozialraumorientierung im ländlichen Kontext. Wiesbaden.

Pantucek, Peter (2009b): Institutionskritik, Individualisierung, Gesellschaft. Ilse Arlts Denken als Anregung. In: Pantucek, Peter / Maiss, Maria [Hrsg.] (2009): Die Aktualität des Denkens von Ilse Arlt. Wiesbaden. S.47-60

Pantucek, Peter (2010): Ilse Arlt – das Erbe? In: SiO – Soziale Arbeit in Österreich. Zeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung & Politik. Ausgabe 2/10. Wien. S. 8-11

Sander, Gudrun / Bauer, Elisabeth (2006). Strategieentwicklung kurz und klar. Das Handbuch für Non-Profit-Organisationen. Bern

Schmid, Tom (2006): Triangulation, Nutzwertanalyse und andere Methoden. In: Flaker, Vito / Schmid, Tom [Hrsg.] (2006): Von der Idee zur Forschungsarbeit. Forschen in Sozialarbeit und Sozialwissenschaft. Wien – Köln – Weimar. S. 435-452

Schmid, Tom (2009): Daseinsvorsorge – Möglichkeiten und Grenzen einer lokalen Agenda. In: Kluschatzka, Ralf Eric / Wieland, Siegrid [Hrsg.]: Sozialraumorientierung im ländlichen Kontext. S.73-97

Sorg, Richard (2005): Soziale Arbeit 2004. S. 39-63. In: Störch, Klaus [Hrsg.] (2005): Soziale Arbeit in der Krise. Perspektiven fortschrittlicher Sozialarbeit. Hamburg.

Steinhauser, Werner (2009): Ilse (von) Arlt als Begründerin der SozialarbeiterInneausbildung im Alten Österreich und Theoretikerin einer zu schaffenden Fürsorgewissenschaft. S. 37-46. In: Pantucek, Peter / Maiss, Maria [Hrsg.] (2009): Die Aktualität des Denkens von Ilse Arlt. Wiesbaden.

Stelzer-Orthofer, Christine (1993): Soziale Dienste. In: Bacher, Johann [Hrsg.] Handlungsfelder Kommunalen Sozialpolitik. Eine sozialwissenschaftliche Fallstudie am Beispiel Wels. Linz. S. 129-160.

Trenkwalder-Egger, Andrea (2010): Bedürfnisorientierte Theorien Sozialer Arbeit und die Frage nach dem „guten Leben“ – Auch heute aktuell? In: SiO – Soziale Arbeit in Österreich. Zeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung & Politik. Ausgabe 2/10. Wien. S. 12-15

Weber, Karl (2002): Gemeindeaufgaben. In: Österreichische Gemeindebund/Österreichischer Städtebund [Hrsg.] 40 Jahre Gemeindeverfassungsnovelle 1962. Aktuelle Rechtsfragen und Entwicklungen der kommunalen Selbstverwaltung. Wien. S.31-62

15.2 Internetquellen

Arbeitsübereinkommen ÖVP / Grüne (2010): Arbeitsübereinkommen (inhaltliche Vereinbarungen).

www.die-gruenen-moedling.at/fileadmin/media/verschiedenes/Arbeitsuebereinkommen_oevp_und_gruene.pdf 20.07.2010

BAG – Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt (o.A.): Wir über uns.
www.freiewohlfahrt.at/s2 15.09.2010

Baumgart, Franzjörg [Hrsg.](1997): Theorien der Sozialisation. S. 217-231.
www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/5998/pdf/Pompey_Psychoziale_Aspekte.pdf
15.09.2010

BMASK – Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz (2009a): Sozialbericht 2007 – 2008. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen.
www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/4/5/5/CH0107/CMS1232705650368/sozialbericht_mitcover.pdf 18.09.2010

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz [Hrsg.](2009b): Sozialpolitische Studienreihe. Band II. Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008. Eingliederungsindikatoren.
www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/5/8/4/CH0104/CMS1218527491861/studienreihe_-_armutsgefaehrung_in_oesterreich.pdf 18.09.2010

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2010): Bedarfsorientierte Mindestsicherung.
www.bmask.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH1018 24.09.2010

Bosancic, Sasa (2007): Theorie der Praxis: Habitusstheorie. Universität Augsburg-
www.philso.uni-augsburg.de/lehrstuehle/soziologie/sozio1/medienverzeichnis/Bosancic_SS_07/STHO_Bourdieu1.pdf 30.08.2010

Budde, Wolfgang / **Früchtel**, Frank (2005): Sozialraumorientierte Soziale Arbeit – ein Modell zwischen Lebenswelt und Steuerung.
Erschienen im Nachrichtendienst des Deutschen Vereins (NDV), 7/2005, S. 238 – 242 und 8/2005, S. 287 – 292
www.petrakellystiftung.de/fileadmin/user_upload/newsartikel/PDF_Dokus/Budde_Fruechteln_SozialraumorientierteSozialeArbeit.pdf 01.08.2010

Diakonie (o.A.): Betreuungsstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Mödling.
<http://fluechtlingsdienst.diakonie.at/goto/de/was/betreuung-von-jugendlichen/betreuungsstelle-moedling/besondere-aktivitaeten> 15.09.2010

Die Armutskonferenz (2009): Armut in Österreich. Überblick 2009. Armut in Österreich Netzwerk gegen Armut und Ausgrenzung.
www.armutskonferenz.at/index.php?option=com_docman&task=cat_view&gid=20&Itemid=69 15.07.2010

Elsen, Susanne (2004): Sozialräumlich Arbeiten – Ein neuer Weg zwischen Bedürfnisorientierung und Ressourcenknappheit? am 28.9. 2004
<http://w3-o.hm.edu/fb11/Lehrmaterial/Elsen/Download/PROVBOZ.pdf> 01.09.2010

Frost-Ebinger, Silvia (2010): Der Sozialdienst des Universitätsspitals Zürich als Wertschöpfungs-Center. Masterthesis. Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften Departement Soziale Arbeit
<http://pd.zhaw.ch/hop/1911769809.pdf> 17.09.2010

Früchtel, Frank / **Budde**, Wolfgang (2006): Wie funktioniert fallunspezifische Ressourcenarbeit? Sozialraumorientierung auf der Ebene von Netzwerken. In: Budde, Wolfgang/Früchtel, Frank/Hinte, Wolfgang [Hrsg.] (2006): Sozialraumorientierung – Wege zu einer veränderten Praxis. Wiesbaden.
http://sozialwesen.fh-potsdam.de/fileadmin/FB1/user/fb1Fruechtel/Dateien/Wie_funktioniert_fallunspezifische_Ressourcenarbeit.pdf 18.08.2010

Hartinger, Birgit (2009): Wohnen „inklusiv“. Handlungsforschung zum Ausbau ambulant unterstützter Wohnformen für Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung. Diplomarbeit. Universität Wien.
http://othes.univie.ac.at/3632/1/2009-02-05_0303206.pdf 21.09.2010

Hasenöhrl, Ute (o.A.): Zivilgesellschaft, Gemeinwohl und Kollektivgüter. Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und Politische Mobilisierung in Europa“ Forschungsschwerpunkt Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
<http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/2005/iv05-401.pdf> 23.09.2010

Hinte, Wolfgang (2001): Lebenswelten gestalten oder Fälle verwalten – Wohin steuert die Jugendhilfe? Festvortrag anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Kinderschutz und Mutterschutz e.V. am 03. März 2001.
www.kinderschutz.de/local/media/File/hinte_01.pdf 06.08.2010

Hinte, Wolfgang (2008): Erzieherische Hilfen zwischen Ökonomie, Recht, Medien und Sozialer Arbeit. Institutslecture vom 05.12.2008. Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung. FH St. Pölten.
<http://inclusion.fhstp.ac.at/veranstaltungen/lecture-hinte/> 28.04.2010

Hohm, Hans-Jürgen (2003): Urbane, soziale Brennpunkte, Exklusion und soziale Hilfe.
http://books.google.de/books?id=VzuL_TeogVUC&pg=PA37&lpg=PA37&dq=%22Sozialer+Brennpunkt%22&source=web&ots=h9liu7lp9K&sig=dE6IMCb6ZQGVs-9_aO5h6Br-Vso&hl=de#PPA38,M1 20.09.2010

IFSW - International Federation of Social Workers (2000): Neue Definition von Sozialarbeit.
www.sozialarbeit.at/images/MEDIA/documents/definition-international.pdf 20.09.2010

Magistrat Wiener Neustadt (2008): Bürgermeister Müller präsentiert „Plus Card & Senior Card“. Presseaussendung Wr. Neustadt am 18.11.2008. Wiener Neustadt @Ilzeit online. Homepage des Magistrats der Stadt Wiener Neustadt.
www.wiener-neustadt.gv.at/p-6067.html gefunden am 11.07.2010 18.08.2010

Magistrat Wiener Neustadt (2009): Schulstarthilfe für „Plus Card“-InhaberInnen. Presseaussendung Wr. Neustadt am 14.08.2009. Wiener Neustadt @Ilzeit online. Homepage des Magistrats der Stadt Wiener Neustadt.
www.wiener-neustadt.gv.at/p-6067.html 11.07.2010

Müller, Bernhard (o.A.): Die neue „PLUS CARD“. Kleines Einkommen - große Hilfe! Informationsbroschüre der Stadt Wr. Neustadt zur Plus Card. Wiener Neustadt @Ilzeit online. Homepage des Magistrats der Stadt Wiener Neustadt.
www.wiener-neustadt.gv.at/p-6106.html 09.07.2010

Nestvogel, Renate (o.A.): Pierre Bourdieu: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Studienbereich C – Sozialer Wandel und Sozialisationstheorien. Universität Duisburg Essen.
www.uni-due.de/imperia/md/content/nestvogel/04bourdieu.pdf 19.09.2010

NÖ Dorf- und Stadterneuerung (o.A.): Stadterneuerungskonzept Mödling.
www.moedling.at/stadtentwicklung/konzept_moedling06.pdf 01.08.2010

NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie [Hrsg.] (2004): NÖ Gemeindeordnung. Kommentar mit eingehender Erläuterung und Verarbeitung der Rechtsprechung nach dem Stand 1. Oktober 2002
www.hufnagel.co.at/Archiv_GO%20Stand%206%204.pdf 12.03.2010

onlineLehrbuch Zivilrecht (o.A.): VI. Bittleihe / Prekarium. Universität Innsbruck.
www.uibk.ac.at/zivilrecht/buch/kap3_0.xml?section-view=true;section=3 15.09.2010

Pantucek, Peter (2004): Sie haben ein Problem. Soziale Arbeit als Form des Regierens. Debatte zwischen Peter Pantucek und dem Philosophen Ljubomir Bratic über Kontrollmechanismen und -technologien in der Sozialen Arbeit im März 2004. In: FH St.Pölten GmbH. (Hg.) (2004): Der gläserne Mensch – Europäisierung, FACTS Band 2. Böhlau Verlag Wien, 35-50
www.sozialarbeit.at/archiv.php?documents=true&filter=6 21.07.2010

Pantucek, Peter (2007): Soziale Arbeit und der gesellschaftliche Raum: Verwaltung oder Ermutigung des Sozialen? Referat auf der Fachtagung "Sozialraum oder Sozialräumung?" der Equal-Entwicklungspartnerschaft Donau – Quality in Inclusion. St. Pölten, 15. März 2007
www.pantucek.com/texte/200703sozialraum_stp/soziales_raum.html 21.07.2010

Republik Österreich (2008): Regierungsprogramm 2008-2013. Gemeinsam für Österreich. Bundeskanzleramt Österreich.
www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32965 15.07.2010

Scheele, Karin (2010): Ab sofort auch Schuldnerberatung im Bezirk Mödling. Homepage LRin Karin Scheele.
www.karinscheele.at/?pid=6471&id=48424 24.08.2010

Schenk, Martin (2009): Zwischen Workless Poor und Working Poor. Vortrag. 29.Oktober 09. „Beschäftigung mit Arbeit“ – Integrativer Arbeitsmarkt. FAB- Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung.

www.fab.at/static_files_fab_relaunch/media/dokumente/REFERAT_Schenk.pdf
15.07.2010

Schüller, Andrea (o.A.): Aspekte autonomiefördernder Altenbetreuung im Spannungsfeld von Individuum und Organisation.

www.organisationen-beraten.net/upload/Autonomiefoerdernde_Altenbetreuung_im_Spannungsfeld_von_Individuum_und_Organsisation..pdf 21.09.2010

Statistik Austria: Ein Blick auf die Gemeinde

www.statistik.at/blickgem/gemDetail.do?gemnr=31717&gemnam=Mödling
31.05.2010

Statistik Austria (2001a): Räumliche Angaben über Österreich

Statistik Austria (2001b): Arbeitsstättenzählung

www.statistik.at/blickgem/az1/g31717.pdf 31.05.2010

Statistik Austria (2006a): Probezählung 2006: Schulpendler

www.statistik.at/blickgem/pz6/g31717.pdf 31.05.2010

Statistik Austria (2006b): Probezählung 2006: Arbeitsstätten

www.statistik.at/blickgem/pz8/g31717.pdf 31.05.2010

Statistik Austria (2008): "Armut in Österreich: Zahlen, Daten, Fakten"

www.2010gegenarmut.at/cms/2010GA/attachments/9/4/8/CH0894/CMS1263997268242/referat_till-tentschert_.pdf 17.09.2010

Storch, Jochen (2006): Bourdieus Kapitalsorten und die Auswirkungen auf schulische Bildung. Seminararbeit

http://www2.ibw.uni-heidelberg.de/~gerstner/storch_bourdieu.pdf 31.08.2010

Verein Frauenservice Graz (o.A.): Frauen verdienen mehr! Traumberuf – kein Berufstraum. Warum die Berufswahl über das Einkommen entscheidet.

www.frauenservice.at/index.php?option=content&task=view&id=376&Itemid=199&lang=de 25.09.2010

WKO – Wirtschaftskammer Österreich (2009): Lehrlinge nach Sparten 2009

<http://wko.at/statistik/jahrbuch/Lehrling2.pdf> 18.09.2010

16. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: SWOT-Analyse

Quelle: www.excelsia.ch/htmlgb/blog/images/swot-analysis-image.png
04.09.2010

Abbildung 2: Die drei Kapitalarten nach Bordieu

Quelle: Storch 2006

Grafik: eigene Darstellung

Abbildung 3: Lage Mödling (Stadt, Bezirk, Bundesland)

Quelle: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/2/2d/Gemeinden_im_Bezirk_Moedling.png 08.09.2010

Abbildung 4: Lage Mödling

Quelle: http://maps.google.at/maps?um=1&hl=de&rlz=1T4ADB deAT296AT297&q=m%C3%B6dling&ie=UTF-8&ei=vOaqTNvtGYrJswbSr7idBA&sa=X&oi=mode_link&ct=mode&ved=0CA8Q_AU 08.09.2010

Abbildung 5: Top 5-Herkunftsländer von MödlingerInnen mit Nicht-Österreichischer Staatsbürgerschaft

Quelle: Meldedaten per 31.05.2010

Grafik: Eigene Darstellung

Abbildung 6: Bevölkerungsveränderung in Mödling seit 2001

Quelle: Statistik Austria 2001

Meldedaten per 31.05.2010

Grafik: Eigene Darstellung

Abbildung 7: Mödlinger Stadtteile und Grundstückspreise

Quelle: Mödlingplan: <http://moedling.map2web.eu/> 20.07.2010

Grundstückspreise: www.gewinn.com/immobilien/preisuebersichten/niederoesterreich/ 24.07.2010

Grafik: Eigene Darstellung

Abbildung 8: Soziale Brennpunkte nach Angaben der InterviewpartnerInnen
IP-00 bis IP-06

Quelle: Mödlingplan: <http://moedling.map2web.eu/> 20.07.2010

Grundstückspreise: www.gewinn.com/immobilien/preisuebersichten/niederoesterreich/ 24.07.2010

Brennpunkte: ExpertInneninterviews IP-00 bis IP-06

Grafik: Eigene Darstellung

Abbildung 9: Ursachen und Folgen von Armut

Quelle: AMS 2009
Die Armutskonferenz 2009
BMASK 2008

Grafik: Eigene Darstellung

17. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Armutslagen

Quelle: Statistik Austria 2008

Tabelle 2: Arbeitslosendaten Mödling im Jahresdurchschnitt 2004 bis 2009

Quelle: AMS: <http://iambweb.ams.or.at/ambweb/AmbwebServlet?trn=start>
02.09.2010

Tabelle 3: Armutslagen in Mödling

Quelle: Statistik Austria 2008

Tabelle 4: Mandatsverteilung nach den Gemeinderatswahlen 2010

Tabelle 5: Grundstückspreise in Mödling je m²

Quelle: www.gewinn.com/immobilien/preisuebersichten/niederoesterreich/
24.07.2010

18. Anhang

18.1 Methodik

18.1.1 Teilnehmende Beobachtung

Zunächst galt es abzuklären, ob die Tätigkeiten der Gemeindeschwester der Sozialarbeit zuzuordnen sind.

Als Forscherin nahm ich daher am beruflichen Alltagsleben der MitarbeiterInnen – in erster Linie aber dem Berufsalltag der Gemeindeschwester – teil und kombinierte Beobachtung mit Befragung, wobei die Kombination der beiden Methoden die Gültigkeit der ermittelten Daten und Befunde absichern sollte. Die Beobachtung war wenig strukturiert und von unterschiedlichen Graden und Arten der Teilnahme geprägt (vgl. Lamnek 2005:548f.).

Während die Beobachtung zur Feststellung von Verhaltensweisen eingesetzt wurde, diente die Befragung der Ermittlung von Information, Einstellungen, Meinungen, Gefühlen, Vorstellungen und Verhaltenserwartungen (vgl. Lamnek 2005:552).

Mit Augenmerk auf die Tätigkeit der Gemeindeschwester ging es u.a. darum, das Klientel zu erforschen, welche Problemlagen und Hilfebedarfe es aufweist und Interaktionsmuster und die Hilfeleistung in den Blick zu nehmen. Mögliche KooperationspartnerInnen zu erkennen und Hürden und Probleme ihrer Arbeit ausfindig zu machen, war ebenfalls Ziel der Beobachtung. Zudem sollte die Frage geklärt werden, warum keines der vorhandenen lokalen Hilfeangebote die Bedürfnisse ihrer KlientInnen vollständig abzudecken vermag.

18.1.2 Literaturrecherche

Schon während der Zeit der Beobachtung aber besonders danach, fand in einem weiteren Schritt eine intensive Literaturrecherche statt. Es galt allgemein die Frage zu klären, warum trotz einer Vielzahl an Hilfsangeboten Menschen dennoch unversorgt bleiben und welche Rolle, Funktion und Verantwortung Kommunen inne haben.

Da sich im Zuge der Beobachtung und damit einhergehenden Befragung immer wieder zeigte, dass vor allem von Armut betroffene Menschen zum Klientel der Gemeindeschwester gehören, fand auch damit eine Auseinandersetzung statt.

Sowohl Beobachtung und Befragung als auch die damit einhergehende Literaturrecherche lieferten immer wieder Hinweise, sich intensiver mit dem

Themengebiet der Sozialraumorientierung, mit Ilse Arlt und Pierre Bordieu zu beschäftigen.

18.1.3 Auswertung der teilnehmenden Beobachtung

Anhand der Protokolle, die bei der teilnehmenden Beobachtung erstellt wurden, wurden zu bestimmten Themen Kategorien gebildet. Die charakteristischen Elemente der einzelnen Themen wurden herausgearbeitet. Im Mittelpunkt des Interesses stand das Betätigungsfeld der Gemeindeschwester: Die Frage danach, welche KlientInnen sie betreut, welcher Hilfebedarf besteht, wodurch sie in die Betreuung eintritt, ob und welche KooperationspartnerInnen es gibt, ob Betreuung durch andere Einrichtungen stattfindet oder nicht und ob Betreuung durch das Umfeld stattfindet oder nicht, wurden zusammengestellt.

18.1.4 Auswertung der Interviews und des Mappings

Die Interviews wurden nach Einholung des Einverständnisses der InterviewpartnerInnen digital aufgezeichnet und im Anschluss transkribiert. Wichtig hierbei war in erster Linie der Informationsgehalt und nicht die wortwörtliche Aussage der Interviewten, wobei letzteres auch in der vorliegenden Arbeit Platz findet. Die Fragen samt zugehöriger Antworten aller Interviewten wurden in eine Matrix (siehe Anhang) übertragen und einander gegenüber gestellt. Die sozialen Brennpunkte, welche die InterviewpartnerInnen gemäß ihrer Erfahrung markierten wurden ebenfalls einem Vergleich unterzogen und in eine Karte eingetragen.

18.2 Interviewleitfaden für die ExpertInneninterviews

Datum:.....2010

- 1) Name der Einrichtung:
- Gemeindeschwester
 - AMS
 - Sozialamt (BH)
 - Hausverwaltung (Mödling Wohnen GmbH)
 - BG – Gerichtsvollzieher
 - Feuerwehr
 - Gemeindesozialarbeiterin
- 2) Sozialarbeiterisches Feld? Ja Nein

3) Wie viele Sozialarbeiter sind beschäftigt?

Nähere Beschreibung zu Person und/oder Tätigkeit

- Was ist die Aufgabe der Einrichtung in der sie beschäftigt sind? Was ist Ihre Aufgabe?

Welche Art von Schulden haben die KlientInnen (Schuldnerberatung, BG)?

- Wie kommen sie zu ihrem Klientel?

In meiner Diplomarbeit beschäftige ich mich u.a. mit dem Thema Armut.

- Wie wichtig ist das Thema Armut in ihrem Tätigkeitsbereich?
- Ist Armut erkennbar? Wenn ja, wodurch?
- Zurück zu ihrem Tätigkeitsbereich - Was schätzen sie, was könnte die Ursache für die Verschuldung/Arbeitslosigkeit/Hilfebedürftigkeit sein?
- Können sie Betroffene an bestimmten Merkmalen festmachen? (Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Beruf)
- Ist es ihnen möglich, die betroffenen Menschen in bestimmten Bereichen der Stadt Mödling verorten (bestimmte Wohnquartiere, Straßenzüge, Grätzeln,..)? (Mödlingplan) Wenn ja, woran glauben Sie, liegt das?
- Wie lange haben sie mit den Betroffenen zu tun?
- Konnten sie beobachten, dass innerhalb einer Familie – z.B. die nachfolgende Generation – ähnliche Probleme auftreten? Wenn ja, woran könnte das ihrer Meinung nach liegen?

- Haben die Menschen - mit denen sie zu tun haben- noch andere Probleme?
Wenn ja welche?
- Wie wird mit diesen Problemstellungen seitens ihrer Einrichtung umgegangen?
Sehen sie sich zuständig? Können sie helfen? Wenn ja, wobei und in welcher Form?
Wobei können sie nicht helfen und warum nicht?
- Gibt es Einrichtungen/Behörden mit denen sie kooperieren?
Wenn ja, mit welchen?
Wenn nein, warum nicht?
- Wieviel davon passiert formell und informell?
- Würden sie sagen, dass es gemäß ihrer Erfahrung Problemlagen bzw. Hilfebedarf von KlientInnen gibt, der nicht abgedeckt werden kann? Wenn ja, was sind das für Probleme bzw. Bedürfnisse? Warum kann niemand helfen?
- Was würden sie sich in dem Zusammenhang wünschen?
- Wie müsste die Hilfeleistung ihrer Meinung nach gestaltet sein, damit die Hilfesuchenden optimal betreut sind?
- Wer könnte eine derartige Hilfe am besten verwirklichen?
- Müssten für ein derartiges Hilfeangebot neue Rahmenbedingungen geschaffen werden?
- Würde so eine Hilfe eine Änderung für sie und ihre Einrichtung bedeuten?
- Angenommen man könnte eine ganzheitliche(re) KlientInnenbetreuung anbieten, können sie sich vorstellen, dass sie sich mit ihrer Einrichtung daran beteiligen und wenn ja in welcher Form wäre das für sie denkbar?

18.3 Matrix 1

Gegenüberstellung der Antworten aus den ExpertInneninterviews

	Gerichtsv. 1	Gerichtsv. 2	Hausverw.	Sozialamt	AMS	FF	GSA
Aufgabe der Einrichtung / Zielgruppe							
Welche Art von Schulden haben die KlientInnen							
Zugang zum Klientel?							
Wichtigkeit von Armut im jew. Tätigkeitsbereich?							
Ist Armut erkennbar? Wodurch?							
Ursache für Verschuldung/Arbeitslosigkeit/Hilfebedürftigkeit							
Merkmale Betroffener (Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Beruf)?							
Soziale Brennpunkte? Ursachen hierfür?							
Wie lange haben sie mit den Betroffenen zu tun?							
Problemweitergabe innerhalb einer Familie – z.B. die nachfolgende Generation? Wenn ja, woran könnte das ihrer Meinung nach liegen?							
Haben die Menschen - mit denen sie zu tun haben - noch andere Probleme? Wenn ja welche?							
Umgang mit diesen Problemstellungen seitens der jew. Einrichtung? Sehen sie sich zuständig? Können sie helfen? Wenn ja, wobei und in welcher Form? Wobei können sie nicht helfen und warum nicht?							

Gibt es Einrichtungen/Behörden mit denen sie kooperieren? Wenn ja, mit welchen? Wenn nein, warum nicht?							
Wieviel davon passiert formell und informell?							
Würden sie sagen, dass es gemäß ihrer Erfahrung Problemlagen bzw. Hilfebedarf von KlientInnen gibt, der nicht abgedeckt werden kann? Wenn ja, was sind das für Probleme bzw. Bedürfnisse? Warum kann niemand helfen?							
Was würden sie sich in dem Zusammenhang wünschen?							
Wie müsste die Hilfeleistung ihrer Meinung nach gestaltet sein, damit die Hilfesuchenden optimal betreut sind							
Wer könnte eine derartige Hilfe am besten verwirklichen?							
Müssten für ein derartiges Hilfeangebot neue Rahmenbedingungen geschaffen werden?							
Würde so eine Hilfe eine Änderung für sie und ihre Einrichtung bedeuten?							
Angenommen man könnte eine ganzheitliche(re) KlientInnenbetreuung anbieten, können sie sich vorstellen, dass sie sich mit ihrer Einrichtung daran beteiligen und wenn ja in welcher Form wäre das für sie denkbar?							

18.4 Matrix 2

Auswertung der teilnehmenden Beobachtung im Hinblick auf das Handlungsfeld der Gemeindeschwester der Stadt Mödling

Rahmenbedingungen der KlientInnen	Hilfebedarf	Eintritt in die Betreuung	Kooperationen im Zuge der Betreuung	Hilfestellung / durch Einrichtungen	Betreuung durch Umfeld
Körperl. Beeinträchtigung/ Behinderung	Beratung (über Möglichkeiten finanzieller Zuwendungen, Pflege,...)	Äußerung des Hilfebedarfs von den KlientInnen vor Ort pers./tel.	Behörden (Sozialamt, Bundessozialamt, Land)	Nicht möglich weil kein Angebot vorhanden	Nicht möglich weil keine Familie oder Kontaktabbruch zu dieser
Psychische Erkrankung/Sucht	Betreuung (über längeren Zeitraum hinweg hinsichtlich Finanzen etc...)	Äußerungen des Hilfebedarfs durch 3.	Gericht (RichterInnen im Zuge von Sachwalterschaftsverfahren)	Nicht möglich weil keine ausreichende Indikation	Nicht möglich weil in Isolation lebend
Alter	Begleitung (wenn erforderlich zu Ämtern, Behörden, ÄrztInnen)	Im Zuge der offenen Fürsorge (Hausbesuch – visuell, verbal)	SachwalterInnen (Notare, Juristen, SozialarbeiterInnen)	Nicht möglich weil Kl. Ablehnen	Nicht möglich weil Ablehnung seitens der Kl
Armut	Finanzielle Unterstützung (SH-Antrag, Notaushilfe, Pflegegeld,...)	Beginnend mit Beratung	AnbieterInnen sozialer Dienstleistungen (Vilkshilfe, Hilfswerk)	Möglich aber nicht leistbar	Nicht möglich weil Ablehnung seitens des Umfelds
	CM	Beschwerden des Umfelds	Amtsärztin	Findet statt aber nicht zufrieden stellend	Findet statt ist aber nicht ausreichend
	„Beschwerdestelle“ Aufzeigen von Problemen		Polizei	Findet statt aber nicht ausreichend	Möglich, ist aber mit Vorsicht zu genießen
	Vermittlung von Hilfe (Anregung v. Sachwalterschaft,		Abteilungen der Gemeinde	Findet statt, ist aber mit Vorsicht auf die Ressourcen der Kl. Zu beobachten	Findet statt, ist aber mit Vorsicht zu genießen
			Hausverwaltung (bei Gemeindewohnungen)		

			Banken		
			Privatpersonen		
			Vereine		

18.5 Analyse der Mödlinger Bevölkerung

18.5.1 Bevölkerungsstruktur Mödling

Geschlecht – Staatsbürgerschaft – Wohnsitzqualität – Altersgruppe (allgemein und nach nicht Ö Staatsbürgerschaft)

Bevölkerung Mödling (Stadt) per 31.05.2010

Merkmal		Ges.	männl.	weibl.	Inl.	Ausl.	HW (Hauptwohnsitz)	OW (Zweitwohnsitz)	NW ()	Summe Altersgr. m. HW
Alter 2010	Geburtsjahr	23142	10950	12192	20309	2833	20492	2644	6	
105	1905	1	0	1	1	0	1	0	0	653
104	1906	1	0	1	1	0	1	0	0	
103	1907	0	0	0	0	0	0	0	0	
102	1908	1	0	1	1	0	1	0	0	
101	1909	3	1	2	3	0	3	0	0	
100	1910	3	1	2	3	0	2	1	0	
99	1911	9	2	7	9	0	9	0	0	
98	1912	5	1	4	5	0	5	0	0	
97	1913	11	2	9	11	0	11	0	0	
96	1914	11	4	7	11	0	10	1	0	
95	1915	11	2	9	10	1	11	0	0	
94	1916	28	6	22	28	0	27	1	0	
93	1917	22	4	18	22	0	22	0	0	
92	1918	23	3	20	23	0	21	2	0	
91	1919	34	11	23	33	1	34	0	0	
90	1920	64	14	50	61	3	55	8	1	
89	1921	75	18	57	73	2	68	7	0	
88	1922	90	24	66	89	1	83	7	0	
87	1923	93	28	65	92	1	85	8	0	

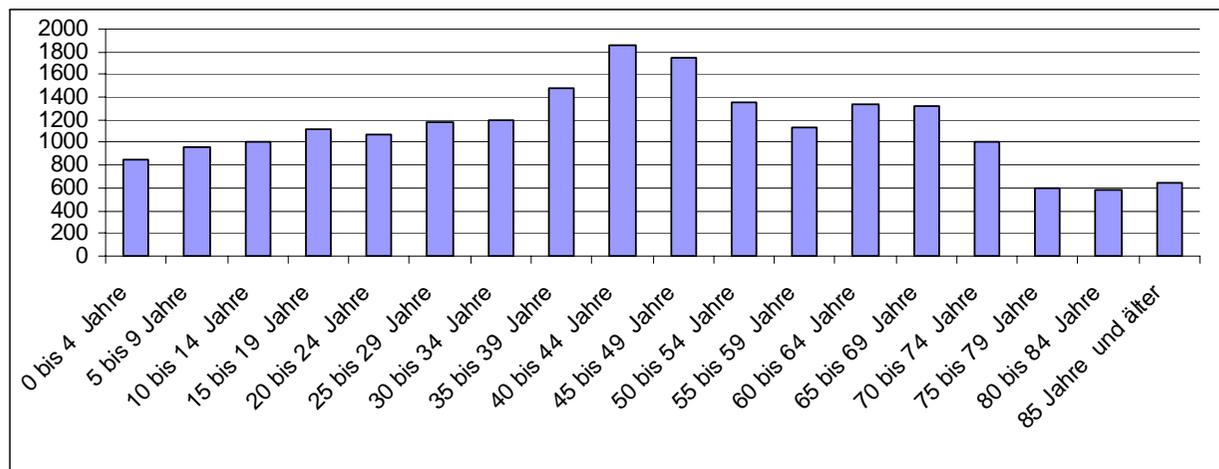
86	1924	115	22	93	112	3	106	9	0	Sum.Ausl.
85	1925	110	32	78	107	3	98	12	0	15
84	1926	112	37	75	110	2	107	5	0	586
83	1927	124	47	77	119	5	111	13	0	
82	1928	118	42	76	116	2	109	9	0	
81	1929	145	55	90	140	5	131	14	0	
80	1930	145	60	85	140	5	128	17	0	19
79	1931	131	51	80	127	4	115	16	0	606
78	1932	135	60	75	127	8	127	8	0	
77	1933	134	61	73	129	5	121	13	0	
76	1934	112	49	63	103	9	99	13	0	
75	1935	151	79	72	141	10	144	7	0	36
74	1936	135	63	72	129	6	123	12	0	1004
73	1937	147	66	81	138	9	133	14	0	
72	1938	173	70	103	161	12	156	17	0	
71	1939	327	144	183	317	10	292	35	0	
70	1940	316	145	171	293	23	300	15	1	60
69	1941	344	153	191	330	14	318	26	0	1330
68	1942	299	130	169	281	18	274	25	0	
67	1943	298	139	159	282	16	268	30	0	
66	1944	282	136	146	268	14	257	25	0	
65	1945	242	93	149	226	16	213	29	0	78
64	1946	285	132	153	250	35	258	27	0	1345
63	1947	351	166	185	317	34	315	36	0	
62	1948	285	116	169	248	37	259	26	0	
61	1949	281	142	139	249	32	245	36	0	
60	1950	289	130	159	240	49	268	21	0	187
59	1951	241	118	123	207	34	211	30	0	1140
58	1952	248	126	122	197	51	213	25	0	

57	1953	249	123	126	215	34	221	28	0	185
56	1954	298	145	153	263	35	258	40	0	
55	1955	267	134	133	236	31	237	29	1	
54	1956	292	157	135	251	41	245	47	0	1360
53	1957	327	148	179	281	46	278	49	0	
52	1958	319	137	182	184	35	283	36	0	
51	1959	331	156	175	290	41	278	53	0	199
50	1960	304	147	157	268	36	276	28	0	
49	1961	386	210	176	332	54	337	49	0	
48	1962	397	222	175	341	56	347	49	1	1754
47	1963	416	205	211	372	44	366	50	0	
46	1964	403	181	222	346	57	348	54	1	
45	1965	417	202	215	356	61	356	61	0	272
44	1966	425	192	233	376	49	363	61	1	
43	1967	467	222	245	413	54	404	63	0	
42	1968	449	219	230	394	55	389	60	0	272
41	1969	424	202	222	368	56	366	58	0	
40	1970	392	202	190	334	58	329	63	0	
39	1971	381	173	208	324	57	320	61	0	1488
38	1972	339	146	193	286	53	294	45	0	
37	1973	338	152	186	280	58	289	49	0	
36	1974	324	148	176	281	43	283	41	0	285
35	1975	349	164	185	275	74	302	47	0	
34	1976	301	150	151	238	63	249	52	0	
33	1977	276	133	143	215	61	246	30	0	1191
32	1978	307	154	153	243	64	254	53	0	
31	1979	259	126	133	200	59	219	40	0	
30	1980	272	122	150	225	47	223	49	0	294
29	1981	304	154	150	240	64	249	55	0	

28	1982	289	140	149	241	48	244	45	0	248
27	1983	272	133	139	228	44	220	52	0	
26	1984	279	135	144	228	51	230	49	0	
25	1985	275	134	141	234	41	236	39	0	
24	1986	281	151	130	233	48	236	45	0	1077
23	1987	248	126	122	222	26	208	40	0	
22	1988	246	136	110	209	37	211	35	0	
21	1989	260	132	128	234	26	224	36	0	
20	1990	231	121	110	212	19	198	33	0	135
19	1991	246	110	136	226	20	217	29	0	1113
18	1992	275	135	140	244	31	251	24	0	
17	1993	244	116	128	211	33	221	23	0	
16	1994	222	116	106	189	33	201	21	0	
15	1995	246	135	111	228	18	223	23	0	135
14	1996	234	104	130	202	32	218	16	0	1005
13	1997	227	115	112	204	23	221	15	0	
12	1998	206	118	88	184	22	196	10	0	
11	1999	207	109	98	184	23	189	18	0	
10	2000	190	101	89	171	19	181	9	0	119
9	2001	191	104	87	169	22	180	11	0	966
8	2002	202	100	102	168	34	187	15	0	
7	2003	108	119	89	188	20	198	10	0	
6	2004	219	111	108	179	40	207	12	0	
5	2005	197	93	104	171	26	194	3	0	142
4	2006	196	101	95	181	15	191	5	0	853
3	2007	203	113	90	172	31	197	6	0	
2	2008	200	103	97	166	34	193	7	0	
1	2009	214	97	117	175	39	211	3	0	
0	2010	61	31	30	49	12	61	0	0	131

18.5.2 Alter der Bevölkerung in 5-Jahresgruppen Österreich, NÖ, Mödling (Bezirk) und Mödling (Stadt) - Vergleich 2010 zu 2001

Region	Alter in 5-Jahresgruppen										Alter in 5-Jahresgruppen								
	Ges.bev.	0 bis 4 Jahre	5 bis 9 Jahre	10 bis 14 Jahre	15 bis 19 Jahre	20 bis 24 Jahre	25 bis 29 Jahre	30 bis 34 Jahre	35 bis 39 Jahre	40 bis 44 Jahre	45 bis 49 Jahre	50 bis 54 Jahre	55 bis 59 Jahre	60 bis 64 Jahre	65 bis 69 Jahre	70 bis 74 Jahre	75 bis 79 Jahre	80 bis 84 Jahre	85 Jahre und älter
31.05.2010 Mödling (Stadt) (HWS)	20488	853	966	1005	1113	1077	1179	1191	1488	1851	1754	1360	1140	1345	1330	1004	606	586	653
VZ 2001 Mödling (Stadt) (HWS)	20405	958	1100	1118	1016	1043	1351	1856	1795	1408	1269	1518	1432	1218	739	785	832	476	491
Veränderung seit 2001	83	-105	-134	-113	97	34	-172	-665	-307	443	485	-158	-292	127	591	219	-226	110	162
	0,41	-10,96	-12,18	-10,11	9,55	3,26	-12,73	-35,83	-17,10	31,46	38,22	-10,41	-20,39	10,43	79,97	27,90	-27,16	23,11	32,99
Mödling (Bezirk)*	113.329	5.326	5.776	6.154	6.232	5.679	5.765	6.376	8.554	10.700	9.483	7.637	6.507	7.181	8.513	4.848	3.352	2.717	2.529
Niederösterreich*	1.607.976	73.341	79.899	88.533	99.126	91.228	93.042	91.911	114.536	139.040	137.925	114.881	96.141	87.992	94.169	71.437	55.964	43.758	35.053
Österreich*	8.375.290	392.853	406.779	445.238	501.244	520.986	557.088	529.346	602.957	707.342	698.207	593.235	493.170	450.924	463.946	341.865	270.200	217.259	182.651



18.5.3 Bevölkerungsstand Mödling nach Staatsbürgerschaft – Überblick

laut Melderegister per 31.05.2010

Merkmal	Summe			männlich	weiblich	Inl.	Ausl
Wohnbevölkerung Gesamt	23.962			11.313	12.649	21.112	2.850
In %	100,00			47,21	52,79	88,11	11,89
Wohnbevölkerung VZ 2001	20.405			9.635	10.770	17.903	2.502
In %	100,00			47,22	52,78	87,74	12,26

Staatsangehörigkeit						Hauptwohnsitz	Wohnsitz
Österreich	20.309					17.918	2.391
Ausländer gesamt	2.824					2.565	259

				VZ 2001	EU (15)* HW		
Deutschland	587			366		519	68
Sonstige EU-Bürger	689			177 *	169	541	148
Ehem. Jugoslawien	817			877		803	14
Türkische Staatsbürger	84			168		84	0
Sonstige Staatsangehörige	647			814		618	29

* EU(15)BürgerInnen: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich

18.5.4 Bevölkerungsstand Mödling nach Staatsbürgerschaft - Detail

laut Melderegister per 31.05.2010

Merkmal	Ges.	männl.	weibl.	HW	OW	NW ()
				(Hauptwohnsitz)	(Zweitwohnsitz)	
Gesamtbevölkerung	23142	10950	12192	20492	2644	6
Ausländer Gesamt	2833	1376	1457	2574	259	0
Österreich	20309	9574	10735	17918	2385	6

Staatsbürgerschaft

Deutschland	587	307	280	519	68	0
Bosnien und Herzegowina	301	157	144	297	4	0
Slowakei	204	53	151	103	101	0
Serbien	145	78	67	140	5	0
Rumänien	138	58	80	127	11	0
Jugoslawien	136	66	70	134	2	0
Kroatien	134	70	64	133	1	0
Polen	126	61	65	114	12	0
Russische Föderation	119	59	60	119	0	0
Ungarn	115	60	55	97	18	0
Türkei	84	44	40	84	0	0
Serbien und Montenegro	61	29	32	59	2	0
Afghanistan	47	39	8	47	0	0
Armenien	47	22	25	44	3	0
Mazedonien	40	22	18	40	0	0
Tschechische Republik	39	12	27	37	2	0
Italien	39	20	19	36	3	0

Vereinigtes Königreich	34	17	17	31	3	0
Ukraine	30	6	24	30	0	0
Frankreich	28	14	14	26	2	0
Vereinigte Staaten (USA)	27	15	12	22	0	0
Niederlande	27	16	11	23	4	0
Bulgarien	24	11	13	23	1	0
China	22	5	17	18	4	0
Schweiz	21	10	11	19	2	0
Brasilien	15	3	12	14	1	0
Schweden	13	9	4	13	0	0
Slowenien	12	5	7	12	0	0
Spanien	12	6	6	12	0	0
Belarus	11	2	9	11	0	0
Philippinen	10	3	7	10	0	0
Iran - Islamische Republik	10	4	6	10	0	0
Kosovo	9	7	2	9	0	0
Georgien	8	5	3	8	0	0
Australien	7	5	2	7	0	0
Belgien	7	4	3	5	2	0
Kanada	7	4	3	6	1	0
Nigeria	6	5	1	6	0	0
Staatenlos	6	2	4	6	0	0
Aserbaidshjan	6	3	3	6	0	0
Dänemark	6	4	2	6	0	0
Finnland	6	1	5	6	0	0
Griechenland	6	3	3	6	0	0
Japan	6	1	5	5	1	0
Peru	6	1	5	6	0	0
Somalia	5	5	0	5	0	0
Thailand	5	1	4	5	0	0
Tunesien	5	4	1	5	0	0
Usbekistan	5	1	4	5	0	0
Ungeklärt	5	2	3	5	0	0
Kirgistan	4	1	3	4	0	0

Portugal	4	1	3	4	0	0
Zypern	3	3	0	3	0	0
Äthiopien	3	2	1	3	0	0
Jordanien	3	0	3	3	0	0
Litauen	3	1	2	3	0	0
Moldau	3	3	0	3	0	0
Mexiko	3	0	3	3	0	0
Südafrika	2	0	2	2	0	0
Albanien	2	2	0	2	0	0
Ägypten	2	1	1	2	0	0
Indien	2	2	0	2	0	0
Kasachstan	2	1	1	2	0	0
Luxemburg	2	1	1	1	1	0
Lettland	2	1	1	2	0	0
Norwegen	2	1	1	2	0	0
Argentinien	2	2	0	2	0	0
Kongo	1	1	0	1	0	0
Indonesien	1	0	1	1	0	0
Sudan	1	1	0	1	0	0
Venezuela	1	0	1	1	0	0
Burkina Faso	1	1	0	1	0	0
Bhutan	1	1	0	1	0	0
Kuba	1	1	0	1	0	0
Sri Lanka	1	0	1	1	0	0
Kolumbien	1	0	1	1	0	0
Kap Verde	1	1	0	1	0	0
Algerien	1	1	0	1	0	0
Liechtenstein	1	1	0	1	0	0
Honduras	1	0	1	1	0	0
Israel	1	1	0	1	0	0
Irland	1	1	0	1	0	0
Malaysia	1	1	0	1	0	0
Mongolei	1	0	1	1	0	0
Namibia	1	0	1	1	0	0

Pakistan	1	1	0	1	0	0
Paraguay	1	1	0	1	0	0

18.6 Kernformulierung „Soziales Leitbild Mödling“

Quelle: Homepage der Stadtgemeinde Mödling

www.moedling.at/system/web/zusatzseite.aspx?menuonr=221193631&detailonr=221193601 12.09.2010

Das Sozialreferat der Stadtgemeinde Mödling sieht sich als soziale Anlaufstelle der Kommunalpolitik.

Ziel der Sozialpolitik in Mödling ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern ein menschenwürdiges Leben in der Stadt zu ermöglichen. Dazu sind Maßnahmen zur Integration von sozial, kulturell und ökonomisch Benachteiligten nötig, um Ausgrenzungen jeglicher Art zu verhindern bzw. aufzuheben.

Dieses Ziel ist nur durch optimale Zusammenarbeit aller sozial Tätiger und durch einen Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft über die Gestaltung der zukünftigen Entwicklung der Stadt Mödling zu erreichen.

Dazu sind mittelfristig und langfristig folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Die Bürger und Bürgerinnen haben ein **Recht auf optimale soziale Betreuung**. Dazu ist es unerlässlich, über soziale Einrichtungen und Initiativen (Vereine) zu berichten und zu informieren. **Ergänzung:** Darüber hinaus ist ein barrierefreier Zugang zu den soz. Einrichtungen und ihren Angeboten zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere für Menschen mit körperlicher und/oder psychischer Behinderung oder Behinderung aufgrund höheren Alters.
- Die **Zusammenarbeit der sozialen Einrichtungen und Initiativen** untereinander und zwischen sozialen Einrichtungen **und der kommunalen Politik** bekommt einen immer größeren Stellenwert in Zeiten von drohenden Einsparungen gerade im sozialen Bereich. **Korrektur:** Das Argument der Unfinanzierbarkeit ist in Frage zu stellen.
Bei der Prioritätensetzung der Budgetierung öffentlicher Ausgaben muss dem Kapitel „Soziales“ hohe Priorität eingeräumt werden.
- Für diese Informations- und Vernetzungstätigkeit soll eine **unabhängige zentrale Informations- und Anlaufstelle** sowohl für die Bürger und Bürgerinnen als auch die sozial Tätigen geschaffen werden. Als KoordinatorIn für diese permanente Aufgabe ist ein/e unabhängiger GemeinwesenarbeiterIn bzw. GemeindebeauftragteR zu bestellen. **Ergänzung:** Der/Die GWAer(in) versteht sich als VertreterIn und Sprecher der soz. Vereine.
- Die **Förderung** von sozialen Einrichtungen und Initiativen **durch Subventionen und Fortbildungsmaßnahmen** soll unabhängig von Parteizugehörigkeiten der RepräsentantInnen nach objektiven Kriterien erfolgen. Ein entsprechender Kriterien-Katalog soll ausgearbeitet werden. Zur Beratung der Kommune (**gestrichen:** in Sachen Subventionsvergabe) wird die Einrichtung eines **unabhängigen, überparteilichen BürgerInnen-Beirates** vorgeschlagen.

Ergänzung: Die Aufgaben und die Arbeitsweise dieses Beirates werden in der Zusammenarbeit mit den VertreterInnen des Sozialausschusses und den soz. Vereinen präzisiert (als Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft). Generell geht es dabei um eine Beratung und Evaluierung der Sozialpolitik der Gemeinde Mödling. Die Beratung und Evaluierung soll einerseits eine jährliche Schwerpunktsetzung bei der Subventionsvergabe, andererseits auch eine Flexibilität der jährlichen Zuwendungen ermöglichen. Die Evaluierung der Subventionsvergabe, aber auch die ergebnisorientierte, inhaltliche Bewertung der damit verbundenen sozialpolitischen Schwerpunktsetzung (im Nachhinein) ist als Feedback-Prozess zw. soz. Vereinen und SozialpolitikerInnen zu verstehen.

- Kontinuierliche soziale Arbeit ist nur durch eine **langfristige finanzielle Absicherung** möglich. Ziel der Sozialpolitik in Mödling muss sein, diese **Ergänzung:** auf allen Ebenen einzufordern und im eigenen Bereich anzustreben.
- Die soziale Entwicklung unserer Stadt muss im Blick bleiben, um auf Veränderungen rasch und effektiv reagieren zu können. Dazu ist eine permanente Beobachtung der sozialen Szene und Information des Sozialreferates durch soziale Tätige notwendig. Dies geschieht in regelmäßigen Zusammenkünften des sozialen Netzwerks und durch eine jährliche **Sozialberichterstattung**.
- Das momentan vorherrschende **radikal** marktwirtschaftliche Denken muss durch eine **Wertediskussion** hinterfragt werden, die auf eine solidarische Gesellschaft als Ganzes abzielt. Der Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft muss im Sinne einer Mitsprache bei der **Demokratisierung möglichst aller Lebensbereiche** gefördert werden.
- Dazu gehören meinungsbildende Maßnahmen bei der **Jugend**, Diskussionsveranstaltungen zu sozialen Problemfeldern, **Öffentlichkeitsarbeit** im Sinne einer Sensibilisierung für soziale Fragen und soziales Lobbying bei der Wirtschaft.
- Dazu ist eine Zusammenarbeit aller Gemeinderessorts notwendig. Gefordert wird ein **Gesamt-Leitbild für die Stadtgemeinde Mödling** mit Zielformulierungen für jedes Ressort (z.B. Wirtschaft, Tourismus, Wohnbau, Infrastruktur, **Bildung** usw.) anhand sozialer Gesichtspunkte.
- Das Soziale Leitbild der Stadt Mödling – und später das Gesamt-Leitbild – soll eine **gemeinsame Vision für künftige (soziale) Entwicklung** der Kommune für alle an diesem Meinungsbildungsprozess Beteiligten darstellen, eine Art „Navigationshilfe“ für die Fahrt in die Zukunft.

- | |
|--|
| <ul style="list-style-type: none">- Erstes Ziel ist es, durch einen gemeinsamen Beschluss aller im Gemeinderat vertretenen Parteien, das Soziale Leitbild zu verankern.- Danach geht es darum, Projekte festzulegen, die das Leitbild Wirklichkeit werden lassen. |
|--|

18.7 SWOT-Analyse

- GSA ist bedürfnisorientiert, flexibel, ressourcenorientiert, lebensweltorientiert, nachgehend, nachhaltig (durch Befähigung = Erweiterung des kulturellen und sozialen Kapitals), präventiv
- GSA baut die bereits vorhandene Vernetzung aus
- GSA nutzt die formellen Strukturen des Gemeindeamtes und die Ressourcen der Ma.s ebenso wie die Ressourcen der Zivilgesellschaft um einerseits zu verhindern, dass der Hilfebedarf von KlientInnen unbefriedigt bleibt und andererseits gemeinsam mit anderen RessourceträgerInnen passgenaue Lösungen zu generieren
- GSA beobachtet die (soziale) Entwicklung der Stadt basierend auf Infos von MitarbeiterInnen des Sozialbereichs, Erfahrung durch KlientInnenbetreuung und unter Analyse zur Verfügung stehender Daten des Meldeamts und der Statistik Austria um bei negativen Entwicklungen auf lokaler Ebene rasch reagieren zu können
- GSA ist niederschwellig durch Besuche in der Lebenswelt (Hausbesuche)
- GSA ist eine Chance Armut zu lokalisieren – durch Nutzung aller formellen Strukturen des Gemeindeamtes (z.B. durch Einrichtung eines gemeinde-internen Frühwarnsystems Zahlungsrückstände betreffend)
- Lokalisierung von Armut durch Nutzung der Ressourcen der Zivilgesellschaft sowie durch Kooperationen mit Einrichtungen und Berufsgruppen, die nicht dem Sozialbereich zuzuordnen sind aber die Möglichkeit haben Armut und/oder soziale Problemlagen festzustellen
- GSA ist eine Chance Armut auf lokaler Ebene zu bekämpfen durch: Beratung und Begleitung (Netzwerkerweiterung Betroffener, Vermittlung an weitere Einrichtungen, Information über Ansprüche)
- GSA ist eine Chance nachhaltig zu arbeiten und versucht die intergenerative Weitergabe von Defiziten durch präventive Maßnahmen und Projekte zu verhindern (Bsp. In Kooperation mit Mödlinger LehrerInnen, der SchuldnerInnenberatung,... ist ein Projekt zum adäquaten Umgang mit Geld vorstellbar)
- GSA ist die Chance, sich einen vollständigen Überblick über die lokale Hilfelandschaft, den...
 - Instrumentalisierung der GSA als Gefahr bei Implementierung als Gemeindebedienstete
 - GSA ist ein Kostenfaktor, der das Gemeindebudget belastet, selbst wenn es zu einer Kostenaufteilung zwischen Kommune, Land und Bund kommt
 - GSA verursacht durch Information und Unterstützung beim geltend machen von Ansprüchen Kostensteigerung (mehr Anträge auf BMS, Notaufhilfen,... steigern Kosten in Land und Kommune)
 - GSA als Angebot des Gemeindeamtes hat Behördencharakter (Wahrnehmung Betroffener als Kontrollfunktion)
- Niederschwelligkeit des Gemeindeamtes?
- GSA ist von den Ressourcen (formellen Strukturen und MitarbeiterInnen) des Gemeindeamtes abhängig. Infoweitergabe bzw. Wahrnehmung und Weiterleitung ist Grundvoraussetzung für die Lokalisierung von Hilfebedarf
- Stets im Dienst bei guter Integration des Gemeindesozialarbeiters/der Gemeindesozialarbeiterin
- GSA stellt durch kostenloses Beratungsangebot und durch Problemlösungen abseits des Marktes - sondern zurückgreifen auf sozialräumliche Ressourcen - Konkurrenz für andere AnbieterInnen dar. Zusammenarbeit möglich?
- Der Bedarf ist nicht abschätzbar. Bei guter Netzwerkarbeit könnten die Kapazitäten eines/einer GemeindesozialarbeiterIn zu gering sein

- GSA ist für AdressatInnen kostenlos
- GSA ist erste Anlaufstelle für Zivilgesellschaft und Organisationen
- GSA arbeitet anwaltschaftlich für KlientInnen und versuchen den KlientInnen zu helfen zu ihrem Recht zu kommen (z.B. Einsprüche bei BMS, Pflegegeld, ... aber auch bei sozialen DienstleistungsanbieterInnen aber auch Organisationen, die unflexibel arbeiten)GSA nimmt ihr sozialpolitisches Mandat ernst und weist LokalpolitikerInnen auf bestimmte soziale Problemlagen hin, deren Lösung im Ermessen der Kommune liegen
- GSA sensibilisiert auch die MödingerInnen zu bestimmten Themen durch Öffentlichkeitsarbeit (lokale Medien, Veranstaltungen,...)
- GSA sensibilisiert professionsfremde Berufsgruppen hinsichtlich Armut und sozialer Problemlagen und zeigt Möglichkeiten auf (z.B. durch Artikel in Feuerwehrmagazin. Was tun wenn im Zuge von Türöffnungen Verwahrlosungssymptome zu erkennen sind?)
- GSA steht auch den LokalpolitikerInnen bei sozialen Fragen zur Verfügung (Sprechstunden der StRInnen, BGMIIn,...)
- Bei guter Integration des Gemeinsozialarbeiters/der Gemeinsozialarbeiterin tritt Schwellenangst in den Hintergrund („Heurigenberatung“)

...zuständigen AkteurInnen und deren Angebote zu verschaffen und diese Übersicht per Einarbeitung in eine Datenbank – auf Grundlage von Vernetzungstätigkeit – aktuell zu halten

- GSA ist die Chance für das Gemeindeamt, Geld zu sparen (return of investment) z.B.Zahlungsrückstände
- GSA ist die Chance für die Kommune durch Beteiligungsprozesse der Bevölkerung mehr Zufriedenheit und Demokratisierung bei den MödingerInnen zu schaffen. Darüber hinaus werden dadurch Potenziale der Bevölkerung genutzt.
- Durch den Anspruch von Deinstitutionalisierung und mit Augenmerk auf sozialräumliche Lösungen soll Menschen abseits von Pflegeheimlösungen ein Leben daheim ermöglicht werden
- GSA ist die Chance, eine Grundlage für eine Verwaltungsreform im Sozialbereich darzustellen – im Sinne eines Gatekeeper-Modells, wodurch Mehrfachbetreuungen verhindert und damit Kosten gespart werden.

Eidesstattliche Erklärung

Ich, Cornelia Rausch, geboren am 6. Mai 1980 in Wien, erkläre,

1. dass ich diese Diplomarbeit selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,
2. dass ich meine Diplomarbeit bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,

Mödling am 6. Oktober 2010

Unterschrift

